Dienstag, 23. Juli 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 168 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Revirement: Nach dem Wechsel der amerikanischen Botschafterin in der „DDR", Rozanne Ridgway, ins State Department steht an der Mission in Ost-Berlin ein umfangreiches Revirement bevor. Andere leitende Mitarbeiter werden ebenfalls ausgetauscht. (S. 4)

Hilfe: Der britische Zerstörer „Newcastle" hat einen sowjetischen Piloten gerettet, der während des großen Manövers der Roten Flotte in der norwegischen See mit seinem Kampfflugzeug abgestürzt war.

Patriarch: Die hohe sowjetische Auszeichnung Rotbanner-Orden ist dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Pimen, zu seinem 75. Geburtstag vom Obersten Sowjet verliehen worden.

Terrorismus: Wegen Attentaten auf Palästinenser sind in Jerusalem drei jüdische Siedler aus dem Westjordanland zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sie hatten 1983 in Hebron drei palästinensische Studenten erschossen. (S. 4)

Wechsel? Nach 23 Jahren soll der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, offenbar abgelöst werden, meldet die „New York Times". Als neuer Missionschef sei der Botschafter in Paris, Worontsow, vorgesehen. (S. 4)

Israel: Außenminister Shamir plant ein Treffen mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse im Oktober während der UNO-Vollversammlung in New York. Die UdSSR hatte 1967 die Beziehungen abgebrochen. (S. 8)

Bombenterror: Mindestens 20 Personen wurden bei zwei Anschlägen in Kopenhagen verletzt, drei davon schwer. Ziele waren eine Synagoge und das Büro der *Fluggesellschaft* American Northwest Airlines.

Ausnahmezustand: Die Abberufung des deutschen Botschafters in Südafrika hat die SPD von der Bundesregierung verlangt. Dies sei der „mindeste Protest" gegen die Verhängung des Ausnahmezustands. (S. 4)

Die Kunst und die Fälscher

Die erfolgreichste Fälschung ist diejenige, die nie durchschaut wird. Manche Kunst- und Literaturfälschung hat aber Geschichte gemacht, *obwohl (oder auch: gerade weil) sie entlarvt* wurde. Gefälschte Nationalepen, gefälschte Musikpartituren, gefälschte Kunstwerke – oft genug bewegten sie die Gemüter mehr als die Originale. In loser Form stellt die WELT einige der spektakulärsten Fälle vor. Heute: James Macphersons „Ossian". Seite 17

WIRTSCHAFT

US-Banken: Der Chef der US-Notenbank, Volcker, fordert von den Banken mehr Risikovorsorge. Riskante Ausleihungen sollen durch größere Rückstellungen abgedeckt werden. (S. 10)

Lira: Nach dem Kursverfall der italienischen Währung am Freitag und der Abwertung im Europäischen Währungssystem (EWS) haben sich die Devisenbörsen wieder beruhigt. Für die DM bedeutet das EWS-Realignment einen Aufwertung von rund acht Prozent gegenüber der Lira. (S. 9)

Versicherungen: Die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) schloß 1984 mit einem Defizit von 341,2 Millionen DM ab. Im Vorjahr hatte die DAK noch einen Überschuß der Einnahmen von rund 300 Millionen DM erzielt. (S. 11)

Börse: Trotz schleppenden Geschäfts kam es bei vielen Papieren zu Kurssteigerungen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 199,51 (198,97). BHF-Rentenindex 103,980 (103,955). Performance Index 105,283 (105,228). Dollarmittelkurs 2,8865 (2,8703) Mark. Goldpreis pro Feinunze 317,25 (318,90) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Ich halte kreditfinanzierte Beschäftigungs-Maßnahmen in der derzeitigen Situation für nicht praktikabel und sage deshalb nein zu klassischen Arbeitsbeschaffungs-Programmen «

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz (S. 4) FOTO: DPA

KULTUR

Oper: Sie ist die Königin von Aix in diesem Jahr: Jessye Norman, die schwergewichtige schwarze Sängerin, für die eine Bühnenrolle zu finden so schwierig geworden ist. Um die Ariadne von Richard Strauß in Aix-en-Provence zu singen, sagte sie eine Einladung nach Bayreuth ab. (S. 17)

Ausstellung: Zum 400. Todestag Wenzel Jamnitzers ehrt das Nürnberger Germanische Museum den wohl bedeutendsten und einflußreichsten deutschen Goldschmied der Renaissance mit einer Ausstellung Nürnberger Goldschmiedekunst zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert. (S. 17)

SPORT

Golf: Bernhard Langer (Anhausen) belegte bei den britischen Meisterschaften in Sandwich den dritten Platz. Sieger wurde der Schotte Sandy Lyle. (S. 15)

Fechten: Die deutsche Degen-Mannschaft gewann bei den Weltmeisterschaften in Barcelona die Goldmedaille. Der zweite Platz ging an Italien. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Bhutto: Der Tod des Sohns des 1979 gehenkten ehemaligen pakistanischen Staatschefs Ali Bhutto gibt der Polizei in Cannes Rätsel auf. Wurde Nawaz Khan Bhutto Opfer eines Verbrechens? (S. 18)

Grog: Heilighafen ehrte einen bislang kaum bekannten britischen Admiral. Für seine Erfindung des Grogs wurde Edward Vernon vom „Grog-Kollegium" ein Denkmal gesetzt. (S. 18)

Wetter: Bewölkt mit Aufheiterungen. 17 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzler und DGB wollen heute zur Sache kommen

Arbeitslosigkeit das Hauptthema der neuen Gesprächsrunde

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will „aufgeschlossen, offensiv aber nicht aggressiv" in das Gespräch mit der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) heute am Spätnachmittag im Bonner Kanzleramt gehen. Insbesondere wolle er den Gewerkschaften signalisieren, daß nicht mit dem im Vorfeld des Treffens vom DGB betriebenen „lauten Trommeln" sondern nur mit gemeinsam von Politik, Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Bundesanstalt für Arbeit verabredeten Maßnahmen das vorrangige Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen sei, hieß es in der Umgebung des Kanzlers. Darüber, daß das Thema Arbeitslosigkeit der Schwerpunkt in dem heutigen Gespräch sein müsse, hatte gestern morgen auch im geschäftsführende Bundesvorstand des DGB Konsens bestanden. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach bezeichnete gegenüber der WELT dieses Treffen, mit dem die Aussprache zwischen DGB-Spitze und Bundesregierung vom 23. Januar dieses Jahres fortgesetzt wird, als von „entscheidender Bedeutung für das künftige Verhältnis zwischen dem DGB *und der Bundesregierung*". Fehrenbach deutete an, daß bei einem positiven, vor allem in Sachfragen konkreten, Gesprächsverlauf die Gewerkschaften bereit wären, an den von der Bundesregierung gewünschten Dreier-Gesprächen von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern teilzunehmen. Zwar komme eine Neuauflage der alten konzertierten Aktion nicht in Frage, doch sei vorstellbar, daß derartige Gesprächsrunden „zu ganz konkreten Problemkreisen" einberufen würden.

Aus Regierungskreisen hieß es, der Bundeskanzler, der von einem Großteil des Kabinetts begleitet werde, wolle der DGB-Spitze – die ihrerseits eine Reihe von Einzelgewerkschafts-Vorsitzende mitbringt – deutlich machen, daß aufgrund der heterogenen Struktur der Arbeitslosigkeit das „Programmgeschrei" führender Gewerkschafter, die voll auf das vom DGB verlangte Paket von Investitionsprogrammen setzten, verfehlt sei. Wenn man die bisherigen Regierungsmaßnahmen genau betrachte, dann ergebe sich allein aus Schritten wie der Zinssenkung mit einer Entla*stung von fünf Milliarden Mark* für die Wirtschaft, den Hilfen für die Familie von 12 Milliarden, dem städtischen Sanierungsprogramm von zehn bis 12 Milliarden, den Einsparungen durch die Dämpfung der Inflation bis zur De-facto-Preisstabilität und dem dadurch bedingten Zuwachs an real verfügbarer Kaufkraft ein „Paket" von 50 Milliarden Mark. Hohe Bedeutung messe der Kanzler Maßnahmen zur besseren Qualifikation der Arbeitssuchenden bei, durch die sich ihre Einstellungschancen erhöhten.

Unter dem von Fehrenbach so bezeichneten „Ober-Thema" Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird sich die Runde im Bundeskanzleramt heute abend zunächst mit den Ergebnissen der beim Kanzlergespräch im Januar vereinbarten Arbeitsgruppen befassen. Themenbereiche dieser Gruppen waren:

- Technologischer Fortschritt und Auswirkung auf Arbeitsplätze;
- Sicherung der Altersversorgung;

● **Fortsetzung Seite 8**

DER KOMMENTAR

Standpunkte

ENNO von LOEWENSTERN

Es wird kein leichtes Gespräch werden heute zwischen dem Bundeskanzler und den Gewerkschaftsführern. Der DGB hat sich seit Jahren öffentlich auf einen Standpunkt zur Arbeitslosigkeit festgelegt, der einmal die Bringschuld so gut wie allein bei der Regierung (und allenfalls der Wirtschaft) sieht und zum anderen diese Bringschuld in dramatischen Programmen erbracht sehen will.

Wenn Frau Wulf-Mathies beispielsweise eben noch eine Senkung der Arbeitslosenzahlen für wichtiger erklärte als eine Senkung der Steuern, so würde ihr jedermann gern zustimmen – nur eben: Mit der Steuersenkung wird ja gerade eine Senkung der Arbeitslosenzahlen angestrebt. Und wenn sie nach einem „Sofortprogramm für den Umweltschutz" ruft (unterhalb von „sofort" tut man's längst nicht mehr), so brächte das ein Anschwellen des öffentlichen Dienstes, dem neue Belastungen folgten, unter denen weitere Betriebe zusammenbrächen und Arbeitsplätze verlorengingen.

Aber man täte Frau Wulf-Mathies wie auch ihren Kollegen gewiß Unrecht, unterstellte man ihnen, daß sie die Sinnlosigkeit und für die Zukunft kostenträchtige und hoffnungstötende Schädlichkeit solcher „Sofort"-Programme nicht durchaus verstehen. Die Arbeitslosigkeit geht zum entscheidenden Teil, wenn nicht ausschließlich, auf staatliche Programmitis und Aufblähung der öffentlichen Ausgaben zurück, und es gibt kaum einen Gewerkschaftsführer, der das im privaten Gespräch leugnete. Dies jedoch ist kein privates Gespräch. Auf beiden Seiten findet ein Aufmarsch der Mitsprachewürdigen und ihrer Assistenten statt, und die Versuchung, im Namen einer politischen Seite zu deklamieren, muß erst überwunden werden.

Nehmen wir das Beispiel Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer einer Partei, der sich der DGB traulich verbunden fühlt. Wohl gibt selbst er zu, daß „klassische, kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme nicht praktikabel" seien. Aber der Akzent liegt unglücklicherweise auf dem Adjektiv „kreditfinanziert". Dasselbe im Wege eines „Solidarbeitrags" finanziert gefällt ihm durchaus. Was ist der Unterschied zwischen Zinsen für Kredite aus zusätzlichen Steuergeldern des Bürgers oder einem Solidarbeitrag aus zusätzlichen Steuergeldern des Bürgers? Man kann im Interesse der Arbeitslosen nur dringend hoffen, daß die Gesprächspartner das nicht nur beurteilen können, sondern auch allesamt den Mut haben, sich zu ihrer Einsicht zu bekennen.

Bangemann will Spitzensteuer senken

Solms: Auch nach der Reform Belastung „bei weitem zu hoch" / FDP-Klausurtagung

HEINZ HECK, Bonn

Schon vor der Steuerklausur des FDP-Präsidiums hat der Parteivorsitzende Bangemann für die kommende Legislaturperiode eine Steuersenkung um 40 bis 50 Milliarden Mark angekündigt. Die Vorstellungen von Finanzminister Stoltenberg (CDU) zielen dagegen auf 35 bis 40 Milliarden Mark. Die Einnahmeausfälle sollten nicht durch die Erhöhung indirekter Steuern kompensiert werden, sondern durch einen Abbau von Subventionen, erklärte Bangemann gestern im Deutschlandfunk.

Bangemann gab zugleich folgende Eckpunkte einer Reform der Steuerstruktur zu erkennen: „Ein Existenzminimum, etwa um 1000 Mark im Monat, (soll) völlig steuerfrei bleiben." Für weitere Familienmitglieder müßte diese Summe entsprechend erhöht werden. Das würde bedeuten, daß der sogenannte Grundfreibetrag, der mit der Steuersenkung 1986 auf jährlich 4536/9072 Mark für Ledige/Verheiratete erhöht wird, abermals kräftig aufgestockt werden müßte. Die Einnahmeausfälle einer Erhöhung des Grundfreibetrags um 100 Mark werden auf derzeit etwa 700 Millionen Mark jährlich veranschlagt.

Den Steuersatz in der sogenannten Proportionalzone will Bangemann von 22 auf 20 Prozent senken. Danach soll in linearer Progression (gleichmäßiger Anstieg) ein Spitzensteuersatz von 45 (derzeit 56) Prozent erreicht werden. Bei welchen zu versteuernden Einkommen die Progressionszone beginnt und endet (derzeit 18 000/36 000 und 130 000/260 000 Mark für Ledige/Verheiratete), ließ Bangemann offen.

Sein Parteifreund, der Steuerexperte Solms, erklärte im NDR/WDR, auch nach der bevorstehenden Steuerreform bleibe die Belastung des Bürgers wie der Unternehmen „bei weitem zu hoch". Die Besteuerung sei „im Ergebnis unfair, leistungsbestrafend, wettbewerbsverzerrend und wachstumsbremsend". Neben der Einkommensteuer müßten auch die Körperschaft-, Vermögensteuer aus Betriebsvermögen und die Gewerbesteuer „deutlich" gesenkt werden.

Nach Meinung des wirtschaftspolitischen Sprechers der Bonner Unionsfraktion, Wissmann, stimmt seine Fraktion in der Grundrichtung mit den FDP-Vorstellungen überein; die wichtigsten Entlastungsschritte für die nächste Legislaturperiode müßten bis zum Wahlprogramm der Partei geklärt werden. Dagegen meinte der SPD-Steuerexperte Spöri, die Verkünder der „größten Steuerreform aller Zeiten" wollten „die absehbare Enttäuschung über deren ungerechte Entlastungswirkungen mit neuen Versprechungen für die neunziger Jahre auffangen".

Genscher und Howe: Eureka ohne Bürokratie

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein britischer Amtskollege Sir Geoffrey Howe haben bei einem fünfstündigen informellen Treffen in Bonn den Willen ihrer Regierungen bekundet, bei der Lösung der anstehenden internationalen Fragen eng zusammenzuarbeiten. Sie äußerten die Hoffnung, daß der Luxemburger Europagipfel im Dezember zu konkreten Ergebnissen führen werde. Dort soll über weitere Schritte auf dem Wege zum stärkeren politischen Zusammenschluß der EG-Partner entschieden werden.

Gerade dieser Punkt hatte auf dem zurückliegenden Europagipfel in Mailand zu Spannungen zwischen der britischen Premierministerin Thatcher auf der einen, sowie Bundeskanzler Kohl, Staatspräsident Mitterrand und den übrigen „Altmitgliedern" der EG auf der anderen Seite geführt. Unmittelbar darauf lud der Bundesaußenminister seinen britischen Kollegen nach Bonn ein, um das gestörte Verhältnis zu London wieder auszubessern.

Während ihrer Aussprache am Sonntagabend – wenige Stunden vor dem EG-Außenministerrat in Brüssel – zeigten sich Genscher und Howe an schnellen, konkreten Fortschritten bei der Realisierung des Eureka-Programms für ein „Europa der Technologie" interessiert. Deutsche und Briten befürworten eine flexible Eureka-Struktur ohne Bürokratie anstelle der ursprünglich von Frankreich vorgeschlagenen Agentur mit Lenkungsausschüssen für einzelne Sachbereiche. Genscher und Howe erörterten ferner aktuelle West-Ost-Fragen.

Hannover schafft Arbeit für 15 000 Jugendliche

UR. Bonn

Die niedersächsische Landesregierung hat ein Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Rückwirkend vom 1. Juli dieses Jahres an sollen Betriebe, die über ihren eigentlichen Bedarf hinaus jugendliche Berufsanfänger zwischen 20 und 30 Wochenstunden einstellen, 350 Mark Landeszuschuß erhalten. Bis zum Jahr 1988 hat die Landesregierung für ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 220 Millionen Mark veranschlagt. Nach Berechnungen der zuständigen Ministerien könnten bis Ende 1986 zusätzlich 15 000 Jugendliche, die nach dem Abschluß ihrer Ausbildung keine Arbeit erhalten haben, eingestellt werden. Dies teilte die Landesregierung der WELT mit.

Die CDU-Regierung betrachte es als „ihre moralische und politische Verpflichtung", die gravierende Jugendarbeitslosigkeit anzugehen, verlautete aus der Staatskanzlei, die darauf verwies, daß das Flächenland den höchsten Anteil an Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren habe. „Handlungsbedarf" habe Ministerpräsident Albrecht (CDU) auch im Bereich des öffentlichen Dienstes gesehen. Aus diesem Grund sollen Berufsanfänger, die in den Dienst des Landes treten, nur noch als Teilzeitkräfte eingestellt und entsprechend ihrer wöchentlichen Arbeitszeit entlohnt werden. Das Innenministerium rechnet damit, 1985 und 1986 zusätzlich 320 Bewerber einstellen zu können. Von dieser Regelung seien der einfache Dienst, Polizisten und Rechtspfleger, nicht aber Richter ausgenommen, hieß es.

Engelhard verurteilt Staatsterrorismus

Weltrechtskonferenz ohne Ostblockbeteiligung / Boykott unsicherer Flughäfen gefordert

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Zu weltweiter Solidarität der Regierungen im Kampf gegen den Terrorismus hat Bundesjustizminister Hans Engelhard gestern bei der Eröffnung der 12. Weltrechtskonferenz in Berlin aufgerufen. Scharf kritisierte Engelhard vor mehr als 1000 Juristen aus 80 Ländern besonders Fälle von „amtlich initiiertem Meuchelmord, behördlich arrangierten Gewaltanschlägen und von Amts wegen verfügten Terrorakten". *Ohne die* Namen von Staaten zu nennen, forderte er den weltweiten Boykott von Flughäfen derjenigen Länder, die Sicherheitsmaßnahmen gegen den internationalen Terrorismus ablehnten, und verlangte zugleich den Abbruch von Flugverbindungen mit Staaten, die „terroristische Gewalttäter in ihrem Bereich nicht hinter Schloß und Riegel bringen".

Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der die Schirmherrschaft des Kongresses übernommen hat, hob in seiner Begrüßungsansprache die friedensstiftende Bedeutung des Rechts hervor. Die Funktion des Rechts sei eng mit der Friedenssehnsucht verbunden, sagte er. Dies zeige das Beispiel des geteilten Berlins, mit dem ein „Zustand gegen die Natur im Widerspruch zu den Menschenrechten" geschaffen worden sei. Zwar habe das Recht die „unmenschliche Teilung" nicht beseitigt, aber den Weg zum Frieden gewiesen.

Ebenso wie Weizsäcker betonte der Berliner Justiz- und Bundessenator Rupert Scholz, daß sich ein friedliches Zusammenleben der Völker „ohne einen zumindest allseits bewußten und allseits geachteten Mindeststandard an rechtlicher Gemeinsamkeit" nicht erreichen lasse. Er hob dabei den besonderen Status Berlins hervor und verwies darauf, daß die deutsche Frage, „die Frage der Überwindung der Teilung unverändert offen, beziehungsweise ungelöst ist". Mit der gewaltsamen und weder politisch noch rechtlich zu legitimierenden Teilung Berlins habe sich dieser Status nicht verändert.

Auf Gegensätzlichkeiten der Rechtssysteme verschiedener Kulturkreise und den damit verbundenen Problemen wie etwa in der Menschenrechtsfrage, wies Wolfgang Zeidler, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, hin. Wenn internationale Begegnungen wie die Berliner Konferenz , die sich neben Fragen des internationalen Terrorismus und den Menschenrechten auch mit Rüstungskontroll- und Umweltproblemen auseinandersetzt, keine schnellen Problemlösungen brächten, so könnten sie doch „einfühlendes Verständnis" für die Kenntnis der Lage des jeweils anderen bewirken.

Nixon drohte Moskau mit Atomwaffen

DW. New York

Für die Androhung mit dem Einsatz von Atomwaffen als politische Mahnung an die Adresse Moskaus hat sich der frühere amerikanische Präsident Richard Nixon während seiner Amtszeit insgesamt viermal ausgesprochen.

In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Time" erklärte Nixon jetzt, die „nukleare Option" sei im Vietnam-Krieg, während des Nahostkrieges 1973 sowie vor dem Hintergrund des *indisch-pakistanischen* Grenzkrieges 1971 und angesichts der Möglichkeit eines sowjetischen Angriffs gegen China als politischer Fingerzeig benutzt worden. Jedoch habe seine Administration niemals unmittelbar vor der möglichen Auslösung eines atomaren Schlages gestanden, fügte der Expräsident hinzu.

Den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam habe er ausschließlich aus denselben Gründen zurückgewiesen wie die Bombardierung von Deichen in Vietnam. „Ich verwarf diese Option jedoch ebenso wie die Zerstörung des Deich-Systems, bei dem eine Million Menschen ertrunken wären. Der andere Grund für diese Entscheidung war der, daß ich überzeugt war, daß eine massive Eskalation des Krieges jede Chance, mit China und der Sowjetunion voranzukommen, zerstört hätte", erklärte Nixon.

Während des israelisch-arabischen Krieges 1973 habe der damalige sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew „mit einem einseitigen Eingreifen im Nahen Osten gedroht", führte der Expräsident weiter aus. Die Vereinigten Staaten aber hätten nicht zulassen können, daß Israel „vor die Hunde geht".

Washington habe dem Kreml „nicht so sehr mit Atomwaffen drohen als vielmehr klarmachen wollen, daß die USA sich ihnen mit konventionellen und atomaren Mitteln widersetzen würden". Seine Administration hätte nicht erlauben können, daß die Sowjetunion im Nahen Osten eine Vormachtstellung erringe.

Zu einem möglichen Atomwaffeneinsatz beim Grenzkonflikt zwischen China und der Sowjetunion habe der damalige Sicherheitsberater Henry Kissinger ihm gesagt, die USA könnten es der Sowjetunion nicht erlauben, „sich auf die Chinesen zu stürzen. Das würde nämlich bedeuten, Chinas atomare Schlagkraft herauszufordern. Wir mußten die Sowjets wissen lassen, daß wir das nicht tolerieren konnten."

Ein weiteres Mal erwog Nixon den Einsatz von Atomwaffen 1971 während des indisch-pakistanischen Krieges: „Nachdem Indira Gandhi die Dezimierung von Ost-Pakistan abgeschlossen hatte, wollte sie auch noch West-Pakistan schlucken. So zumindest hatte ich das verstanden", sagte der Expräsident. Die Chinesen gingen die Wände hoch. Wir waren besorgt, daß China eingreifen könnte, um Indien zu stoppen. Erst später fanden wir heraus, daß sie nicht die konventionellen Mittel dazu hatten. Aber wenn sie wirklich eingeschritten wären und die Sowjets hätten reagiert, was hätten wir getan? Es war völlig klar, was wir getan hätten."

Nixon lehnte in seinem Interview mit „Time" die von ihm als „revisionistisch" angesehene Theorie ab, daß Atomwaffen keinen Einfluß auf die Politik der Nachkriegszeit gehabt hätten. Seiner Ansicht nach hat die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen während des Korea-Krieges 1950, der Suez-Krise 1956 und der von Chruschtschow heraufbeschworenen Berlin-Krise 1959 ganz entscheidenden Einfluß auf den Ausgang der Konflikte gehabt.

Regierungskonferenz berät über Europäische Union

Das Gremium tritt am 9. September in Luxemburg zusammen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Außenminister der EG haben sich gestern in Brüssel einstimmig auf die Einberufung einer Regierungskonferenz verständigt, in der über konkrete Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union beraten werden soll. Die Konferenz soll für den 9. und 10. September nach Luxemburg einberufen werden und ihre Beratungen möglichst bis zum nächsten Treffen der Regierungschefs am 9. Dezember ebenfalls in Luxemburg abschließen.

Auf der Regierungskonferenz sollen nach dem Willen der Mailänder Tagung des EG-Rats die Kompetenzen der Gemeinschaft auf die Bereiche Sicherheit, Erziehung und Kultur ausgeweitet, die Römischen Verträge mit dem Ziel einer Dynamisierung der Beschlußfähigkeit des Ministerrats reformiert, die Zusammenarbeit in der Außenpolitik formalisiert sowie die Befugnisse des Europäischen Parlaments und der Brüsseler EG-Kommission ausgebaut werden.

Damit steht fest, daß auch Großbritannien, Dänemark und Griechenland an den Verhandlungen teilnehmen werden, obwohl sie weder Änderungen der Römischen Verträge noch eine vertragliche Absicherung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik für notwendig halten.

Der luxemburgische Außenminister und EG-Ratsvorsitzende Jacques Poos hat seinen Kollegen inzwischen einen Entwurf zur Änderung des EWG-Vertrages zugeleitet. Seit Mailand liegt ferner ein gemeinsamer deutsch-französischer Entwurf für den Bereich der politischen Zusammenarbeit (EPZ) auf dem Tisch. Außerdem sollen auch Überlegungen Londons berücksichtigt werden.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher äußerte seine Überzeugung, daß auch die britische Regierung „außerordentlich konstruktiv" an den Arbeiten der Konferenz teilnehmen werde. Bestärkt wurde Genscher in dieser Einschätzung am Wochenende durch ein fünfstündiges Gespräch mit seinem britischen Kollegen Sir Geoffrey Howe in Bonn.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Verfahren Barzel

Von Enno v. Loewenstern

Merkwürdig: Kaum wird bekannt, daß Barzel für eine neue Aufgabe im Gespräch ist, wird ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Aber Zufälle spielen im Leben eine Rolle. Die Bonner Staatsanwaltschaft, die ja schon etliche Politiker dieser Koalition wg. Flick zur Strecke gebracht hat, wird gewiß Gründe für diese weitere Straf-Verfolgung haben.

Wieder einmal geht es um Steuerhinterziehung. Allerdings nicht, weil Barzel zu wenig Steuern bezahlt hätte. Vielmehr heißt es, er habe sich an der Steuerhinterziehung anderer beteiligt. Er habe nämlich Geld angenommen für wertlose Gutachten. Deshalb sei es ein „Scheinarbeitsverhältnis" gewesen und die Auftraggeber hätten die Bezahlung nicht als Betriebsausgaben abbuchen dürfen.

Die Beweiskette, mit deren Hilfe ein deutsches Gericht einen deutschen Staatsbürger verurteilen soll, muß also folgendermaßen aussehen: Erstens seien Barzels Gutachten objektiv wertlos gewesen. Zweitens hätten die Auftraggeber das gewußt und die Gutachten nur zum Schein angefordert, um ihm Geld zuschieben zu können. Drittens habe Barzel – der von der Anwaltskanzlei Paul seine Aufträge bekam und von ihr bezahlt wurde! – diesen Hintergrund gekannt und deshalb viertens bewußt wertlose Arbeit geliefert, um den Auftraggebern die rechtswidrige Abbuchung zu ermöglichen.

Jetzt wird sich also eine Gruppe von Landrichtern im Geiste an die Spitze von Welt-Firmen versetzen und beurteilen, ob sie anstelle von Flick u. a. mit diesen Gutachten etwas hätten anfangen können oder nicht. Das kann viele spannende Jahre dauern. Wahrscheinlich staunen sogar Barzels ärgste Feinde, wie immer sie sich auch des Skandals klammöffentlich freuen mögen, daß dieser von jedermann als besonders intelligent eingeschätzte Kopf nicht fähig gewesen sein soll, nützliche Arbeit als Firmenberater zu leisten.

Und jedermann wird sich fragen: wenn die Justiz Barzels Arbeit auf Heller und Pfennig beurteilen kann – bin ich womöglich auch ein Steuerbetrüger, der ich für meine Arbeit Lohn, Gehalt, Anwaltsgebühr, Arzthonorar entgegennehme? Bis auf die Bonner Staatsanwaltschaft, natürlich. Deren Arbeit ist über jeden Zweifel erhaben.

Moskau fühlt vor

Von Rafael Seligmann

Trotz schwächlicher Dementis aus Moskau, die wohl in erster Linie die radikal-arabische Klientel beruhigen sollen, ist soviel erkennbar: Nachdem der starre Andrej Gromyko und der Antisemit Grigorij Romanow ihre Plätze räumen mußten, bietet die UdSSR dem jüdischen Staat die Wiederaufnahme der vom Kreml 1967 abgebrochenen Beziehungen an.

In Jerusalem würde man die Offerte lieber heute als morgen akzeptieren, weil man sich davon zumindest bessere Lebensbedingungen für die etwa 2,5 Millionen Juden in der UdSSR erhofft – wenn nicht gar eine Wiederaufnahme ihrer Auswanderung, die der Kreml im vergangenen Jahr praktisch zum Erliegen brachte. Dennoch zögert man, denn Moskau verlangt einen hohen Preis: Eine internationale Nahost-Konferenz.

Nun wird jede Friedensinitiative von den Israelis begrüßt. Das Moskauer Angebot indessen läßt sie zögern: Zum einen säße die PLO in der einen oder anderen Form am Verhandlungstisch; das Ziel dieser Organisation aber ist nach wie vor nicht Frieden, sondern die Zerstörung Israels. Zum anderen aber würde eine internationale Nahost-Konferenz die erneute Einbeziehung Moskaus in den Nahen Osten bedeuten.

Diese Rolle hat der Kreml durch eigenes Verschulden verspielt, weil er seit dreißig Jahren durch massive Waffenlieferungen und durch politische Drohungen, mitunter sogar Erpressungen, den arabisch-israelischen Konflikt anheizt. Die erzielten Stabilisierungs- beziehungsweise Friedensvereinbarungen wurden von den Vereinigten Staaten unter Ausschluß Moskaus herbeigeführt: 1974 das israelisch-ägyptische beziehungsweise die israelisch-syrische Truppenrückzugsabkommen aus dem Sinai und dem Golan; 1979 der ägyptisch-israelische Friedensvertrag von Camp David.

Moskau kann jederzeit diplomatische Beziehungen mit Israel haben und Israel würde die Sowjets auch gern als Teilnehmer an einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz begrüßen. Nur kommt es darauf an, daß Moskau tatsächlich an einer Friedenslösung mitarbeitet, anstatt am Konferenztisch die Destabilisierung der Region anzustreben, die es im übrigen durch seine arabischen Klienten betreibt.

Eine Warnung

Von Friedrich Bast

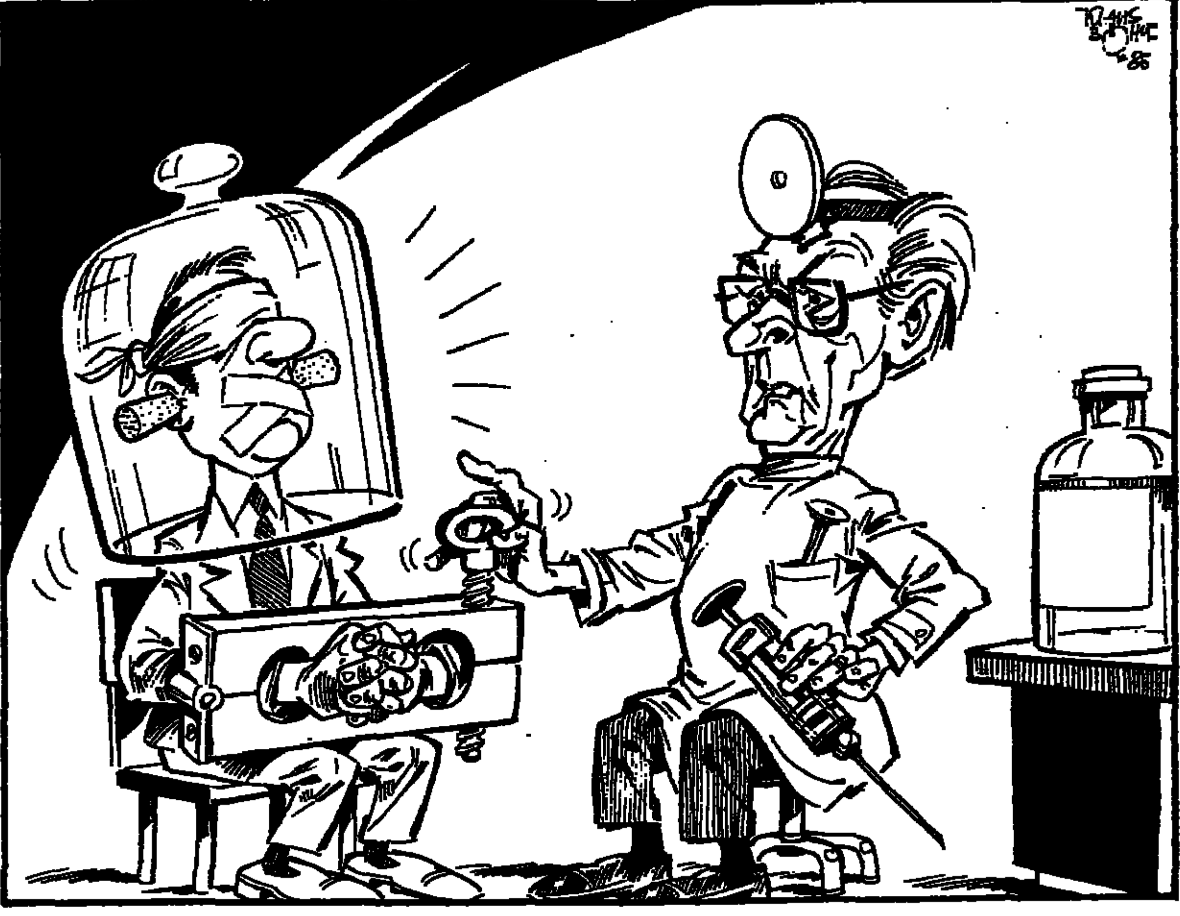
Die Regierung der USA hat den sechsten Jahrestag des Sieges der Sandinisten über das Somoza-Regime dazu benutzt, den Spieß umzudrehen. Bisher hat Nicaraguas Präsident Daniel Ortega die Regierung Reagan angeklagt, eine Invasion Nicaraguas vorzubereiten und dabei sogar Stichtage angegeben, bis zu denen der Angriff stattfinden werde. Washington hat dergleichen stets mit Achselzucken abgetan.

Das hat sich geändert. Das State Department übermittelte Managua eine Note. Darin heißt es, der US-Geheimdienst habe festgestellt, daß sandinistische Elemente in El Salvador bei den Attentaten mitwirkten, bei denen im vergangenen Monat sechs Nordamerikaner das Leben verloren, und daß solche Meuchelmorde mit Hilfe der Sandinisten nun in Honduras vorbereitet werden. Das müsse ernste Folgen haben: „Unsere Antwort auf Gewalttaten gegen Amerikaner wird dem Verlust entsprechend angemessen sein", heißt es. „Wir werden die Zeit und den Ort selbst bestimmen."

Gleichzeitig erklärte Robert C. McFarlane, der Sicherheitsberater Reagans, abermals, Pläne für eine Invsion Nicaraguas, mit dem die USA immer noch diplomatische Beziehungen unterhalten, gebe es nicht.

Ortega wies die Note als inhaltlich falsch zurück. Er behauptet, daß Nicaragua Terrorakte weder unterstütze noch provoziere noch ermutige. Ein Angriff auf Nicaragua würde ganz Mittelamerika in den Krieg stürzen.

Aber in den USA werden Vorwürfe immer lauter, daß die Regierung Reagan gegenüber dem internationalen Terror wie ein Papiertiger reagiere und daher an Glaubwürdigkeit verliere. Die Ermordung von Amerikanern in Libanon und Mittelamerika lastet auf der Öffentlichkeit und hat ihre Stimmung verändert. Immer häufiger heißt es, daß „das mächtigste Land der Erde" der Ermordung seiner Bürger nicht weiter tatenlos zusehen dürfe. Die Sandinistas, die in Nicaragua selbst auf wachsende Opposition stoßen, werden erfahren, daß die Geduld nicht nur der US-Regierung, sondern auch der US-Öffentlichkeit ihre Grenzen erreicht hat.



„Nun bist du vor Ansteckung sicher, lieber Bürger!" KLAUS BÖHLE

Gemüt oder ungemütlich

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Sozialdemokraten füllen das verregnete Sommerloch mit Mutmaßungen über ihren Kanzlerkandidaten in spe. Wer soll 1987 gegen Helmut Kohl antreten?

Die erfahrenen Partei-Strategen glauben nicht, daß in knapp zwei Jahren die Zeit schon reif sein werde für die nächste sozialdemokratische Kanzlerschaft. Ihre Überlegungen zielen auf ein achtbares Wahlergebnis. Da nimmt es nicht wunder, wenn einige von ihnen auf die Idee kommen, noch einmal Willy Brandt ins Rennen zu schicken. Für einen Achtungserfolg wäre er der beste Kandidat, und dieser (Rau) oder jener (Vogel) andere, den man vier Jahre darauf vielleicht mit größeren Chancen an den Start schicken könnte, würde nicht vorab verschlissen.

Vorerst sind das Gedankenspiele. Aber Brandt ist selbst der geeignetste Kronzeuge jener Erfahrungen, die er als Parteichef nicht einen Augenblick vergessen darf. Wie war das doch, als 1960 der Parteitag zu Hannover ihn zum Kanzlerkandidaten kürte?

Damals näherte sich die Sozialdemokratische Partei ihrem hundertsten Geburtstag, und in diesem Säkulum hatten von ihr gestellte Reichskanzler nur zwei Jahre, einen Monat und elf Tage regiert. Brandt trat als Kanzlerkandidat an die Spitze einer zwar traditionsreichen, aber von den Leiden der Opposition geprägten Partei. Immerhin hatte die SPD den Willen zur Macht. Man befand sich in der Schlußphase der Kanzlerdemokratie Adenauers, und nichts konnte kontrastreicher sein, als dem alten Mann einen strahlend jugendlichen „deutschen Kennedy" gegenüberzustellen (obschon Brandt damals nahezu ein Fünfziger war).

Aufbauend auf dem Ansehen, das Brandt sich als Regierender Bürgermeister Berlins erworben hatte, führte er einen Wahlkampf nach amerikanischem Muster. Allein der Kandidat, das Abbild Kennedys, zählte. Und im hundertsten Jahr ihres Bestehens erlebte es die SPD, wie die einst brüderlich vertrauten Genossen sich als „Verehrte Anwesende" anzusprechen begannen; sogar das Parteirot mußte dem werbewirksameren Blau weichen.

Es hat alles nichts genützt. Brandt kam 1961 gegen Adenauer nicht an und noch weniger 1965 gegen Erhard. Da wollte er aufgeben. Nie wieder wollte er Kanzlerkandidat sein. Es ist dann ganz anders gekommen. Aus der Bundestagswahl 1969 ging Willy Brandt dank Walter Scheel und der FDP als Bundeskanzler hervor. Nach vier Jahrzehnten stellte die SPD wieder einen Kanzler. Es war, als brächen sich lang angestaute Elemente Bahn, und das mag erklären, daß im Tempo der „neuen Ostpolitik" und der „inneren Reformen" das Augenmaß verlorenging. Doch erst 1972, zur Bundestagswahl nach dem um Haaresbreite überstandenen konstruktiven Mißtrauensvotum, entwickelte die sozial-liberale Koalition so etwas wie eine eigene Geistigkeit.

Rückblickend registrierte Brandt, daß sich 1969 die politische Mehrheit von der rechten zur linken Mitte verlagert habe. In diesem Sinn sprach er im Oktober 1972 von der „neuen Mitte". Die FDP hatte eher die neuen Mittelschichten im Kopf, als Maihofer das „historische Bündnis" zu strapazieren begann. SPD und FDP suchten für ihr Bündnis geschichtliche Legitimation, indem sie für sich in Anspruch nahmen, endlich die „verratene" Revolution von 1848 zu erfüllen. Und wieder nahm Brandt sich Kennedy zum Vorbild, so sehr, daß er lieber von „compassion" sprach als von Nächstenliebe. Wir hören ihn noch: „Habt Mut zur Barmherzigkeit. Habt Mut zum Nächsten. Findet zu euch selbst!" Es klang wie die Grundlegung der späteren „Friedensbewegung". Brandt errang einen grandiosen Wahlsieg.

Die Kanzlerschaft Brandts endete tragisch, und diejenige Helmut Schmidts nicht minder. Doch nach zwei sozialdemokratischen Kanzlerschaften kann es nicht mehr darum gehen, das Tor zur Macht überhaupt erst aufzustoßen wie in den sechziger Jahren; heute stellt sich die Frage, ob die SPD-Kanzler in mehr als einem Jahrzehnt Regierungszeit eine Politik etabliert haben, deren Kontinuität die Partei zu ihrem Programm erheben kann.



Nachdenken über den übemächsten Wahlkampf: Brandt FOTO: SVEN SIMON

Solange Brandt die SPD führt, wird es sich um Kontinuität einer politischen Mehrheit handeln, die sich wiederum links der Mitte ansiedelt. Schwer vorstellbar, daß die FDP ein zweites Mal diese Kurve nimmt. Nicht von ungefähr erklärt die SPD, sie wolle 1987 aus eigener Kraft an die Regierung zurückkehren. Aber das ist nur eine indirekte Bestätigung ihrer Zweifel, daß es 1987 überhaupt zu schaffen sei. Die mittelfristige Betrachtung kommt zu ganz anderen Ergebnissen:

Sollte die SPD ihr Glück noch einmal in einem „modernen Wahlkampf" suchen, so wie seinerzeit Brandt mit seinem Kennedy-Wahlkampf (obwohl das aktuelle Beispiel den Namen Reagan trägt), sollte sie es noch einmal mit Mimikry und Selbstverleugnung probieren, so wird Rau ihr Kandidat sein. Er wird einen unpolitischen, populistischen Wahlkampf führen, einen Bruder-Johannes-Wahlkampf der Compassion, der auch alle umarmt, die sich in der „neuen sozialen Bewegung" und in der „Friedensbewegung" heimatlich fühlen. Es wäre der Versuch, über Herz und Gemüt, über die Emotion die Macht zu erringen.

Sollten die Zeitläufte andere sein, sollte mit einem Programm um die Wähler gekämpft werden müssen, so wird der Kandidat Hans-Jochen Vogel heißen. Er ist schon dabei, unter dem Rubrum „zweite Ostpolitik" die Vertragspolitik Brandts mit deklamatorischen Muster-„Verträgen" auf den Bereich der äußeren Sicherheit zu erstrecken, ein deutliches Indiz, daß die Programmatik ebenso wie Raus Populismus auf jene zielt, die als „neue soziale Bewegung" und „Friedensbewegung" ein Stimmenreservoir links der Mitte bilden.

Willy Brandt kennt den langen Pendelschlag der Wahl-Gezeiten. War er nicht neun Jahre lang ein frustrierter Kanzlerkandidat? Brandt hat Geduld gelernt. Er sichtet nicht die Söhne, sondern die Enkel.

IM GESPRÄCH Admiral Crowe

Weinbergers U-Boot-Fahrer

Von Günter Friedländer

In den amerikanischen Streitkräften haben die Armee, die Flotte, die Luftwaffe und die „Marines" ihre eigenen Generalstäbe, deren Chefs zusammen mit einem von der Regierung ernannten Vorsitzenden im Verteidigungsministerium die Verantwortung für die Landesverteidigung tragen. Zu den Pflichten des Vorsitzenden gehört, den Präsidenten zu beraten, dem Parlament der USA die Politik des Verteidigungsministers, besonders in Fragen des Budgets, zu erklären und die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Waffengattungen zu überbrücken. Es ist keine einfache Aufgabe in einem Augenblick, in dem aus dem Weißen Haus Warnungen gegen Staaten ergehen, die den internationalen Terrorismus unterstützen. Warnungen, von denen niemand weiß, wie ernst sie gemeint sind und, sollten sie ernst gemeint sein: wieweit die Berufssoldaten sie für durchführbar halten. Die Aufgabe wird nicht erleichtert durch den Widerstand im Kongreß, der Regierung die Mittel für die Pläne des Pentagon zu bewilligen, die sie fordert.

Der gegenwärtige Vorsitzende der Generalstabschefs, Armeegeneral John W. Vessey jr., hat nach drei Jahren in diesem Amt wissen lassen, daß er auf sein letztes Dienstjahr lieber verzichten würde. Sein Nachfolger schien seit einiger Zeit klar zu sein: Jeder im Pentagon dachte an den Chef der Flottenoperationen, Admiral James D. Watkins, einen ehemaligen U-Boot-Kommandanten. Der Admiral selbst soll fest damit gerechnet haben, aber dann tauchte ein ganz anderer Kandidat auf: Admiral William James Crowe (60), ebenfalls aus den Reihen der U-Boot-Kommandanten hervorgegangen und zur Zeit Chef der amerikanischen Streitkräfte im Pazifischen Ozean.

Er ist ein welterfahrener Mann, der oft auf Posten im Ausland diente, unter anderem als Berater in Vietnam, als Kommandant im Nahen Osten



Besonderes Geschick im Umgang mit dem Kongreß vermutet: Crowe FOTO AP

(1976/77) und als Kommandant der Alliierten in Südeuropa (1980). Dabei ist er Autor eines Buches, ein in Washington gut bekannter und mit dem Leben in Washington vertrauter Mann, der mehrere Präsidenten beriet. Im Kongreß, der seine Ernennung bestätigen muß, rechnet man diesmal nicht mit den peinlichen, endlosen Verhören, die Ernennungen der Regierung Reagan so oft folgten.

Was hat das überraschende Überspringen des gegenwärtigen Chefs der Flotte veranlaßt? Die Beobachter machen für das etwas ungewöhnliche Vorgehen Caspar Weinberger verantwortlich, der glauben soll, daß Admiral Crowe ein eindrucksvollerer Vertreter der Wünsche der Regierung vor den Mitgliedern des Kongresses sein wird. Das braucht die Regierung, deren Pläne und Ausgaben für die Landesverteidigung im Rahmen der erwünschten Streichungen im defizitären Staatshaushalt ständig unter Beschuß kommen. Der Admiral wird nach zwölf Jahren der erste Vorsitzende der Generalstabschefs seiner Waffengattung sein, wenn er sein Amt am 1. Oktober antreten wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölnische Rundschau

Sie geht auf Arbed Saarstahl ein:

Jetzt sind 100 Tage vergangen: Lafontaine überlegt, wie das Saarland eine atomwaffenfreie Zone werden könnte. Er hob die Gültigkeit der „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" für die Bewerber des öffentlichen Dienstes auf – nur von der so notwendigen neuen Konzeption zur Erhaltung der Arbed-Arbeitsplätze ist nichts zu hören. Im Saarland werden erste Zeichen des Unmuts, der Enttäuschung bemerkbar. Pikanterweise auch von seiten der IG Metall. Von einer Aufhebung des Radikalenerlasses im öffentlichen Dienst haben die Arbed-Arbeiter herzlich wenig. Von der neuen Regierung wird kein politischer Schnickschnack, sondern handfeste Wirtschaftspolitik verlangt.

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung interpretiert SPD-Stimmen:

Wie listig-hintergründig sich der alte Fuchs Hans-Jürgen Wischnewski an diesem Wochenende zu den Wahlchancen der Sozialdemokraten für 1987 eingelassen hat, das freilich wird nur richtig deutlich an dem, was ein gewisser Helmut Schmidt, dramaturgisch feinsinnig abgestimmt, in seinem Ex-Kanzler-Wort zum Sonntag zu exakt demselben Gegenstand zu sagen hatte. Die zwei nämlich bescheinigten in denkwürdiger Weise eben dem Genossen, dessen Namen sie freilich nicht in den Mund nahmen, nur zweite Wahl zu sein: Hans-Jochen Vogel. Ihm trauen Schmidt wie Wischnewski und mit ihnen große Teile der SPD augenscheinlich nicht mehr zu, als zweiter Sieger zu werden beim Bundestagswahlgang in gut anderthalb Jahren. Eine wirklichkeitsnahe Einschätzung angesichts seriöser Meinungsumfragen, die CDU/CSU und FDP bis in die jüngste Zeit einen fast unverändert klaren Stimmenvorsprung signalisieren, wenn „morgen" gewählt würde.

Neue Zürcher Zeitung

Sie schreibt zum Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit:

Anders als in den vergangenen zwei Jahren, als politische Kontroversen die OAU zu spalten drohten, wurde dieses Jahr in der äthiopischen Hauptstadt von den 49 Delegationen schnell eine einheitliche und eher gemäßigte Haltung zur kontinentalen Krise gefunden ... Obwohl sich Afrika nach den Worten des abgetretenen OAU-Vorsitzenden Nyerere (Tansania) weiterhin als Opfer eines ungerechten internationalen Wirtschaftssystems und der allgemeinen Rezession sieht, betonte die OAU-Konferenz doch deutlich die Eigenverantwortung der afrikanischen Regierungen für die wirtschaftliche Sanierung und Selbstversorgung.

BERLINGSKE TIDENDE

Die Kopenhagener Zeitung meint zur neuen Ecu-Festsetzung:

Mit Zufriedenheit ist festzustellen, daß es keinen Zweifel mehr über die Stabilität der dänischen Krone im Vergleich zur deutschen Mark oder dem holländische Gulden gibt. Die Ergebnisse der heimischen Wirtschaftspolitik haben Dänemark aus der Rolle des allzeit verdächtigen Abwertungskandidaten gebracht.

Moskau nennt westliche Kritiker „Bordellbesitzer"

Der tägliche Tod im Straflager / Von Peter Dittmar

Manchmal ist es eine karge Meldung, oft erfährt man es nur im Gespräch: wieder ist einer der Bürgerrechtler in der Sowjetunion gestorben. Im Lager. In der Gefängnispsychiatrie. Unmittelbar nach der Haftentlassung.

Im letzten Jahr waren es sechs. Im Lager starben der Lehrer Oleksa Tichy (geb. 1927), der Journalist Jurij Litwin (geb. 1934) und der Journalist und Übersetzer Valerij Martschenko (geb. 1947), alle drei wegen ihrer Arbeit für die ukrainische Helsinkigruppe verurteilt. Der armenische Nationalökonom Eduard Arutjunjan, Gründungsmitglied der armenischen Helsinkigruppe, wurde erst aus dem Lager entlassen, als seine Krebserkrankung ins letzte Stadium getreten war. Acht Tage später war er tot. Der Elektrofacharbeiter Alexej Nikitin (geb. 1937), der sich um die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft bemüht hatte, starb in einer Psychiatrie, genauso wie Valentin Sokolow (geb. 1926), der praktisch seit 1947 mit nur kurzen Unterbrechungen in Lagern und zuletzt in den speziellen Psychiatrien für politische Häftlinge gesessen hatte. Sokolow war nicht nur unter den Häftlingen wegen seiner sarkastischen Lieder über die Wirklichkeit des GULag berühmt.

Die Reihe der Opfer des „sozialistischen Strafvollzugs" setzt sich auch in diesem Jahr fort. Im April starb mit 46 Jahren die promovierte Philosophin und vehemente Bürgerrechtlerin Lina Tumanowa. Auch sie hatte man erst aus der Untersuchungshaft entlassen, als ihr Ende an Krebs feststand. Und im Lager ist auch Ischchan Mkrtschjan (geb. 1957), der 1980 wegen der Gründung der „Gruppe junger Armenier" zu insgesamt zwölf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden war, zu Tode gekommen. Die Todesursache ist nicht bekannt. Die Umstände sind unklar, denn der erst 28jährige Mkrtschjan war gesund.

Nun passiert es zwar in allen Gefängnissen der Welt, daß Häftlinge krank werden oder auch sterben. Aber die Verhältnisse in der Sowjetunion sind anders. Der Strafvollzug in den Lagern hat nicht die Resozialisierung der Gefangenen im Auge, sondern zielt durch psychischen und physischen Druck – besonders bei den politischen Häftlingen – auf eine Zerstörung der Persönlichkeit. So schrieb Anatolij Korjagin 1982 aus dem Strafisolator des Lagers für politische Häftlinge WS-389/37 an die Menschenrechtskommission der UNO: „Als Insasse eines sowjetischen Straflagers für politische Häftlinge und als Arzt erkläre ich hiermit, daß die Gesamtheit der Bedingungen, unter denen die Häftlinge in den politischen Lagern der Sowjetunion gehalten werden, das Ziel verfolgt, ihre physische und psychische Gesundheit zu untergraben, und daß dadurch das Leben der Häftlinge unmittelbar bedroht und seine Verkürzung herbeigeführt wird. Dazu trägt in nicht geringem Maße die physische Folter bei, die in Form von Hunger, Kälte und Schlafentzug gegen die Häftlinge angewandt wird." Korjagin ist inzwischen selbst ein Opfer dieser Methoden. Im Gefängnis wurde er wiederholt von den Aufsehern schwer mißhandelt. Und durch die unzureichende Ernährung leidet Korjagin an Mangelerscheinungen, die lebensbedrohend sind.

Beides ist keine Ausnahme im sowjetischen Lager- und Gefängnisleben. In derselben Gefahr sind Anatolij Martschenko, Viktor Nekipelow, Jurij Fjodorow, Lasar Rulew-Kagan. Unter normalen Umständen hätte z. B. Valerij Martschenko nicht an der Nierenerkrankung sterben, die Krebserkrankungen von Arutjunjan oder Nikitin nicht so schnell zum Tod führen müssen. Doch den Häftlingen wurde eine rechtzeitige und richtige Behandlung verweigert.

Das ist keine neue Entwicklung. Was Alexander Solschenizyn für die Lenin- und Stalin-Zeit dokumentiert hat, gilt im Grunde bis heute. Nach inoffiziellen Schätzungen sitzen 2,5 Millionen Sowjetbürger, also jeder hundertste, in einem Lager oder Gefängnis, und etwa 200 000, also fast jeder hundertste von diesen, sterben jedes Jahr in der Haft.

Amnesty International hat jetzt auf die sowjetische Folterpraxis hingewiesen, aber im allgemeinen registriert kaum jemand im Westen den Tod dieser Namenlosen. Und kaum jemand nimmt die permanente Verletzung der Menschenrechte durch die Sowjetunion zur Kenntnis. Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Lomejko, kann zum Stichwort Helsinki ungeniert die Losung ausgeben, daß die westlichen Kritiker sowjetischer „sogenannter Menschenrechtsverletzungen" oftmals selbst „Sklavenhändler" und beteiligt an einem „großkapitalistischen Netzwerk von Bordellen" seien.

Wie reagieren die Regierungen darauf? Die Hoffnung auf einen kleinen Gewinn bei internationalen Verhandlungen führt in vielen westlichen Ländern zu einer Leisetreterei, die von einer ungehörigen Portion Menschenverachtung genährt wird.

„Lakai zu sein war ein hochqualifizierter Beruf", notierte Gabriel Laub einmal, „solange er nichts mit politischer Karriere zu tun hatte."

Härtetest dreißig Meter über der Weite Labradors

Der extreme Tiefflug gehört zu den Stärken der NATO-Luftstreitkräfte. In der Bundesrepublik ist er jedoch nicht zu trainieren. So weicht die Luftwaffe nach Kanada aus, wo die Piloten optimale Bedingungen vorfinden. Doch auch die NATO-Gegner rühren sich vor Ort.

Von C. GRAF BROCKDORFF

Labrador ist überzogen von dichten Wäldern, doch das harte Klima läßt die Bäume kaum größer werden als doppelte Zimmerhöhe. Höhen und Senken wechseln miteinander ab. Seine Seen und Flüsse sind ein wahres Angler-Paradies.

Menschliche Siedlungen in Labrador sind so selten, daß man sie an einer Hand aufzählen kann. In einem Gebiet, das die Fläche der Bundesrepublik Deutschland um ein volles Drittel übertrifft, wohnen 32 000 Menschen, unter ihnen 2000 eingeborene Eskimos und Indianer.

Elche und Bären streifen durch die Wälder, und es gibt riesige Herden von Karibus, wie die nordamerikanischen Rentiere genannt werden. Niemand weiß ganz genau, wie viele es sind. Die jüngsten Zählungen reichen bis zu 700 000. Sie ziehen wie Nomaden durch die endlose Wildnis, gelegentlich wird das eine oder andere geschossen und von den Indianern verkauft. Das Fleisch dieser Karibus schmeckt vorzüglich.

Und dann gibt es noch die Insekten von Labrador, die im Sommer den Fallenstellern und Anglern das Leben zur Hölle machen. Wer durch den Busch geht, wird in Sekunden von Mücken und schwarzen Fliegen umschwärmt, die erbarmungslos auf menschliches Blut aus sind. Der Biß der schwarzen Fliege ist schmerzlos, nach wenigen Minuten aber ist man mit Blut verschmiert.

Ein Brite, der vor Jahren mit dem Sportflugzeug den Atlantik überquerte und wegen Treibstoffmangels notlandete, überlebte zwar den Unfall. Er nahm den Notsender und funkte um Hilfe. Der kanadische Rettungsdienst fand nach wenigen Stunden nur noch das Wrack. Vom Piloten fehlte jede Spur. Er hatte sich vor den schwarzen Fliegen zu einem nahen Fluß gerettet und war darin ertrunken.

In diese Weite hat sich die deutsche Luftwaffe geflüchtet, um für ihre Einsatzbereitschaft etwas Lebensnotwendiges zu üben, was sie in Europa nicht mehr kann: den extremen Tiefflug mit sehr hohen Geschwindigkeiten. Gemeint ist Tiefflug 30 Meter über dem Boden und mit einer Geschwindigkeit von 0,91 Mach – weniger als ein Zehntel unterhalb der Schallgrenze.

Von April bis Oktober sind die Deutschen zu Gast in Goose Bay, einem winzigen Nest am Churchill-Fluß von Labrador. Bis 1941 lebte dort niemand. Mit Erlaubnis der britischen Regierung baute die amerikanische Luftwaffe – damals noch das „Air Corps" des amerikanischen Heeres – in Goose Bay einen Stützpunkt mit Landebahn, um im Zweiten Weltkrieg dann 25 000 Flugzeuge von dort auf die kürzeste Strecke nach Europa zu schicken. Mit einem modernen Jet fliegt man heute in fünf Stunden von Düsseldorf nach Goose Bay.

Der Stützpunkt in der Wildnis liegt auf derselben Breite wie Hannover, doch wegen des fehlenden Golfstroms ist das Klima extrem: im Winter minus 30 Grad und vier Meter Schnee, im Sommer drückend heiß. Die Nähe des magnetischen Pols ist deutlich spürbar: In vielen Nächten wird Goose Bay von den bizarren Formen des Nordlichts erhellt.

In diesen Tagen üben Besatzungen des Jagdbombergeschwaders 35 aus Pferdsfeld mit ihren Phantom-Maschinen und Piloten des Jagdbombergeschwaders aus Oldenburg mit dem Alpha-Jet in Goose Bay. Ende Juli erscheinen zum ersten Mal deutsche Tornado-Maschinen des Nörvenicher Jagdbombergeschwaders 31 auf dem entlegenen Flugplatz des anderen Kontinents.

Die Piloten berichten zufrieden von den realistischen Einsatzbedingungen, die Labrador bietet: In zwei Gebieten ist der Tiefflug bis zu 30 Meter über dem Boden und noch tiefer möglich. In der Bundesrepublik ist das nirgendwo erlaubt. Die niedrigste dort fliegbare Höhe beträgt 60 Meter, was jedoch wegen der Kürze der Strecke jeweils nur für eine bis eineinhalb Minuten möglich ist. Der extreme Tiefflug aber ist das As im Ärmel der zahlenmäßig weit unterlegenen NATO-Luftstreitkräfte. Er gibt dem Westen die Möglichkeit, Abschreckung glaubhaft zu machen, weil die Sowjets noch über kein Waffensystem verfügen, das einen derartigen Tiefflieger bekämpfen könnte. Die Piloten des Warschauer Pakts üben nicht in solch geringen Höhen.



Die dichte Besiedlung der Bundesrepublik setzt der Luftwaffe enge Grenzen für das Tiefflug-Training FOTO: ZINS/BMVg

Ein Major und Phantom-Pilot aus Pferdsfeld berichtet: „In 30 Metern Höhe bei einer Geschwindigkeit, die einen jede Minute 16 Kilometer weiter bringt, verengt sich das Sichtfeld nach vorne bis auf wenige Zentimeter. Mit äußerster Konzentration muß geflogen werden. Ein Blick auf die Instrumente ist nicht mehr möglich. Das besorgt der Hintermann im Cockpit. Wenn wir zurückkommen, sind wir durch die Konzentration durchgeschwitzt."

Labradorsee
Hudsonstraße
Atlantik
Hudsonbai
LABRADOR
Hamilton Inlet
Churchill
Goose Bay
KANADA
Neufundland
500 km
St. Lorenz-Strom
St. Lorenz-Golf
Quebec
Montreal
Ottawa
Augusta
Neuschottland
Halifax
USA
DIE WELT

Die um Goose Bay bestehenden Tiefstflugstrecken bedecken eine Fläche von 100 000 Quadratkilometern. Hier kann unbeschränkt geflogen werden, erschreckt werden lediglich einsame Trapper und Tiere. Eine Studie der Provinzregierung von Labrador, in Auftrag gegeben bei unabhängigen Zoologen, soll ermitteln, wie die Karibu-Herden auf die Tiefflieger reagieren. Die britische Royal Air Force, die schon länger von Goose Bay aus fliegt, behauptet frech, seit ihrer Präsenz hätten sich die Karibus rapide vermehrt – die etwas trägen Bullen würden durch den Fluglärm stimuliert.

Für die NATO ist extremer Tiefflug auf unbeschränkten Rennstrecken ein wesentliches Element zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung. Es ist ein praktisches Beispiel für die Philosophie, daß Kriegsverhinderung die Lebenberechtigung des Bündnisses sei und das Ausmalen von Kriegsszenarien dieser Philosophie diametral entgegengesetzt. In diesen Zusammenhang gestellt, gewinnt Goose Bay strategische Bedeutung. Im Sinne der Sowjetunion kann es nicht sein, daß Goose Bay sich zu einem Eldorado der NATO-Tieffliegerei entwickelt. Die kanadische Regierung hat der Allianz angeboten, den Stützpunkt zu einem regelrechten Zentrum für die taktische Fliegerei zu entwickeln. Die Öffentlichkeit des Westens hat bisher von Goose Bay so gut wie nicht Notiz genommen.

Andere, die wissen, was dort vor sich geht, sind schon da: Die kanadischen Behörden beobachten mit Interesse Ausländer, die sich mit schier unversiegbaren Finanzquellen unter die Indianer gemischt haben, um sie gegen Goose Bay als Luftstützpunkt aufzubringen. Ihr Motto: Für den Frieden, gegen die NATO, kein Tiefflug, Schutz von Mensch und Tier vor dem Lärm der Düsenjäger.

Mit Hilfe dieser ausländischen Unterstützung, aus Europa herübergekommen, als es mit der Tieffliegerei ernst wurde, sind Indianer schon zu Friedenskundgebungen und Protesten in die Bundesrepublik gereist und auf internationalen Kongressen in Genf erschienen. Auch ein Vertreter der deutschen Grünen tauchte vor wenigen Wochen in Goose Bay auf, um Widerstand gegen die NATO zu organisieren. Die Royal Canadian Mounted Police ließ ihn gewähren. „Dies ist ein freies Land", sagt ein kanadischer Offizier.

Im kommenden Jahr will die NATO entscheiden, ob Goose Bay oder der Flugplatz Konya in der Türkei zum neuen taktischen Waffenzentrum der westlichen Luftstreitkräfte ausgebaut werden soll. Die deutschen Piloten sind sicher, daß die Bundesluftwaffe weiterhin auf Goose Bay bleiben wird. „Unter idealen Bedingungen wie hier können wir nirgendwo sonst fliegen", sagt ein Offizier.

(SAD)

In Kreuzberg sind nicht nur die Nächte lang

Wäre es nicht Berlin, würde man es eine Provinz-Posse nennen: Mehr als vier Monate nach den Wahlen gibt es in den Bezirken Kreuzberg und Schöneberg noch keine Bezirksregierung. Warum? Weil politischer Hickhack die Erfüllung des Gesetzes verhinderte.

Von DIETER DOSE

Ein Berliner Bezirksamt, die Regierung des Bezirks sozusagen, besteht aus einem Bürgermeister und sechs Stadträten. Nun schreibt das Berliner Bezirksverwaltungsgesetz vor, daß die stärkste Fraktion den Bürgermeister stellt und die Zahl der Stadträte nach dem d'Hondtschen Verfahren auf die im Bezirksparlament vertretenen Parteien verteilt wird. Politische Koalitionen schließt das Gesetz aus. So können SPD und Alternative Liste (AL), die in Kreuzberg die Mehrheit haben, nicht die CDU als stärkste Fraktion von der Regierungsverantwortung ausschließen und in die Opposition verdrängen.

Das Gesetz aber besagt auch: Das neue Bezirksamt existiert erst, wenn alle Mitglieder gewählt sind. Was in den beiden Bezirken nicht der Fall ist.

So ist in Kreuzberg, Berlins Problembezirk mit 40 000 Ausländern unter den 130 000 Einwohnern, CDU-Mann Wolfgang Krüger schon seit April als Bürgermeister gewählt, denn die Christdemokraten wurden am 10. März mit 38,4 Prozent der Stimmen vor SPD (30,8) und AL (25,5) stärkste Partei.

Nur, Krüger kann nicht amtieren. An seinem Bürgermeister-Schreibtisch sitzt entweder der Vorgänger, der längst ausscheiden wollte, oder der Stellvertreter. Den stellt die SPD, den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Waldemar Schulze. Weil der schon Vize im alten Bezirksamt war (und auch im neuen wieder wird), führte er die Amtsgeschäft, als der alte Bürgermeister, ein Christdemokrat, krank war.

Die Probleme kamen mit den Grünen, die in Berlin als Alternative Liste firmieren und nicht nur in Kreuzberg, sondern in allen zwölf Bezirksparlamenten präsent sind. In Kreuzberg, der AL-Hochburg, stehen ihnen zwei Stadträte zu.

Weder CDU noch SPD bestreiten das. Aber die beiden großen Parteien verbündeten sich, um den AL-Mann Werner Orlowsky, schon seit 1979 Baustadtrat und Zugpferd der Alternativen im Wahlkampf, nicht wieder zum Zuge kommen zu lassen. Die SPD wirft ihm „Kontinuität der Schlamperei" vor, CDU-Fraktionschef Wolfgang Fisch nannte ihn einen „geschickten Scharlatan". Im Klartext wird dem gelernten Drogisten vorgeworfen, seine Kenntnisse im Haushaltsrecht seien mangelhaft, er habe die Realisierung öffentlicher Bauvorhaben versäumt und Baugenehmigungen zu lange auf seinem Schreibtisch schmoren lassen.

Eine lange Latte von Vorwürfen. Doch die AL hielt an Orlowsky fest. Es gab lange Nächte in Kreuzberg – viermal fiel der Baustadtrat bei der Bezirksamtswahl durch. Doch dann bröckelte die „große Koalition" von Christ- und Sozialdemokraten. Als nämlich die CDU den durchaus legalen Trick anwandte, den AL-Mann, den außer seiner Fraktion keiner wieder wählen wollte, abzuwählen, spielten die Genossen nicht mehr mit. Beim Abwahlantrag stimmten sie plötzlich für Orlowsky.

Für Kreuzberger CDU und SPD gab es sogar Schelte aus dem Rathaus Schöneberg. Aber selbst der Appell des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, in den Bezirken endlich „klar Schiff" zu machen und dem Wählerwillen zu entsprechen, verhallte zunächst. „Der Wähler hat entschieden, damit muß man leben", kritisierte der CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Dankwart Buwitt, die Kreuzberger Union. In die gleiche Kerbe schlug der baupolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Nagel: „Die Argumente der Kreuzberger SPD sind nicht überzeugend."

Am morgigen Mittwoch soll der Hickhack beendet werden. Nun will auch die CDU Orlowsky wählen, damit der Bezirk endlich eine Regierung erhält. „Mit Bauchschmerzen", so Fraktionschef Fisch, will die Union dem Al-Baustadtrat ihre Stimmen geben. Um ein Kuriosum zu beenden: Denn die SPD, der nach dem Wahlergebnis vom 10. März nur zwei Stadträte zustehen, hat derzeit drei.

Kehrtwendung auf der ganzen Linie, wobei sich die Kreuzberger CDU, so Fisch, von der Gesamtpartei „in keiner Weise unter Druck gesetzt fühlt". Am 27. Juli wird die Berliner Senatskanzlei deshalb zum siebenten Mal einen Dienstwagen in Richtung Kreuzberg in Marsch setzen. Mit den Ernennungsurkunden für Bürgermeister und Stadträte. Die waren schon sechsmal dorthin gebracht worden, dürfen aber nur ausgehändigt werden, wenn alle Bezirksamtsmitglieder gewählt sind. Siebenmal mußte das Datum der Urkunden geändert werden.

Wahrscheinlich klappt's diesmal. Weil auch die AL eingelenkt hat. Wenn ihr Orlowsky gewählt wird, will sie bei dem ihr zustehenden zweiten Stadtratsposten nicht mehr auf das von der CDU mit Beschlag belegte Volksbildungsressort bestehen, sondern einen Kandidaten für das freie Dezernat Gesundheitswesen benennen.

„Es wird Zeit, daß in diesem Bezirk mit seinen vielen Problemen endlich wieder sachliche Arbeit geleistet werden kann", sagt Krüger, der Bürgermeister „auf Abruf".

Der siebte Mann im Bezirksamt fehlt auch noch in Schöneberg. Parteiinterne Querelen in der SPD sind schuld, daß es auch hier keinen Baustadtrat gibt. Aber auch das soll nun schnell geschehen.

Etwas schneller, aber noch kurioser ging die Bezirksamtsbildung in Berlin-Steglitz über die Bühne. Hier stritten sich CDU (51,8 Prozent) und AL (11,8) um einen Stadtratsposten. Denn die üblichen Zählverfahren ergaben ein Patt. Bis zum Oberverwaltungsgericht ging der Streit, das salomonisch entschied und dem Bezirksparlament den „Schwarzen Peter" überließ. Mit der Empfehlung, man könne ja auch losen.

So geschah es. Bei der „Tombola" um den Stadtratsposten zog die AL die Niete, die CDU den Hauptgewinn. Die Union erhielt ihren fünften Stadtrat (Henning Lemmer, Sohn des ehemaligen Bundesministers Ernst Lemmer), die AL ging leer aus.

So reichten die Wahlen des Frühjahrs vor für ein Berliner „Sommertheater".

WIE WAR DAS? Als der Papst nach Castel Gandolfo kam

Von F. MEICHSNER

Wenn der römische Sommer immer heißer wird und Touristen aus aller Welt die ans Meer und in die Berge abreisenden Römer im Straßenbild verdrängen, „verwaist" allmählich auch der Vatikan. Das Feriensignal für die Kardinäle und Prälaten der Kurie ist das Gebrumm des Hubschraubers, der den Papst in seine Sommerresidenz Castel Gandolfo bringt. Für einige Wochen wird dann der päpstliche Landsitz in den Albaner Bergen zum Mittelpunkt der katholischen Welt. In diesem Jahr hat Johannes Paul II. seine „Ferien" schon kurz nach dem Peter-und-Paul-Fest begonnen. Muß er sie doch im August für die geplante anstrengende Afrika-Reise unterbrechen.

Castel Gandolfo liegt 25 Kilometer südöstlich von Rom am Rande des Kratersees von Albano, 420 Meter über dem Meeresspiegel. Der dort im Auftrag Urbans VIII. von Carlo Maderno, dem Architekten der Fassade von St. Peter, im 17. Jahrhundert errichtete Papst-Palast bildet das Zentrum eines 40 Hektar großen vatikanischen Besitzes, der aufgrund der Lateranverträge von 1929 exterritorialen Status hat.

Das Areal, das fast die Ausdehnung des Vatikanstaates (44 Hektar) erreicht, umfaßt neben dem Palast die mit ihm verbundene Villa Barbarini, die Villa Cybo, die vatikanische Sternwarte, eine den vatikanischen Gärten in nichts nachstehende großzügige Gartenanlage, eine Audienzhalle, ein Mustergut und das auf Wunsch des gegenwärtigen Papstes erbaute Hallenschwimmbad, über das in Rom die angebliche päpstliche Bemerkung kolportiert wird, es sei „billiger als ein Konklave". (Ein Konklave muß nach dem Tod eines Papstes zur Wahl eines Nachfolgers einberufen werden.)

Der päpstliche Palast wurde auf den Ruinen des mittelalterlichen Castello Savelli errichtet, das seinerseits wahrscheinlich auf dem Boden eines antiken Vestatempels entstanden war. Die Villa Barbarini erhebt sich über noch erhaltenen Resten einer römischen Villa.

Bis zum Ende der weltlichen Herrschaft der Päpste im Jahre 1870 diente das Landgut Castel Gandolfo nur als päpstliches Feriendomizil. Die offizielle Sommerresidenz der Päpste war der Palast auf dem römischen Quirinalshügel. In diesen Palast zogen dann aber die italienischen Könige ein, und heute residiert dort der Staatspräsident.

Bis zum Abschluß der Lateranverträge betrachteten sich die Päpste als Gefangene im Vatikan. Keiner von ihnen verließ je die Vatikanstadt. Keiner ging im Sommer nach Castel Gandolfo, obwohl die dortige Villa, die allmählich verfiel, vom italienischen Staat nicht – wie fast der gesamte andere Kirchenbesitz – enteignet worden war.

Erst Pius XI. siedelte, an die Tradition der Zeit vor 1870 anknüpfend, in der Ferienzeit wieder für mehrere Wochen nach Castel Gandolfo um – zum ersten Mal 1934, nachdem der päpstliche Palast von Grund auf renoviert worden war.

Der jetzige Papst sucht in dem Palast mit seinen Gärten und Villen, mit seinem Schwimmbad und mit seinen weiten Ausblicken über die Campagna, auf das Meer, die Sabiner Berge und die Ewige Stadt, auch übers Jahr gelegentlich Erholung vom anstrengenden Tageswerk.

Vor allem nach Auslandsreisen dirigiert er auf dem Heimflug das Flugzeug nicht selten nach dem kleinen Flughafen Ciampino am Fuße der Albaner Berge um und läßt sich dann mit dem Hubschrauber direkt nach Castel Gandolfo bringen.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern bleibt Johannes Paul II. freilich dem Vatikan kaum je länger als eine Woche fern. Wenn er nicht gerade auf Reisen ist, fliegt er – selbst im heißesten Hochsommer – jeden Mittwoch zu der auf dem Petersplatz stattfindenden Generalaudienz von Castel Gandolfo nach Rom.

Glotz: SPD kann Wahlergebnis von 1972 übertreffen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD bereitet sich darauf vor, im wesentlichen auf drei *politischen* Feldern die Auseinandersetzung der Bundestagswahl 1987 zu führen. Dabei steht das Arbeitslosenproblem an erster Stelle. Nach den Worten von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz will die SPD dem „neoliberalen Ökonomismus" der Bundesregierung „den Kampf ansagen und eine sozialethische Betrachtungsweise durchsetzen". Denn alle Umfragen ergäben, daß der Koalition „das Aufwiegen der Arbeitslosigkeit durch andere wirtschaftliche Daten, beispielsweise die niedrige Inflationsrate, nicht mehr gelingen" werde. Glotz brachte als „persönlichen" Vorschlag erneut den Gedanken eines „zweiten Lastenausgleichs" vor, „klassische, kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme" seien „nicht praktikabel". Wer in den nächsten zyklischen Abschwung mit weniger als zwei Millionen Arbeitslosen hineingehen wolle, müsse „einen Solidarbeitrag aller Bürger einkalkulieren".

Die beiden anderen Schwerpunkte betreffen eine offensive Auseinandersetzung mit dem Vorwurf des „Anti-Amerikanismus" sowie eine Hinwendung zur Europa-Politik.

Glotz sieht für die SPD „1987 die Chance, an ihr Wahlergebnis von 1972 anzuknüpfen oder es sogar zu übertreffen". Die SPD-Chancen wüchsen auch, weil es der Bundesregierung nicht gelinge, „anders als Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher bis 1978 eine blockerzeugende Regierungsformel, ein geistiges Band zu entwickeln". Aber der SPD-Geschäftsführer setzt offensichtlich ebenso wenig wie Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf eine Regierungsübernahme 1987, sondern eher darauf, daß Bundeskanzler Kohl nicht „lange gegen die dann stärkste Partei", die SPD, regieren könne. Glotz warnt seine Genossen auch davor, *sich wie 1983 in Diskussionen über* ein Bündnis mit den Grünen zu verstricken, *mit denen es* „auf Bundesebene keine Kooperationsmöglichkeit" gebe.

Bundespräsident lobt Reinheit des Denkens

DW. Berlin

Als „Seele des Widerstandes" bezeichnete Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Eröffnung einer Ausstellung über den „Kreisauer Kreis" in Berlin diese überkonfessionelle, politisch unterschiedlich zusammengesetzte Widerstandsgruppe. Die Ausstellung wurde von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz organisiert und ist in der Berliner Staatsbibliothek zu besichtigen.

Der Bundespräsident sprach in seinen kurzen Eröffnungsworten von einer seltenen „sittlich-politischen Substanz", die bei den Treffen auf dem schlesischen Gut von Helmuth James Graf von Moltke zum Ausdruck gekommen sei: Aus den Dokumenten und hinterlassenen Schriften der Mitglieder des „Kreisauer Kreises" gehe noch heute eine „beispielhafte Reinheit des Denkens und des Wesens" hervor. Die Gruppe habe ihr Selbstverständnis nicht in operativer Tätigkeit gesucht, sondern Meinungen und Gedanken über die notwendige geistige Erneuerung nach dem Ende der Hitler-Tyrannei ausgetauscht.

Von Weizsäcker unterhielt sich nach einem ausgedehnten Rundgang *durch die Ausstellung noch intensiv* mit Mitgliedern der Wiederstandsbewegung und Angehörigen der Männer und Frauen des 20. Juli. Als junger Hauptmann und Adjutant im Potsdamer Infanterieregiment 9 war der heutige Bundespräsident mit Männern des 20. Juli bekannt gewesen. Noch heute pflegt er zu einigen Überlebenden freundschaftliche Verbindungen.

Richard von Weizsäcker und Karl Carstens bei den deutschen Wanderfreunden




Richard von Weizsäcker ist erst seit gut einem Jahr im Amt und schon hat er ein unverwechselbares Profil. Seine Reden, wie die zum 8. Mai, finden weltweit große Beachtung. Ein Bundespräsident, der Denkanstöße geben möchte. FOTO: SCHULZE-VORBERG



Karl Carstens war als Bundespräsident auf dem Parkett ebenso „bewandert" wie auf den Wegen durch die Republik. Er machte die Fortbewegungsart per pedes wieder populär. Nicht nur für seine Mitwanderer war er ein „Staatsoberhaupt mit Herz" FOTO: POLY-PRESS

Zwei Präsidenten auf dem „Prüfstand"

Von MICHAEL JACH

Den *einen, der auf Schusters* Rappen in die Herzen „seiner" Bürger wanderte wie keiner vor ihm, feierten sie mit stürmischem Jubel. Den anderen, der mit Minutenplan, Hubschrauber, Konvoi mit Sicherungsbeamten zu Festrede und Ehrungen anreiste, empfingen sie mit ehrerbietigem Beifall.

Deutschlands Wanderer und ihre Bundespräsidenten – oder: Was ist Popularität? Unter den mehr als Zwanzigtausend, die sich am letzten Wochenende in Osnabrück zum 85. Deutschen Wandertag des Verbandes Deutscher Gebirgs- und Wandervereine eingefunden hatten, war wohl kaum einer, der nicht seine Vergleiche angestellt hätte zwischen „Alt"-Bundespräsident Karl Carstens und Amtsnachfolger Richard von Weizsäcker. – „Zwei Bundespräsidenten beim Wandertag", verkündete der Verband nicht ohne Stolz. Anreiz genug, die beiden unterschiedlichen Männer zu vergleichen. Nicht freilich um die Talente zweier unverwechsel*barer Persönlichkeiten im höchsten* Amt des Staates gegeneinander auszuspielen.

Deutschlandwanderer Carstens *kam* in die Stadt am Wiehengebirge, ganz so, wie er sich den Bürgern abseits des großen Protokollgepränges eingeprägt hat: zum Wandern mit den Gleichgesinnten, die ihm zum Ehrenpräsidenten ihres Verbandes erhoben und seiner Amtszeit hunderttausend neue Mitglieder zuschreiben. Selbstbestätigung von Vereinsmeiern? Doch wohl kaum. Sie teilen mit Karl Carstens ihr ganz und gar deutsches natur-„romantisches" Lebensgefühl, mit ihren Gefühlen fanden sie sich von ihm bestätigt. Buchstäblich und bildlich ein „Präsident zum Anfassen", den sie, wenn sie mit Wärme von ihm sprechen, achtungsvoll „den Professor Carstens" *nennen.*

Wo der Vorgänger durch seine „Einer-wie-wir"-Gegenwart Herz und Gemüt der Deutschen sachte anzurühren wußte, zielt Richard von Weizsäcker auf Hirn und Verstand. Bei einem Volk, das sich auf Dichter wie Denker beruft kann er sicher sein, Gehör zu finden. In Osnabrück hatte der Schirmherr des Wanderverbandes fünf heimische Wandervereine mit der von Carstens vor zwei Jahren gestifteten, vom jeweiligen Bundespräsidenten zu verleihenden Eichendorff-Plakette für mehr als 100jährige „Verdienste um Heimat, Wandern und Umwelt" auszuzeichnen. Und sprach vom persönlichkeitsbildenen Wert des Wanderns, wie es aus den künstlichen Technik- und Medienwelten „zu uns selbst führt, zur Natur, zum Mitmenschen, zum Miteinander-unterwegs-Sein". Die Zehntausend am Sonntag in der Stadthalle bestätigten ihn mit lebhaftem Beifall.

So geht das: Als Karl Carstens 1979 nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten seine Wanderung durch Deutschland ankündigte, machten sich auch Parlamentarier in Bonn über ihn lustig. Nach der „grünen" Wiederentdeckung der Natur lacht niemand mehr, wenn der Nachfolger von Weizsäcker den vormals Verlachten als Vorbild herausstellt, ja, dessen Wanderlust nahezu zur Amtstradition erhebt.

Diesen Präsidenten „anzufassen", war hernach schwierig. Nach dem Deutschlandlied eilte er, wohl im Gedränge Hände drückend und winkend, unter dem notwendig allgegenwärtigen Schutz seiner Begleiter zum Gespräch mit den eben geehrten Vereinsvorständen. Draußen warteten geduldig „Sehleute", bis er sich eine Stunde später aufmachte zum Rathaus, in dem einst der Westfälische Friede geschlossen wurde und sich nun die Stadt die Ehre gab.

Während der 15 Fußminuten dort*hin wiederum Händedrücken.* Passanten winkten dem Staatsoberhaupt freundlich zu. Zwei Tage zuvor hatte Karl Carstens in der Innenstadt einen Zebrastreifen überquert, da haben die Autofahrer vor der Ampel gehupt „wie die Wilden".

FDP-Spitze verärgert über hessischen Alleingang

Atomare Gefechtsfeldwaffen in Genfer Dialog einbeziehen?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Befehlshaber des Wehrbereichskommandos IV, Generalmajor Martin Holzfuss, hat in der FDP Unmut ausgelöst. Er hatte als Vorstandsmitglied der hessischen Liberalen Verhandlungen über den Abzug aller atomaren Gefechtsfeldwaffen, die nur kurze Reichweiten haben, aus ganz Mitteleuropa gefordert. Nach seinem vom Landesvorstand bei nur einer Enthaltung angenommenen Antrag sollen die Bundes-FDP und die Bundestagsfraktion darauf hinwirken, daß diese Waffen in die Rüstungskontrollverhandlungen der Supermächte einbezogen werden. Anders ist nach Meinung der Hessen-FDP das vom Saarbrücker Parteitag im Februar beschlossene Ziel eines atomwaffenfreien Europas nicht erreichbar und wirklich glaubwürdig.

Der General ging davon aus, daß gerade von der *Zusammenballung* der atomaren Gefechtsfeldwaffen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze eine besonders auf Deutschland konzentrierte Bedrohung ausgehe. Der Landesvorstand stimmte in dem Antrag der Meinung zu, daß Artilleriemunition mit Reichweiten von 30 und Kurzstreckenraketen von 100 *Kilometern auch der* Abschreckungswert im Vorfeld von Auseinandersetzungen zweifelhaft erscheine. Deshalb sollten zur Verstärkung der Vertrauensbildung auch in der eigenen Bevölkerung diese Waffen aus dem Abschreckungsspektrum herausgenommen werden.

In Bonner FDP-Kreisen hieß es dazu, Holzfuss habe zwar Recht mit seiner Forderung. Der „Kernfehler" des Papiers bestehe aber darin, daß keine Bedingungen gestellt und die Probleme nicht richtig gesehen worden seien. Deshalb sei es ein Rückschritt hinter seit langem gültige FDP-Beschlüsse. So trete die Partei zwar für eine radikale Reduzierung der Atomwaffen ein. Sie habe dies jedoch an Voraussetzungen geknüpft.

So muß es nach den Vorbedingungen der FDP zu einer Gleichheit im konventionellen Bereich kommen. Sonst wäre der Warschauer Pakt auf diesem Feld klar der NATO überlegen. Um hier zu einem Ausgleich zu kommen, könne der Westen auf ein gewisses Maß an atomarer Kampfkraft nicht verzichten. Notwendig seien daneben *Erfolge* bei der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE). Außerdem solle es zu einem Abbau der Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und SS 20 kommen. Außer acht gelassen worden sei in dem hessischen Papier auch, daß nach dem zwei Jahre alten NATO-Beschluß von *Monte Bello bis 1988 der Rückzug* von insgesamt 2400 Atomwaffen vorgesehen ist, von denen schon 1000 im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß abgebaut wurden.

‚Auf Hilfe aus dem Westen angewiesen'

Ungarischer Wirtschaftsexperte lobt die Zusammenarbeit von Bonn und Ost-Berlin

hrk. Berlin

Um international konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden, sind Ungarn und die „DDR" gleichermaßen auf die Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen. Dabei ist die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin von Bede*utung. Zu dieser Einschät*zung gelangt einer der wichtigsten ungarischen Manager, Gerd Biro. Ganz im Sinne der außenpolitischen „Achse" Budapest–Ost-Berlin spricht sich der Generaldirektor der ungarischen Handelskammer für noch engere wirtschaftliche Kontakte zum Westen aus.

Biro publizierte seine Einschätzung der Lage im RGW-Bereich und der künftigen Rolle Europas in der Fachzeitschrift „Osteuropa-Wirtschaft", die in Stuttgart erscheint. Der führende ungarische Ökonom äußert dabei Gedanken, die im Prinzip auch die Haltung Ost-Berlins wiedergeben, dort aber derart offen we*der in internen Gesprächen mit Gä*sten aus Bonn noch gar öffentlich zum Ausdruck kommen.

Auf die „Polen-Krise" eingehend, die weder Bonn noch die anderen westeuropäischen NATO-Staaten im Gegensatz zu den USA zur Konfrontation benutzt hätten, nennt der Budapester Autor ein Rezept, das auch für die „DDR" gilt: „Auf breiterem Horizont betrachtet, stellen geregelte innere Verhältnisse der sozialistischen Länder, die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie sowie die Modernisierung des politischen Instrumentariums ein gesamteuropäisches *Interesse dar." Auf Ost-Ber*lin bezogen, wären somit auch dort die Auswahlmöglichkeit unter mehreren Wahl-Kandidaten (wie kürzlich in Ungarn) und eine innere Modernisierung nötig.

Den Dialog suchen

Freimütig räumt Biro dabei ein, daß es in den RGW-Ländern – die „DDR" eingeschlossen – „innere Wirtschaftsprobleme beziehungsweise -reformen" gebe, die sich ebenso wie „negative Tendenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft" auf die Beziehungen in Europa auswirken.

Im schroffen Gegensatz zur Moskauer „Revanchismus"-Kampagne gegenüber Bonn und den bisweilen ebenfalls sehr lauten Tönen aus der SED in Richtung der Bundesregierung erntet die heutige Bonner Führung großes Lob von Biro. Ost-West-*Handel als Teil der* Entspannungspolitik sei eine Devise der Bundesrepublik: „Hier blickt die sogenannte ‚Ostpolitik', die in der Politik der aufeinanderfolgenden Regierungen ein mehr oder weniger konstantes Element darstellt, auf langjährige Traditionen zurück."

Was in Ost-Berlin offenbar im Hinblick auf die psychologische Lage in der Bundesrepublik noch immer nicht richtig begriffen worden ist, beschreibt Biro so: „Rhetorische Elemente beeinflussen sehr ungünstig die Öffentlichkeit, was später auch dazu führen kann, daß die Regierungen bei gewissen Kompromißlösungen Gefangene der früher selbst kreierten ungünstigen Atmosphäre bleiben." Biro bezieht diese Äußerungen vor allem auf die USA, warnt aber zugleich auch die RGW-Staaten einschließlich der „DDR" vor zuviel Propaganda: „Auch der Dialog mit den westeuropäischen Staaten soll in der öffentlichen Meinung zur Schaf*fung einer für die Stabilisierung* der Ost-West-Beziehungen günstigen Atmosphäre beitragen."

Nur gegen Devisen

Der Experte aus Ungarn notiert auch, was Ost-Berlin in dieser Offenheit nicht einräumt, gleichwohl aber forciert: Nur bessere Produkte, die gegen harte Währung auf dem Weltmarkt zu verkaufen sind, sichern die notwendigen Importe aus dem Westen, die weder von der UdSSR noch anderen RGW-Ländern zu haben sind.

Die Herstellung solcher weltweit begehrter Artikel jedoch, deren Herstellung Erich Honecker ständig fordert, kann nur gelingen, wenn sich die „DDR"-Industrie mit westlicher Hilfe modernste westliche Technologie kauft. Als Gegenleistung erwartet Bonn unverändert Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen des Landes.

Ungewißheit über Vietnam-Vermißte schmerzt am meisten

FRITZ WIRTH, Washington

Vizepräsident George Bush erschien, streute Signale der Hoffnung und ließ vom erkrankten Präsidenten *grüßen. Auch Sicherheitsberater* Robert McFarlane, der stellvertretende Verteidigungsminister William Taft und der Oberkommandierende der Streitkräfte, General John Vessey, ließen es sich nicht nehmen, zu erscheinen.

Dennoch hat niemand von ihnen unter den 800 Teilnehmern der 16. Jahreskonferenz der „Liga der Familien amerikanischer Kriegsgefangener und Vermißter" am vergangenen Wochenende mehr beeindruckt als *ein muskelbepackter Mann, der das* Phantasieprodukt einiger Filmproduzenten ist und nur auf ein paar tausend Metern Zelluloid existiert. „Rambo" ist sein Name, jener Vietnam-Veteran, der sich eigenhändig und erfolgreich auf den Weg macht, einige Kriegsgefangene nach Amerika heimzuholen, die von den Vietnamesen festgehalten wurden.

Die Liga existiert seit dem 1. Mai 1970. Im vergangenen Jahr machte Ronald Reagan den dritten Freitag im Juli zum nationalen Erinnerungstag für die immer noch im Vietnamkrieg vermißten 2477 amerikanischen Soldaten. Auf dem Weißen Haus wehte am Freitag unter der amerikanischen Flagge die schwarz-weiße Fahne der *Liga der Vietnam-Vermißten mit der* Aufschrift „Ihr seid nicht vergessen".

Genau dieser beschwörende Satz aber ist es, der die meisten Angehörigen der Vietnam-Vermißten plagt und bedrückt. Sie befürchten, daß die vergangenen amerikanischen Regierungen und auch die Nation in ihrem Bestreben, diesen verlorenen Krieg zu verdrängen, zu sehr daran interessiert sind, auch die Akten über dem Schicksal der Vermißten zu schließen. Um dies zu verhindern, hat sich in der *Liga* eine „Rambo"-Fraktion gebildet, die entschlossen ist, einen härteren Kurs zu steuern. Sie will endlich Klarheit über das Schicksal ihrer Angehörigen bekommen.

Immer noch Hoffnung

Die Treffen dieser Liga sind seit über einem Jahrzehnt hochemotionale Ereignisse der Tränen, der Hoffnungen und der Verbitterung. Madeleine Bond, die vor 10 Jahren ihren damals 23jährigen Sohn über Laos verlor, drückte an diesem Wochenende in Arlington aus, was die meisten Mitglieder der Liga belastet: „Ich glaube, ich könnte heute den Tod meines Sohnes akzeptieren. Unter*träglich aber ist die Ungewißheit* über sein Schicksal. Diese Ungewißheit ist es, die schmerzt." Und weil sie die Hoffnung nicht aufgeben mag, gibt es seit zehn Jahren in ihrem Hause ein unbenutztes Zimmer, das auf ihren Sohn wartet.

Es ist eine Hoffnung wider die Wahrscheinlichkeit. Im Jahre 1975 hatte ein Ausschuß des Kongresses 15 Monate lang dieses Problem untersucht und dabei auch Präsident Ford und Außenminister Kissinger *angehört. Im Dezember 1976 kam die*ser Ausschuß zu dem Ergebnis, daß sich „heute kein Amerikaner mehr als Ergebnis des Krieges in Indochina noch lebend in Kriegsgefangenschaft in Indochina befindet".

Lange nicht alle Mitglieder der Liga der Vermißten akzeptieren dieses Verdikt. Nach den Statistiken des Pentagon sind von den 2477 Soldaten, die als „MIA" (Missing in Action) registriert sind, 1186 nachweislich gefallen, ihre Leichen jedoch seien unauffindbar geblieben. Unter ihnen sind 436 Luftwaffenpiloten, die über der See abgestürzt sind. 647 weitere Soldaten wurden von ihren Kameraden als „vermutlich tot" erklärt. Das läßt 644 offene Fälle zurück, die theo*retisch als Kriegsgefangene* in Vietnam festgehalten werden könnten, obwohl Hanoi behauptet, mit der Übergabe von insgesamt 591 Soldaten alle amerikanischen Kriegsgefangenen nach Kriegsende freigegeben zu haben.

3508 Berichte überprüft

Die Hoffnung auf lebende amerikanische Kriegsgefangene ist seit 1975 durch 3508 Berichte vietnamesischer *Flüchtlinge* wachgehalten worden, die angeblich vermißte Amerikaner gesehen haben. Das amerikanische Verteidigungsministerium ist allen diesen Berichten nachgegangen und hat sie mit Ausnahme von fünf verworfen. Das Problem bleibt jedoch, daß Vietnam den Amerikanern bisher keine Möglichkeit gegeben hat, diese Behauptungen an Ort und Stelle zu überprüfen.

Präsident Reagan gehört zu jenen, die nicht ausschließen, daß es noch lebende Kriegsgefangene in Vietnam gibt. „Wenn wir harte Beweise bekommen können, daß noch Amerikaner in vietnamesischen Gefängnissen festgehalten werden, werden wir alles Nötige unternehmen, sie herauszuholen. *Die Aufklärung* des Schicksals der MIA's hat für uns höchste nationale Priorität. Solange diese Frage nicht geklärt ist, ist für uns das letzte Kapitel dieses Krieges nicht geschrieben", sagte er.

Bush unterstrich dieses Versprechen und ließ bei der Jahresversammlung Hoffnung aufkommen mit der Ankündigung, daß die Regierung von Laos, wo 556 MIA's vermutet werden, sich kooperationsbereit gezeigt habe, zumindest das Schicksal der Gefallenen aufzuklären. Sie habe Erlaubnis gegeben, einige abgestürzte amerikanische Kampfflugzeuge in Laos auszugraben, wenn die Regenzeit vorbei ist.

Ob Zufall oder nicht: Unmittelbar vor dem Beginn der Jahresversammlung gab Hanoi bekannt, daß es zu Gesprächen auf „hoher Ebene" bereit sei, um die Vermißtenfrage innerhalb von zwei Jahren zu klären. Als erste Geste sollen in den nächsten Wochen die Überreste von 26 Vermißten übergeben werden. Außenminister Shultz hat volle Kooperation zugesagt.

Wird Dobrynin aus Washington abberufen?

SAD, London

Der langjährige sowjetische Botschafter in Washington, Anatolij Dobrynin, steht nach israelischen Angaben vor seiner Ablösung. Wie die britische und amerikanische Presse gestern berichtete, stützt sich diese Information auf eine Äußerung des sowjetischen Botschafters in Paris, Julij Woronzow, der diese Äußerung gegenüber dem israelischen Botschafter in der französischen Hauptstadt gemacht hat. Bei einem Gespräch der beiden Botschafter in der Pariser Villa des israelischen Pianisten und Dirigenten Daniel Barenboim drückte Woronzow die Erwartung aus, in Kürze Dobrynins Nachfolger in Washington zu werden.

Dobrynin vertritt sein Land seit 23 Jahren in den *USA und gilt als Proté*gé des neuen sowjetischen Staatspräsidenten Andrej Gromyko. Experten halten es für möglich, daß Gromykos Nachfolger als Außenminister, Eduard Schewardnadse, eine Reihe von Veränderungen im diplomatischen Corps vornehmen wird.

Neuer US-Botschafter in Ost-Berlin

hrk. Berlin

Nach der Ernennung der amerikanischen Botschafterin in Ost-Berlin, Rozanne Ridgway, zur Unterstaatssekretärin für Europa und Kanada im State Department steht der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin ein größeres Revirement bevor. Als neuer Botschafter Washingtons ist der Berufsdiplomat *Francis Meehan* vorgesehen. Der 61jährige sammelte bereits während seiner Tätigkeit als Missionschef in Warschau und Prag Erfahrungen im Ostblock. Der Amtsantritt des neuen Botschafters ist für September vorgesehen. Nach Informationen der WELT soll außerdem der bereits früher einmal an der Botschaft in Ost-Berlin tätig gewesene Allan Thompson eine führende Rolle in der politischen Abteilung des Hauses übernehmen.

Angesichts des gewachsenen Interesses der „DDR", auch – wie in Italien und Frankreich – auf amerikanischem Boden durch kulturelle Aktivitäten Fuß zu fassen und Bonn Konkurrenz zu machen, dürfte die *Amts*zeit des neuen Botschafters von großer Bedeutung werden.

Verhaftungswelle in Südafrika

AFP, Johannesburg

In den ersten Stunden nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in weiten Teilen von Südafrika hat die Polizei des Landes nach eigenen Angaben 113 Personen verhaftet. Dazu verlautete gestern von gut unterrichteter oppositioneller Seite, bei mindestens vier der Festgenommenen handle es sich um führende weiße *Mitglieder der „Vereinigten Demo*kratischen Union", der Sammelbewegung der Anti-Apartheids-Organisationen, der die Regierung in Pretoria eine Hauptrolle bei der Entstehung der Unruhen in den Schwarzen-Siedlungen zuschreibt.

Trotz des Ausnahmezustandes starben nach polizeilichen Angaben drei Menschen, unter ihnen ein *Polizist*, bei Zusammenstößen zwischen Steine und Brandbomben werfenden Schwarzen und Sicherheitskräften. Nach Meldungen von Beobachtern waren die meisten Schwarzen-Siedlungen durch massive Polizeiaufgebote von der Außenwelt abgeriegelt.

Hohe Haftstrafen für jüdische Siedler

hav, Jerusalem

Zu lebenslanger Haft hat ein Jerusalemer Bezirksgericht drei jüdische Siedler aus dem besetzten Westjordanien wegen Attentaten auf Palästinenser verurteilt. Der Armee-Rundfunk meldete, zwölf weitere Angeklagte hätten Gefängnisstrafen zwischen drei und zehn Jahren erhalten. Der Prozeß war von heftigen Auseinandersetzungen in der israelischen Öffentlichkeit begleitet gewesen. Die 15 Siedler waren vor zwei Wochen für schuldig befunden worden, als Mitglieder einer jüdischen Untergrundorganisation an Anschlägen gegen Araber beteiligt gewesen zu sein.

Spaniens Botschafter in Zimbabwe ermordet

dpa, Madrid

Der Botschafter Spaniens in Zimbabwe, Jose Luis Blanco-Briones y de Cuellar, ist in der Hauptstadt des Landes ermordet worden. Wie das Außenministerium in Madrid mitteilte, gibt es keine Informationen über Umstände und Motiv der Tat. Botschafter Blanco-Briones befand sich seit September 1981 in Zimbabwe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Sowjets streben nach der Hegemonie über alle sozialistischen Länder – auch über jene, die sich, wie Jugoslawien, der Moskauer Macht entziehen konnten. Diese These findet sich in Veljko Micunovics Buch „Moskauer Jahre" (zweiter Teil), das vor einigen Monaten nach einer wohl politisch bedingten Verzögerung in Belgrad erschienen ist (Verlag Jugoslovenska Revija). Micunovic, 1982 gestorben, war zweimal Botschafter Titos in Moskau – auch von 1969 bis 1971, nach dem Einmarsch in der CSSR, in einer Zeit starker jugoslawisch-sowjetischer Spannungen. Er betrachtete die Sowjetunion nicht feindselig, aber ohne Illusionen.

Mit Breschnews Doktrin über den Balkan zum Mittelmeer?

Von CARL G. STRÖHM

Es ist eine Tatsache, daß die Sowjetunion besonders während der letzten Jahre im Übermaß Gewalt in den internationalen Beziehungen angewendet hat", schreibt der jugoslawische Ex-Botschafter Micunovic in seinen Tagebüchern. Den Russen gefalle weder die jugoslawische Politik der Blockfreiheit noch das innere System des Titoismus. Er zitiert einen Brief, den der sowjetische Parteichef Breschnew am 17. Oktober 1968 – knapp zwei Monate nach der CSSR-Invasion – an Tito richtete.

Breschnew beschwerte sich darin, in Jugoslawien werde eine „antisowjetische Stimmung" geschürt. Er warf den jugoslawischen Kommunisten vor, die „internationalistische Aktion" – den Einmarsch in die CSSR – falsch zu bewerten. Micunovic: „Wir haben die sowjetische Okkupation der Tschechoslowakei eine Niederlage des Sozialismus genannt. Die Russen aber nannten sie eine Niederlage des Imperialismus, der versucht habe, die sozialistische Gemeinschaft zu schwächen. Wir haben sie (die Okkupation) als Verletzung der Souveränität eines unabhängigen sozialistischen Landes bezeichnet. Die Russen bezeichneten sie als Beispiel des sozialistischen Internationalismus."

Die Beteiligung der kleineren Staaten an der Invasion sei verhängnisvoll, denn „sie bedeutet praktisch, daß jene sozialistischen Staaten, die es akzeptierten, an der Seite der Russen an der militärischen Intervention in der Tschechoslowakei teilzunehmen, damit selber unwiderruflich ihre Zustimmung gegeben haben, daß auch sie von der Sowjetunion okkupiert werden, wenn diese – so wie sie es im Fall der Tschechoslowakei bereits getan hat – eigenmächtig zum Schluß kommen sollte, daß die Interessen des Sozialismus bedroht sind."

Über die Beziehungen Jugoslawiens zu der Sowjetunion schreibt Micunovic: „Die Russen haben in Wirklichkeit nicht akzeptiert, daß es sich hier um die Zusammenarbeit und Freundschaft unabhängiger und gleichberechtigter Partner handelt. Sie nahmen sich das Recht heraus, über alles definitiv und selbständig zu entscheiden. Wir (Jugoslawen) setzten uns für Gleichberechtigung ein, denn wir waren der Meinung, daß Zusammenarbeit und Freundschaft nur zwischen freien und gleichberechtigten Menschen existieren kann, nicht aber zwischen Unterworfenen und ihren Herren."

Kurz vor seinem Umzug nach Moskau 1969 war Micunovic bei Tito. Er berichtet, wie er Tito gegenüber erwähnte, daß aus einigen Ostblock-Ländern, besonders aus Polen, Gerüchte verbreitet würden, die auf eine Absicht der Sowjets hindeuten könnten, Jugoslawien zu teilen. Demnach solle der Ostblock Serbien, Mazedonien und Montenegro in die Hand nehmen, wofür es „gute Voraussetzungen" gebe, weil diese Teilrepubliken schon immer „pro-slawisch" gewesen seien, während die andere Hälfte Jugoslawiens (Slowenien, Kroatien – der katholische, westliche Teil) sich selbst überlassen werden solle. Außerdem sei den Jugoslawen zu Ohren gekommen, daß Breschnew während eines Abendessens in Ost-Berlin gesagt habe, Jugoslawien hätte 1968 eine „konterrevolutionäre Reserve-Regierung für die Tschechoslowakei" vorbereitet.

Schließlich gab Botschafter Micunovic seinem Partei- und Staatschef 1969 folgende Analyse der Lage: „Ich erinnerte an die Tatsache, daß die UdSSR in Europa und Asien keinen gleichwertigen Partner in militärischer Hinsicht hat. Die Russen würden in Westeuropa nicht einmarschieren, denn es gibt bereits seit einem Vierteljahrhundert eine stille Übereinkunft mit der NATO und den USA über die Teilung Europas und die Respektierung der gegenseitigen vitalen Interessen. Deshalb kann das letzte Dorf in Österreich an der Grenze zum ‚Lager' (dem Ostblock, d. Red.) noch für weitere zehn bis fünfzehn Jahre sicher sein ... Die Stoßrichtung ihrer Expansion geht nach Süden, zum Mittelmeer und nach Afrika. Die Russen sind bereits dort – zum ersten Mal in der Geschichte mit ihren Streitkräften. Der Raum, der die Sowjetunion territorial und politisch vom Mittelmeer und von Afrika trennt, ist der Balkan und Jugoslawien." Das erkläre den langfristigen Sinn der Breschnew-Doktrin, denn dieser Raum sei „sozialistisch". So seien dort die territorialen und ideologisch-politischen Interessen der Sowjets deckungsgleich.

Als Veljko Micunovic als Botschafter in Moskau eintraf, wurde er von den Sowjets – im Gegensatz zu seiner ersten Amtszeit unter Chruschtschow – kühl empfangen. Parteichef Breschnew ließ ihn monatelang auf einen Gesprächstermin warten. Die Russen zögerten die Überreichung des Beglaubigungsschreibens lange hin. Ministerpräsident Kossygin empfing schließlich den Jugoslawen mit eisigem Schweigen zum ersten Gespräch.

Micunovic: „Kossygin ging mir keinen einzigen Schritt entgegen. Wortlos reichte er mir die Hand. Ebenso wortlos wies er mir einen Platz am Tisch ... Ich unterbrach diese tödliche Stille nicht ... Ich wollte, daß allen Anwesenden dieser ungewöhnliche Empfang für einen jugoslawischen Botschafter möglichst bewußt werden sollte. Kossygin kannte ich gut, um so mehr war ein solcher Beginn des protokollarischen Besuchs *von seiner Seite aus ungewöhnlich.*"

Dann aber hielt der sowjetische Regierungschef dem Botschafter Titos entgegen, die jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen müßten nicht nur „gut", sondern sie müßten vor allem „kameradschaftlich" und „sozialistisch" sein. Das aber hänge nicht von der Sowjetunion, sondern ausschließlich von den Jugoslawen ab. Scharf kritisierte Kossygin die negative Haltung der jugoslawischen Medien gegenüber der Sowjetunion. Als Micunovic daraufhin einen polemischen Aufsatz über Jugoslawien in der Moskauer Zeitschrift „Planwirtschaft" erwähnte, ließ Kossygin diesen Einwand nicht gelten. „Er sagte mir", schreibt Micunovic, „daß er mir eine große Anzahl von Artikeln gegen die UdSSR in der jugoslawischen Presse zeigen könne und daß unsere Führer öffentlich gegen die Sowjetunion auftreten ... In der UdSSR gebe es (gegenüber Jugoslawien) nichts dergleichen."



Veljko Micunovic (hier ein Foto aus dem Jahr 1971) stammte aus Montenegro, war KP-Funktionär und – im Krieg – Partisan. Der erste Band seiner Moskauer Tagebücher erschien Ende der siebziger Jahre auch in Deutsch (Klett-Cotta, Stuttgart) und behandelt seine Botschafter-Jahre 1956 bis 58.
FOTO: CAMERA PRESS

Als Kossygin den Wunsch der Völker Jugoslawiens nach guten Beziehungen zur Sowjetunion erwähnte, fiel dem Botschafter auf, daß der Regierungschef nur die Serben, Montenegriner und Mazedonier aufzählte, während er die anderen Völker überging.

Ironisch fragte Kossygin den Botschafter, ob die Jugoslawen im Zusammenhang mit dem sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei „Angst bekommen hätten und deshalb über die Gefährdung Jugoslawiens und über die Drohungen der UdSSR lamentiert hätten". In der Sowjetunion, sagte Kossygin, habe man sich über dieses Benehmen „gewundert", denn niemandem sei hier so etwas in den Sinn gekommen. Micunovic: „Ich antwortete, daß wir seit langem gewohnt sind, mit verschiedenen Gefahren zu leben."

Im Januar 1970 schreibt Micunovic in sein Tagebuch: „Unser inneres System wird von ihrer (der sowjetischen) Propaganda als ‚Marktsozialismus' bezeichnet. Der Sinn ist nicht klar. Er kann auf verschiedene Weise interpretiert werden, einschließlich eines ‚käuflichen Sozialismus'." Er notiert, daß die sowjetische Propaganda die Massenarbeitslosigkeit in Jugoslawien aufbauscht, ferner die Emigration jugoslawischer Arbeiter in den Westen, drittens die nationalen Streitigkeiten, viertens die Streiks, die es in Jugoslawien ebenso wie in den kapitalistischen Ländern gebe. Hinzu kommen die alten Parolen über die „nicht vorhandene Rolle" der Kommunistischen Partei, über die Eigenmächtigkeit der jugoslawischen Presse und die Behauptung, daß Jugoslawien „total von Zeitungen, Büchern, Filmen und besonders von Millionen Touristen aus dem Westen überflutet" ist.

Auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien würde die Hegemonie der UdSSR in ihrem Verhältnis zu anderen kommunistischen Ländern und Parteien einwirken, konstatiert Micunovic 1970. Die sowjetische Führung habe sich in ihrer Einschätzung, daß der Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 ihren Beziehungen zum Westen und den Blockfreien keinen Schaden zufügen werde, nicht getäuscht. Alle bisherigen Krisen im Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion seien wegen der hegemonistischen Politik Moskaus gegenüber den anderen sozialistischen Staaten, nicht aber wegen der Probleme entstanden, welche die Sowjetunion gegenüber dem Westen habe.

Micunovic bezeichnet die sowjetische *Politik gegenüber Belgrad* als scheinbar widersprüchlich, in Wirklichkeit aber als doppelgleisig. Beim Besuch des damaligen jugoslawischen Ministerpräsidenten Ribicic in Moskau im Juli 1970 zeigte sich dies: Nach außen demonstrierten die Sowjets Freundschaft und Harmonie.

In den internen Sitzungen aber sprach sich der sowjetische Ministerpräsident Kossygin nicht nur negativ über die jugoslawische Blockfreiheit aus, sondern wurde – so schildert Micunovic – grob: „Kossygin erlaubte sich ohne jeden Grund im Gespräch mit Ribicic verbale Schärfen und eine allgemeine Kritik an der unabhängigen Orientierung Jugoslawiens." Anstelle eines Vertrags über die Lösung einzelner Fragen – vor allem im wirtschaftlichen Bereich – forderte Kossygin Jugoslawien auf, in den RGW (die Wirtschaftsorganisation des Ostblocks) einzutreten, „um dort so zu arbeiten wie alle anderen".

„Dann machte er uns klar, daß die Sowjetunion es nicht zulassen werde, daß die Errungenschaften des Sozialismus irgendwo in Europa bedroht würden." Als Ribicic den Vorschlag machte, im bilateralen Zahlungsverkehr die Konvertibilität einzuführen, lehnte das Kossygin ab – mit dem Argument, daß die Sowjetunion so etwas nur gegenüber kapitalistischen Ländern akzeptiere.

Auch den Vorschlag des jugoslawischen Ministerpräsidenten, die Kontakte zwischen den Bürgern beider Staaten zu erleichtern, um ein besseres Kennenlernen zu ermöglichen, lehnte Kossygin ab – er sagte (was ein Jugoslawe als Hieb empfinden muß), für die Bürger der UdSSR sei es eine Erniedrigung, Ausländer zu bedienen. Nur in einem Punkt verhielt sich Kossygin positiv: als er sich für eine enge Zusammenarbeit der sowjetischen mit der jugoslawischen Armee einsetzte.

Botschafter Micunovic zieht aus diesen Gesprächen den Schluß: „Als grundlegende Aufgabe steht vor uns die Notwendigkeit, möglichst rasch unsere vollkommene Unabhängigkeit in jenen Bereichen zu erlangen, in denen wir in größerem oder geringerem Maße noch immer von der Sowjetunion abhängig sind." Vor allem: die Versorgung mit strategischen Rohstoffen (Erdöl, Koks, Baumwolle, Asbest, Stahl, Aluminium) und die „große Abhängigkeit Jugoslawiens von sowjetischen Waffen- und Kriegsmaterial-Lieferungen".

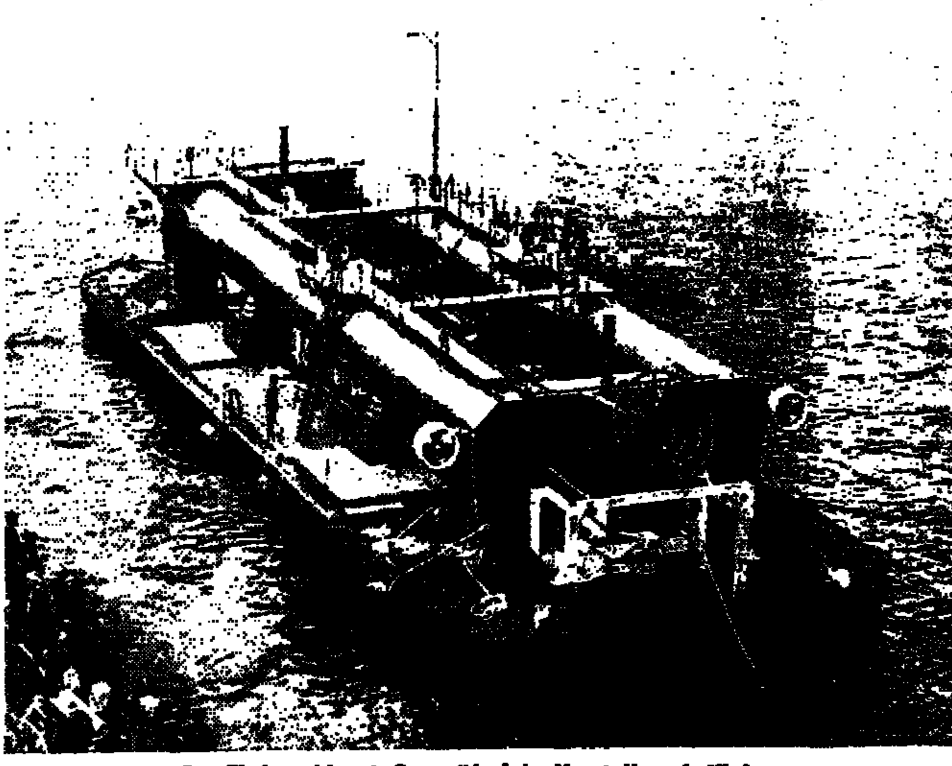
Während der Verhandlungen 1970 machte Micunovic eine interessante Beobachtung: Die Sowjets üben im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Fragen Druck aus – etwa wenn es um die Lieferung von Rohstoffen geht. Sie verlangten von Belgrad Geld für Investitionen zur Erweiterung der sowjetischen Rohstoffkapazitäten. Aber: „Im Zusammenhang mit der Abhängigkeit der jugoslawischen Armee von russischen Waffen und Ausrüstungsgütern verhalten sich die Russen genau entgegengesetzt. Sie drohen uns keineswegs mit der Einstellung der Lieferungen, sondern sie zeigen größte Bereitschaft, unsere Armee auch weiterhin in hoher Abhängigkeit zu halten."

Sorgenvoll notiert der Botschafter im Juli 1970 in sein Tagebuch, daß es zwischen beiden Ländern keine „Reziprozität" der Beziehungen gebe. „Unsere Systeme sind verschieden, Jugoslawien ist ein offenes Land, im Gegensatz zur UdSSR. Die Russen haben in Jugoslawien die Möglichkeit, sich frei zu bewegen – uns ist hier in Moskau nur ein Radius von dreißig Kilometern gestattet. Die Russen stellen in Jugoslawien freie Kontakte mit jeder Gemeindeverwaltung, jedem einzelnen Betrieb, jeder Stadt, Republik, Universität und Akademie der Wissenschaften, mit sämtlichen Ressorts und Persönlichkeiten der Bundesregierung und des Präsidiums des Bundes der Kommunisten her. Wir hier (in Moskau) sind nur auf bestimmte Funktionäre der Regierung oder des Außenministeriums für alle Angelegenheiten angewiesen."

In der nächsten Folge: Breschnew bietet Tito „brüderliche Hilfe" an.

Die Bergung des Flugschreibers aus dem vor Irland abgestürzten Jumbo mit Hilfe eines Unterwasserboots zeigt, wie leistungsfähig diese ferngesteuerten Helfer des Menschen sind. Das zur Zeit fortschrittlichste Gerät auf diesem Gebiet ist jedoch von deutschen Ingenieuren gebaut und kürzlich in Kiel vorgestellt worden.

Bei der Arbeit taucht „Supra" bis zum Grund der Nordsee



Das Tieftauchboot „Supra" bei der Vorstellung in Kiel FOTO: DPA

Von HARALD STEINERT

Nach sechsjähriger Entwicklungs- und Konstruktionszeit ging jetzt das Tieftauchgerät „Supra" in die See-Erprobung: Diese Unterwasser-Plattform für die Erdöl- und Erdgasindustrie kann mit seinem 20 Tonnen-Kran und den Greifklauen Pipeline-Rohre bis zu einem Meter Durchmesser verlegen. Unbemannt erreicht es eine Tauchtiefe von 500 Metern. Das Bemerkenswerte an diesem für die Offshore-Industrie völlig neuartigen Großgerät: Es ist die erste Eigenentwicklung der westdeutschen Meerestechnik, die über das Pilotprojekt *hinauswuchs und als Prototyp für* den Einsatz zur Verfügung steht. Die Idee zu dem Projekt kommt von der „Ocean Consult" in Lauenburg, an Entwicklung und Bau waren mehrere *deutsche Firmen* beteiligt.

Unabhängig vom Seegang

Mit „Supra" hat man ein Arbeitsgerät entwickelt, das schwere Aufgaben unter Wasser rationeller und wetterunabhängiger durchführen kann als die bisher eingesetzten, weit teureren Oberflächen-Schiffe. Es ist jedoch kein autonomes Tauchboot, sondern eine von der Oberfläche her versorgte Arbeitsplattform, die auf dem Meeresboden stehend Arbeiten ausführt. Sie kann bis zu den üblichen Arbeitstiefen für Taucher (das sind heute in der *Nordsee maximal 300 Meter*) von außen her durch Taucher bedient werden, oder vom Begleitschiff aus fernbedient arbeiten. Bei großen Wassertiefen bis 420 Meter kann sie durch *Personal* gelenkt werden, *das sich im* Inneren einer Druckkapsel aufhält. Allerdings ist nur ein Aufenthalt für *einzelne Arbeitsschichten* vorgesehen, kein Daueraufenthalt für Menschen: Der Wohnkomfort in den luftgefüllten Röhren von „Supra" beschränkt sich auf Arbeitssessel und *gepolsterte* Sitzbänke.

Das 37 Meter lange und 410 Tonnen schwere Gerät besteht aus zwei luftgefüllten Röhren, die Auftrieb liefern und damit die Stabilität sichern, sowie zwei kufenförmigen Tauchkörpern, in denen sich die Ballasttanks befinden. Mit ihrer Hilfe wird „Supra" auf den Meeresboden abgesenkt. Dabei muß es für seine Haupt*aufgabe*, die Prüfung und Reparatur von Pipelines, mit der Mittelachse entlang der Pipeline stehen.

Vier Greifklauen, die von den Tauchkörpern ausgehen, halten die *Rohrleitung fest im Griff*, unter ständiger Beobachtung durch acht Fernsehgeräte. Die Rohre können dann getrennt und wieder verschweißt oder neu ausgerichtet werden. Die ru*hige Lage des Geräts auf dem Meeres*boden ermöglicht dabei höchste Präzision der Arbeit. Ein 20-Tonnen-Laufkran ermöglicht Horizontalverschiebungen von Lasten, etwa den Einbau neuer Pipeline-Stücke. Zur Ausführung von Schweißarbeiten ist vorläufig eine Schweißkammer für Überdruck vorgesehen.

Das Hilfsschiff versorgt „Supra" *nicht nur mit Strom, in ihm laufen* auch alle Meßdaten zusammen, die von dem Tauchboot ermittelt werden, vor allem die des Sonars, das die Frontseite des Fahrzeugs beobachtet, *sowie* die Aufnahmen der Fernsehkameras. Von dem Schiff aus werden auch per Fernbedienung die Kom*mandos in die Tiefe gegeben.* Das Versorgungskabel hat eine Länge von 650 Metern.

An der Wasseroberfläche wird „Supra" im Schlepp mit maximal 8 Knoten *Geschwindigkeit* bewegt, *unter* Wasser fährt sie mit Eigenantrieb durch 10 Propeller. Sie erreicht in der Längsrichtung eine Geschwindigkeit von 2,5 Knoten, in der Querrichtung *von* 1,0 Knoten und vertikal 0,5 Knoten. Die Propeller werden elektro-hydraulisch angetrieben. Wie bei einem normalen U-Boot wird zum Abtauchen Wasserballast in die Tanks genommen, zum Auftauchen wird es wieder herausgepumpt.

Erprobungsphase beginnt

Man will nun erproben, wie stabil der an luftgefüllten Röhren aufgehängte Katamaran während des Tauchens ist, vor allem, wenn Seegang das absinkende Fahrzeug bewegt. Da jedoch sehr schnelle Ballastverschiebungen möglich sind, dürfte die Stabilität unproblematisch sein.

Einen erheblichen Teil der Konstruktionsarbeiten nahmen Sicherheitsvorkehrungen ein. Für den Fall, daß „Supra" durch Störungen in den Versorgungsleitungen nicht mehr mit Energie zum Auftauchen versorgt werden kann, ist sie mit Bleiakkumulatoren ausgerüstet, die in den Kufen *untergebracht sind. Sie liefern genü*gend Strom für die Pumpen, die Ballastwasser abpumpen, und für die Propeller. Insgesamt reichen diese Energiereserven für eine halbe Stunde, genug Zeit also zum Auftauchen. Ob es auch möglich sein wird, die Not-Auftauchanlage bei völligem Ab*reißen der Kommunikation durch ei*ne Drahtlos-Signaltechnik – etwa mit Unterwasserschall – zu steuern, ist noch unklar.

Man denkt auch an den Einbau eines Dieselmotors als separater Energiequelle. Darüber hinaus soll das Tauchboot auf einer Material-Plattform Lasten bis zu 20 Tonnen in die Tiefe mitnehmen. Ein weiteres unkonventionelles Arbeitssystem ist die neu entwickelte 1-Atmosphären-Schweißkammer, in der Schweißnähte von weit größerer Qualität als in den bisher benutzten Überdruck-Schweißkammern hergestellt werden können. Weiterhin kann „Supra" auch an Unterwasser-Installationen, zum Beispiel Bohrlochköpfe andocken.

„Supra" wurde primär für die Pipeline-Arbeit konstruiert: Sie soll nicht nur beschädigte Stücke reparieren oder ersetzen, sondern auch neue Leitungsstücke in dem immer komplexer werdenden Nordsee-Netz bauen. Die neuen Nordseefelder in über 300 Meter Tiefe werden ein solches flexibles und frei manövrierbares Gerät erforderlich machen, wie der Leiter der „Ocean Consult", Heinz Victor, darlegte.

Diese Weiterentwicklung der Unterwassertechnik ist für größere Tiefen um so dringlicher, als sich immer *mehr erweist, daß die Probleme für* den Menschen beim Langzeittauchen, bei dem alle Körpergewebe bis zur Sättigung mit dem Trägergas des Atemsauerstoffs gefüllt sind, größer sind, als man noch vor kurzem annahm.

Auf den Feldern wachsen Rohstoffe aus dem Boden

Die Pflanzenzüchtung orientiert sich jetzt verstärkt am Konzept der Umweltverträglichkeit

Von HEINZ HILDEBRANDT

Neue Techniken und neue Zielsetzungen spielen bei der Saat- und Pflanzenzucht in unserem Land eine immer stärker werdende Rolle. In der Vergangenheit dominierten als Zuchtziele Ertrag, Qualität und Resistenz, heute rücken andere Gesichtspunkte in den Mittelpunkt.

Die Pflanzenzüchtung ist angesichts überfüllter Märkte mehr denn je bemüht, gesunde und aufwandärmere Sorten *zu züchten*, höhere Dekkungsbeiträge verlieren dagegen an Bedeutung. Ebenso wird intensiv daran gearbeitet, Schädlinge und Pflanzenkrankheiten biologisch zu bekämpfen, also nicht nur durch chemische Pflanzenschutzmittel. Zu diesem biologisch orientierten Denken gehören auch Überlegungen über die Umweltfreundlichkeit von Pflanzen, ein Faktor, der in der Vergangenheit vernachlässigt wurde.

Dabei ist die Beschäftigung mit Strukturproblemen für die Saatenzucht ein Neuland. Die hier tätigen Institutionen und Unternehmen haben auch in der Vergangenheit schon einiges geleistet. Sie beliefern nicht nur alljährlich die Landwirtschaft mit Saatgut im Wert von mehr als 800 Millionen Mark, sie haben auch rechtzeitig die Voraussetzungen für Strukturveränderungen geschaffen.

Dazu gehörte beispielsweise die Züchtung von frühreifen, für das mitteleuropäische Klima geeigneten *Maissorten, ohne* die der Anbau dieser Frucht vor allem im nordwestdeutschen Raum nicht möglich gewesen wäre. Inzwischen sind mehr als eine *Million* Hektar angebaut, wobei allerdings in vielen Gegenden des Guten zuviel getan wurde. Nach den neuesten Erkenntnissen sind 60 Prozent Mais wie in einigen Teilen Bayerns zumindest überzogen, ganz abgesehen von den Folgen solcher Monokulturen.

Aber nicht nur dem Mais, sondern auch dem Raps wurden neue Möglichkeiten eröffnet, während gleichzeitig der Anbau von Futterrüben rückläufig war, nicht zuletzt zugunsten von Zukkerrüben.

Zu den besonderen Erfolgen deutscher Saatzüchter gehören auch ertragreichere Wintergerstensorten und die intensive Züchtung von neuen resistenten Ölrettich- und Senfsorten. Mit beiden wurden Zwischenfruchtpflanzen auf den Markt ge*bracht, die erstma*lig die biologische Bekämpfung von Schädlingen ermöglichen.

Auch die Saat- und Pflanzenzüchtung muß umdenken. Bereits heute müssen die Ziele erkannt werden, die sich um die Jahrhundertwende verwirklichen lassen. Zu den alternativen Produkten, die immer mehr in den Mittelpunkt weiterer Forschungen und Entwicklungen rücken, gehören die sogenannten „nachwachsenden Rohstoffe".

Dazu zählt die sogenannte „Spritrübe", eine Futterrübe, aus deren Biomasse Äthanol gewonnen werden kann. Damit lassen sich Verbrennungsmotoren antreiben. Aber auch Faserflachs wird interessant, ebenso alle Pflanzen, aus denen sich Öle und Fette gewinnen lassen.

Nicht nur die Ziele der Züchtung ändern sich, sondern auch die Methoden. Zwar spielen auch heute noch die Erfahrung und das Können des Pflanzenzüchters eine große Rolle, ebenso seine Geduld, wenn es darum geht, Einfach-, Rück- und Mehrfachkreuzungen in langwierigen Prozessen durchzuführen, aber die Technik nimmt einen immer größeren Raum ein. Noch ist es nicht die vielzitierte Gentechnik, denn mit ihr können an den meisten Nutzpflanzensorten noch keine gezielten Veränderungen vorgenommen werden. Aber moderne Technolgie eröffnet dennoch neue Wege.

So ist es heute bereits möglich, durch künstlichen Eingriff aus den Geschlechtszellen einer Pflanze, also entweder aus den männlichen Pollen oder den weiblichen Eizellen, neue Pflanzen herzustellen. Diese Pflanzen sind haploid, d. h. sie besitzen nur das väterliche oder das mütterliche Erbmaterial. *Mit ihnen kann schneller* weitergezüchtet werden, da sie sofort homozygote, also reine Linien darstellen.

Dies heißt, daß durch den Einsatz *solcher Pflanzen Gene für Resistenz* in Zuchtstämme eingebaut werden können. Die Saaten-Union, eine der deutschen Züchtervereinigungen, beschäftigt sich bereits in einem eigens dafür errichteten Labor mit diesen Verfahren.



Bevor eine neue Sorte gezüchtet ist, muß man unzählige Kreuzungen durchführen FOTO: SAATEN-UNION

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Biologie-Unterricht

Bonn (DW.) – Der Verband Deutscher Biologen (VDB) fordert für alle Schüler von der 5. bis zur 10. Klasse insgesamt 12 Wochenstunden Biologieunterricht. Pro Woche sollten mindestens 2 Stunden stattfinden. Der Verband weist darauf hin, daß biologische Kenntnisse in breiten Bevölkerungsschichten wichtig für das Überleben der Industrienationen seien. Diese Diziplin biete mehr als andere Lösungen für Schwierigkeiten an, denen auch unser Land bis zum Ende des Jahrtausends gegenüberstehe.

Laser gegen Feuermal

Erlangen (HMSI) – Feuermale mit Hilfe von Laser-Licht zu entfernen, gelang jetzt einem amerikanischen Mediziner von der Mayo-Klinik in Minnesota. Bei 70 Prozent der Behandelten blaßte das entstellende Mal durch die Behandlung, die 1 Stunde dauert, deutlich ab. Dabei entsteht zwar eine Wunde, sie heilt aber in 2 bis 3 Wochen ab.

Kohle-Vergasung

Berlin (R. S.) – Der Plan, in Berlin eine großtechnische Anlage zur Kohlevergasung zu errichten, ist aufgegeben worden. Bei dem Verfahren wird *Kohlestaub durch ein 1600 °C* heißes Eisenbad geblasen und zersetzt sich dabei unter Luftausschluß zu Gas, das als Brennstoff für ein Heizkraftwerk bereitgestellt werden sollte. *Der* Schadstoffausstoß dabei ist gering. Ausschlaggebend für das Scheitern war die Schwierigkeit, die erforderlichen 300 Millionen Mark Investitionsmittel aufzubringen.

Proteinforschung

Bonn (R. H. L.) – Mit einem als Mikrodensitometer bezeichneten Gerät wollen amerikanische Forscher den Bau von Proteinen untersuchen. Wichtigstes *Objekt* werden Enzyme sein, deren Bedeutung für die industrielle Biotechnologie immer größer wird. Es soll die Frage geklärt werden, nach welchen Gesetzmäßigkeiten sich eine lange Aminosäurekette zu den Proteinmolekülen faltet. Man hofft, mit diesem Wissen Enzyme für technische Anwendungen „maßschneidern" zu können.

Röntgenbild per Telefon

London (SAD) – Röntgenbilder können jetzt per Telefon übertragen werden. Dies bringt erhebliche Fortschritte in der Gesundheitsfürsorge. *In Notfällen können damit auch* Fachärzte über große Entfernungen hinweg sofort nach ihrem Urteil über ein Röntgenbild befragt werden. Eine Fernsehkamera wandelt *das Bild in elektrische Impulse* um, die am anderen Ende der Leitung mit Hilfe eines Adapters auf dem Fernsehschirm sichtbar gemacht werden können.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Genschers Seitenwechsel

„Kontinuität – wohin?"; WELT vom 25. Juni

Jetzt muß die Union ausbaden, daß sie 1982 zu ungeduldig war, den vollständigen Schiffbruch der Regierung Schmidt-Genscher bis 1984 abzuwarten. Genschers Seitenwechsel war keine „Wende". Er hat nur „abgewendet", daß eine Generalabrechnung *(auch mit „Kassensturz"!) zwei Jahre* später jeden noch urteilsfähigen Wähler veranlaßt hätte, den Unionsparteien zur absoluten Mehrheit zu verhelfen. Nur so konnte die FDP überleben. *Auch die SPD hat Herr* Genscher 1982 durch seinen vorzeitigen „Ausstieg" aus der Koalition der „rasanten Talfahrer" vor Not und Schande gerettet.

Es amüsiert die SPD, den kleinsten Regierungspartner die beiden größeren Regierungsparteien ständig in neue Bedrängnis bringen zu sehen: Hier werden unzumutbare Kompromisse erzwungen, dort wichtige Entscheidungen, die mit der Vorstellung einer wirklichen „Wende" bei Unionswählern verbunden sind, unerträglich lange blockiert oder überhaupt „*auf Eis gelegt*". Wenn aber in entscheidenden Bereichen der Außenpolitik waschechteste Fehlleistungen der alten SPD/FDP-Koalition „kontinuierlich" fortgesetzt werden, dann herrscht in der SPD, in Warschau und in Moskau mehr als nur „klammheimliche" Freude. Hoffnungsvoll registriert man die durch die Blockadepolitik der FDP hervorgerufenen Wahlniederlagen der CDU.

Heller Jubel aber ertönt im Lager der Gegner der Union, wenn der Herr „Vizekanzler" (der nicht einmal mehr Vorsitzender der kleinsten der drei Regierungsparteien ist!) es wagt, die keineswegs immer mit der Mehrheit der *Fraktion* und der Wähler der Union übereinstimmenden deutschland- und ostpolitischen Äußerungen des Bundespräsidenten als „eine Richtungsbestimmung auch für unsere *Außenpolitik" zu bezeichnen*. Es wäre zu wünschen, daß der Herr Bundespräsident künftig Bemerkungen unterließe, die der Außenminister wieder einmal mißbrauchen könnte, die allein dem Bundeskanzler zukommende Richtlinienkompetenz in Zweifel zu ziehen oder auch nur zu schmälern.

Hochgradig gefährlich ist es für die Union, daß der deutschlandpolitische Genscher-Tumor eines auf ewig verstümmelten Rumpfdeutschlands in den Köpfen einiger weniger, dem schwierigen Deutschlandthema nicht gewachsener Vielredner in der Fraktion bereits „*Metastasen*" zu bilden droht. Die CDU sollte sich beeilen, diese Genscher-Nachbeter an ihre deutschlandpolitischen Grundsätze zu erinnern, und sie verpflichten, künftig weniger, aber besser Durchdachtes von sich zu geben. Andernfalls würde sich 1987 für viele bisherige CDU-Stammwähler mangels einer bislang in der CDU vermuteten deutschlandpolitischen Alternative zu den unbefriedigenden Vorstellungen der Brandt, Bahr, Genscher & Co. der Weg zur Wahlurne erübrigen.

H. Darsow, Itzehoe

Schikanen in Schlesien

„Wer Deutsch spricht, wird verfolgt"; WELT vom 17. Juli

Viele oberschlesische Aussiedler mußten nach Kriegsende die gleichen Erfahrungen machen, von denen Norbert Gaida und dessen Ehefrau Sophie berichten. Aus den gleichen Gründen: Unterdrückung, Verbot der deutschen Sprache, der radikalen Zwangspolonisierung und aussichtsloser Zukunftschancen haben viele Oberschlesier Anträge auf Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt. Aus reiner Schikane wurden diese Anträge von den zuständigen polnischen Behörden immer wieder abgelehnt, doch man versuchte es immer wieder aufs Neue, solange, bis endlich die Genehmigung zur Ausreise erteilt wurde.

Die polnischen Behörden und die Kirche sagen bewußt die Unwahrheit wenn sie behaupten, es gäbe im polnischen Machtbereich keine deutsche Volksgruppe mehr. *Ebensowenig wie* es Hitler gelungen ist, aus Polen Deutsche zu machen, kann man in Oberschlesien Deutsche nicht zu Polen stempeln.

*Wegen der düsteren Zukunftsaus*sichten, besonders in Sorge um die Kinder, denen ein höherer Bildungsweg total verschlossen bleibt, wollen noch viele ihre angestammte Heimat, die sie so sehr lieben, trotzdem verlassen und nach Westdeutschland ausreisen. Die Argumente dieser Ausreisewilligen decken sich voll und ganz mit den Erfahrungen des Ehepaares Gaida. All die Rechte, welche die polnischen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland als eine Selbstverständlichkeit in Anspruch nehmen, wie ihre Muttersprache, Gottesdienste in polnischer Sprache und polnische Lektüre, die werden den Deutschen in ihrer angestammten Heimat verwehrt. Von deutscher Seite wurde den Polen immer wieder die Hand zur Versöhnung entgegengestreckt. Doch die polnische Regierung sieht dies alles als eine selbstverständliche Verpflichtung dem polnischen Volk gegenüber, an dem die Deutschen immer noch viel gutzumachen haben. Deshalb sind die Verantwortlichen auch nicht einmal bereit mit Dr. Dregger zu reden, weil er vor den Oberschlesiern nackte Tatsachen preisgab, die dort nicht gern gehört werden. Doch nur Wahrheit und Recht kann zu besserer Verständigung und schließlich zur Versöhnung führen.

J. Palluch, Rastatt

Stahlhelm

„Glotz spricht von Stahlhelm-Gruppe"; WELT vom 8. Juli

Laut Ihrem Artikel hat der SPD-Bundesgeschäftsführer, Peter Glotz, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk davon gesprochen, daß es „*innerhalb der Bundestagsfraktion* der CDU/CSU eine „Stahlhelm-Gruppierung" gibt und daß diese „Gruppierung innerhalb der Fraktion mittlerweile einen Anteil von acht Prozent erreicht *habe*".

Diese Angaben von Peter Glotz sind unwahr und müssen zurückgewiesen werden. Wahr ist dagegen, daß der „Stahlhelm" als eingetragener Verein *laut Paragraph 8* der Satzung „überparteilich ist und keine Bindungen mit politischen Parteien oder parteipolitisch orientierten bzw. ausgerichteten Gruppierungen eingeht".

Paul Koch, 1. Bundesvorsitzender des STAHLHELM e. V. – Bund der Frontsoldaten, Düsseldorf

Richterstaat?

„Kritik am Vortritt der Strafgerichte bei Parteispenden"; WELT vom 15. Juli

Herr Professor Klein spricht das aus, was uns schon lange beschäftigt.

Wer hat bei uns in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich das Sagen? Die Politiker, und damit die verantwortlichen Regierungsstellen (Bund, Länder, Kommunen), oder die Juristen? Wir sind auf dem besten Wege uns vom Rechtsstaat zum Richterstaat zu entwickeln. Kein Wunder, wenn wir hören, daß die Bundesrepublik Deutschland achtmal so viel Richter wie die USA insgesamt hat. Verantwortliche können kaum noch selbständig entscheiden. Verwaltungsgerichte verschiedenster Ebenen schalten sich immer in Entscheidungen ein. Hier z. B. einige Beispiele. Ein Bürgermeister kann sehr oft nicht mehr selbständig entscheiden, ob eine Parallel-Protestdemonstration zu einer bereits genehmigten Veranstaltung verboten werden muß. Dies muß in vielen Fällen erst ein Verwaltungsgericht entscheiden.

In Niedrighöhe startende oder landende Flugzeuge eines Großflughafens, wie München-Riem, der mitten in der Großstadt liegt, stören täglich von 7 bis 23 Uhr Hunderttausende von Einwohnern. Und wenn deswegen von allen Beteiligten eine Verlegung des Flughafens in weniger besiedelte Randgebiete beschlossen wurde, dann können Bürgerinitiativen mit Hilfe von Verwaltungsgerichten, durch einstweilige Verfügungen, notwendige und bereits begonnene Verlegungen um viele Jahre verzögern. Im Fall München z. B. bis 1991.

Nichts gegen Juristen grundsätzlich, aber schließlich sind sie nicht allwissend. Und trotzdem entscheiden sie, oft gegen Fachleute. Wie lange soll das noch weitergehen?

G. Schulze-Forster, München 71

Wort des Tages

» *Die ewige Weisheit ist* die nie zur Neige gehende Nahrung des Lebens, von der unser Geist ... ewig lebt. Sie ist Vollendung, Ursprung, Mittelpunkt und Endziel der Sehnsucht nach dem unvergänglichen Leben. *Die Weisheit ist* das Wort oder der Vernunftgrund der Dinge. Sie ist Gott. «

Nikolaus von Kues; dt. Theologe und *Philosoph (1401–1464)*

Personalien

GEBURTSTAGE

Ludwig Preiß, rund zwei Jahrzehnte Agrarexperte im Deutschen Bundestag, feiert am Donnerstag in Bonn seinen 75. Geburtstag. Der diplomierte Landwirt und promovierte Volkswirt war über Jahre hinweg *Agrarreferent von IG-Farben*. Nach Kriegsende bewirtschaftete er zunächst einen landwirtschaftlichen Betrieb in Sachsen-Anhalt, später übernahm er vom Vater einen Hof in seinem Geburtsort Leidenhofen bei Marburg. In diesem Wahlkreis wurde er mehrmals direkt in den Bundestag gewählt – zunächst 1949 und 1953 als Kandidat der FDP. Seine Partei verließ er 1956 und schloß sich der „Freien Volkspartei" an, welche dann mit der „Deutschen Partei" zusammenging. Mit Unterstützung der CDU wurde Preiß auch 1957 als DP/FVP-Kandidat direkt gewählt. Danach gehörte Preiß als Abgeordneter der CDU dem Deutschen Bundestag erneut in der Zeit von 1964 bis 1972 an.

*

Roland Seffrin, 1953 bis 1965 Bundestagsabgeordneter aus Hamburg, feiert morgen seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Oberstudienrat war insbesondere in der Anfangsphase der Bundeswehr einer der profiliertesten Wehrexperten der CDU/CSU-Fraktion.

AUSZEICHNUNGEN

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat **Theodor Geers**, Gründer und Seniorchef der Firma Geers, *das Verdienstkreuz am Ban*de des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Geers wurde insbesondere für seine Verdienste zum Wohle der Hörbehinderten, seine Pionierleistungen auf dem Gebiet der Hörgeräteakustik sowie für die Schaffung des Berufsstandes und die Gründung der ersten Berufsverbände der Hörgeräteakustiker geehrt.

*

Die Privatdozentin am medizinischen Zentrum für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde der Universität Marburg, Dr. **Hiltrud Glanz**, ist auf der Jahrestagung ihrer Fachgesellschaft in Berlin mit dem Anton*-von-Troeltsch-Preis 1985* für die beste Arbeit eines Nachwuchswissenschaftlers in diesem Jahr ausgezeichnet worden. Bei der Arbeit handelt es sich um eine Monographie über die Diagnose und Therapie des Kehlkopfkrebses.

EHRUNGEN

Die Universität Augsburg hat den Tübinger Wissenschaftler Professor **Theodor Eschenburg** mit dem Ehrendoktor der Philosophischen Fakultät ausgezeichnet. Der heute 81jährige emeritierte Ordinarius wurde damit für seine Verdienste als einer der „großen Gründungsväter der Politikwissenschaft" nach dem Krieg geehrt, wie Universitätspräsident **Josef Becker** bei der Überreichung der Urkunde betonte. In der Laudatio wurde besonders Eschenburgs „publizistische Wirksamkeit" und seine „kritische Autorität" als Beobachter der deutschen Politik hervorgehoben.

*

Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, *Professor Dr.* **Helmut Engler**, hat im Badischen Staatstheater Karlsruhe die Solisten **Günter von Kannen** und **Hans Kiemer** mit der Verleihung des Titels „Kammersänger" und die Schauspieler **Edwin Dorner** und **Walter Laugwitz** mit der Verleihung des Titels „Staatsschauspieler" geehrt.

VERÄNDERUNG

Der Intendant von Radio Bremen, **Gerhard Schröder**, ist verabschiedet worden. Gleichzeitig wurde sein Nachfolger, **Karl-Heinz Klostermeier**, in sein Amt eingeführt. Im Beisein zahlreicher Vertreter aus Politik *und Kultur* würdigte Bremens scheidender Regierungschef, **Hans Koschnick**, die Leistungen Schröders, der in einer elfjährigen Amtszeit auch wesentlich zur Konsolidierung der Finanzen des kleinsten Senders beigetragen habe. Der 64 Jahre alte Schröder hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Klostermeier, geboren 1936 in der Nähe von Hannover, kam 1968 zum NDR und wechselte 1977 als Betriebsdirektor an die Weser. In dieser Funktion gehörte er dem Direktorium an und war Vertreter des Intendanten.

Der Gründer und langjährige Alleininhaber eines der größten Industriebetriebe im Marburger Land, der Max Richter Kammgarnspinnerei in Stadtallendorf, **Max Richter**, ist in Wien im Alter von 86 Jahren verstorben. *Max Richter hat* als einer der ersten heimatvertriebenen Unternehmer in der einst größten hessischen Flüchtlingssiedlung seinen im Sudetenland verloren gegangenen Produktionsbetrieb 1949 wieder ins Leben gerufen. Er wurde damit zu einem der Pioniere der größten Industriestadt zwischen Gießen und Kassel.

DIE 411 MÖGLICHKEITEN, SELBST ZU »ERFAHREN« WARUM DIE DEUTSCHEN AUTOTESTER DEN NEUEN LANCIA THEMA SO LOBEN:

In Deutschland werden zweifelsohne hervorragende Automobile gebaut. Vor allem in der Klasse des Lancia Thema. Und wenn nun die deutschen Autotester gerade für ihn so wohlwollende Worte finden, dann muß am Lancia Thema schon etwas Besonderes sein. Aber das kann man nur bei einer Probefahrt erfahren. Rufen Sie bitte unverbindlich einen unserer 411 Lancia Händler an, damit wir einen Termin mit Ihnen vereinbaren können:

1 **1000 Berlin 12,** Böttcher am Zoo, 030/3125429; **1000 Berlin 37,** Foti GmbH, 030/8014017/18+8025048; **1000 Berlin 47,** Gerhard Gimber, 030/6042563; **1000 Berlin-Neukölln 44,** Gerhard Gimber, 030/6845424/6042563; **1000 Berlin 31,** Karl A. Klein Automobile, 030/3235075; **1000 Berlin 10,** Karl A. Klein Service + Verkauf, 030/3916066; **1000 Berlin 52,** Horst Reier, 030/4121055; **1000 Berlin 20,** Thau & Berendt, 030/3344057.

2 **2000 Hamburg-Winterhude 60,** Fiat Automobil AG, Niederlassung Hamburg, Betrieb Heidberg, 040/271370; **2000 Hamburg 20,** Autohandel Hoheluft Franck & Co., 040/477011; **2000 Hamburg-Rahlstedt 73,** Leo Klepsch Kraftfahrzeuge GmbH, 040/6782006; **2000 Hamburg 52,** Kommanditgesellschaft E.+Th. Wichelhausen, 040/891022; **2000 Hamburg-Bergedorf 80,** Wulff & Bartsch GmbH, 040/7213039; **2082 Moorrege,** Manfred Schulte, 04122/8884; **2123 Bardowick,** Rech & Meyer GmbH, 04131/121128; **2160 Stade/Elbe,** Autohaus Gerhard Lau, 04141/62514; **2190 Cuxhaven,** Siegfried Maske, 04721/22968; **2300 Kronshagen,** Autohaus Sellmer GmbH + Co. KG, 0431/54541; **2330 Eckernförde,** Eckernförder Autodienst GmbH, 04351/4050; **2350 Neumünster,** Autohaus Wilhelm Peters KG, 04321/32072/73; **2357 Bad Bramstedt,** Ernst Harm sen. GmbH & Co. KG, 04192/3939; **2380 Schleswig,** Bumann & Co. KG, 04621/32571; **2390 Flensburg-Harrislee,** Leder & Leder GmbH, 0461/7625; **2400 Lübeck,** Karl Domain, 0451/83818; **2400 Lübeck 1,** Autohaus Walter Krauss, Inh. Manfred Krauss, 0451/501891; **2400 Lübeck,** Auto-Prinzen, Inh. Magda Koppenhagen, 0451/601934; **2410 Mölln/Lauenberg,** J.-U. Köster, 04542/2878; **2800 Bremen,** Könitz Automobile GmbH, 0421/442743; **2820 Bremen-Aumund,** Gerhard Karow, 0421/666097; **2840 Diepholz,** Wilhelm Staas, 05441/1407; **2841 Steinfeld/Oldbg.,** Paul Bünger, 05492/2251; **2848 Vechta,** Alwin Bünger GmbH, 04441/3270; **2850 Bremerhaven/Geestemünde,** Autohaus Bernhard Schulte GmbH + Co., 0471/75017–18; **2908 Friesoythe,** Heinrich Brinker Kfz-Handel + Reparaturbetrieb GmbH, 04491/554; **2930 Varel-Jeringhave,** Diedrich Filmer GmbH, 04451/5123; **2955 Wymeer,** Fahrzeughaus Telkamp KG, 04903/212; **2960 Aurich/Ostfriesld.,** Autohaus D. Heeren, 04941/2034.

3 **3000 Hannover 1,** Mente Automobile GmbH, 0511/628241; **3007 Gehrden OT Ditterke,** Autohaus Gebr. Blank GmbH & Co. KG, 05108/3516; **3008 Garbsen 1,** Autohaus am Blauen See, Gotthardt GmbH, 05137/77000; **3012 Langenhagen (Hann.)-1,** Lothar Niescken, 0511/734008; **3062 Bückeburg,** Autohaus Adam + Kruse GmbH, 05722/4113; **3138 Dannenberg/Elbe,** Autohaus Menzel GmbH, 05861/2235; **3167 Burgdorf,** Autohaus Frädrichsdorf, 05136/3929; **3180 Wolfsburg 15,** Auto-Dienst Bublitz, 05362/63330; **3200 Hildesheim,** OT Himmelsthür, Chr. Mitterbauer Automobile, 05121/41047; **3300 Braunschweig,** Beyerlein & Co., 0531/55088/89; **3320 Salzgitter-Lebenstedt,** Paul Jaretzke GmbH & Co. KG, 05341/44537; **3340 Wolfenbüttel,** Lothar Mäser, 05331/41505; **3400 Göttingen,** Pasquale Perriello, 0551/31309; **3420 Herzberg,** Peter Fricke, 05521/71072; **3440 Eschwege/Werra,** Ernst Möller oHG, 05651/21888; **3450 Holzminden,** Heinrich Henze KG, 05531/3021; **3500 Kassel,** Autohaus Rudolf Cöster GmbH & Co. KG, 0561/84014 u. 84015; **3500 Kassel,** Autohaus Hartmut Fitsch GmbH & Co. KG, 0561/54001/54002; **3510 Hann.-Münden,** Hans Lotz KG, 05541/4968; **3540 Korbach,** Autohaus Sude, 05631/3193; **3549 Wolfhagen 1,** Horst Ostmann, 05692/2257; **3550 Marburg,** Autohaus Walter Piesk, 06421/41848; **3563 Dautphetal-Holzhausen 3,** Autohaus Wilh. Schmidt GmbH, 06468/7036; **3578 Schwalmstadt 2,** Autohaus R. Langer, 06691/4461; **3587 Borken 3,** Auto-Dienst Kleinenglis, Inh. C. Scappatura, 05682/9658.

4 **4000 Düsseldorf 1,** Auto-Supermarkt GmbH, 0211/3380-1; **4000 Düsseldorf,** Haniel-Garagen-Betriebs-GmbH, 0211/68781; **4000 Düsseldorf,** Osthoff GmbH, 0211/626324+25; **4000 Düsseldorf,** Dieter Thomm Automobile, 0211/7331017; **4030 Ratingen 8,** Bruhy Kraftfahrzeuge GmbH, 02102/5858; **4040 Neuss/Rhein,** Detlev Manteuffel GmbH + Co. KG, 02101/41028; **4040 Neuss/Rhein,** Paul Woitkus, 02101/57366; **4048 Grevenbroich,** Bernhard Stermann, 02181/1846; **4050 Mönchengladbach 2,** Autohaus Friedhelm Coenen GmbH + Co. KG, 02166/47051; **4050 Mönchengladbach,** Filiale Fa. Coenen, 02161/21071/72; **4130 Moers,** Gebr. Schmitz GmbH, 02841/21071/72/73; **4150 Krefeld,** Autohaus am Schönwasserpark GmbH & Co. KG, 02151/510488; **4150 Krefeld,** Ing. Werner Oberheidt GmbH, 02151/33246; **4179 Weeze,** Stockmanns + Schless Automobile GmbH, 02837/360; **4190 Kleve,** Bonten + Boterham oHG, 02821/9648; **4200 Oberhausen 11,** Hans Kettler, 0208/62521; **4223 Voerde,** Gebr. Winz GmbH, 02855/3100; **4235 Schermbeck/Westf.,** Auto-Roring, 02853/2202; **4250 Bottrop,** D. Hoffmann, 02041/20511; **4280 Borken,** Wilhelm van Alten, 02861/2569; **4290 Bocholt/Westf.,** Gebr. Schmitz GmbH, 02871/6025; **4300 Essen 11,** W. Jänsch & Co. GmbH, 0201/674067; **4330 Mülheim,** Jürgen Rosenfeld GmbH, 0208/35898; **4350 Recklinghausen,** Autohaus Manfred Wolters, 02361/62248; **4352 Herten,** Automobil Kroppen GmbH, 02366/51088; **4353 Oer-Erkenschwick,** Autohaus Rapen, 02368/56277; **4400 Münster/Westf.,** Karl Göring GmbH & Co., Kommanditgesellschaft, 0251/71015/16; **4400 Münster,** Wilhelm Holtschulte, 0251/32001; **4408 Dülmen/Westf.,** Wiesmann GmbH, 02594/6077; **4410 Warendorf/Westf.,** Nieberg & Steffens GmbH & Co., 02581/2301; **4421 Rosendahl/Darfeld,** Ludger Potthoff, 02545/431; **4422 Ahaus/Westf.,** Autohaus Salzwedel, 02561/67233; **4475 Sögel,** Autohaus Bartels KG, 05952/340; **4500 Osnabrück,** Friedrich Beinecke GmbH & Co., 0541/586086; **4500 Osnabrück-Lüstringen,** Heinrich Strakerjahn, 0541/37588; **4507 Hasbergen-Gaste,** Automobile Soestmeyer-Münch, 05405/5541; **4515 Bad Essen 1 (Barkhausen),** Wilhelm Böhning oHG, 05427/4000; **4530 Ibbenbüren,** Filiale der Fa. Beinecke, Osnabrück, 05451/3423; **4550 Bramsche,** Julius Knieper, 05461/3124; **4570 Quakenbrück,** Auto-Schulte, Inh. Reinhard Schulte, 05431/3422; **4590 Cloppenburg,** Filiale der Fa. Brinker, 2908 Friesoythe, 04471/81666; **4600 Dortmund,** Autohaus Berke GmbH, 0231/161074; **4600 Dortmund 41,** Günter Marotzki, 0231/441917; **4620 Castrop-Rauxel,** Wieland & Co. GmbH, 02305/73821; **4630 Bochum 1,** Autohaus Kaden, 0234/51808; **4700 Hamm 1,** Auto Knarse, 02381/44777+78; **4700 Hamm/Westf.,** Paul Knothe, 02381/32606; **4708 Kamen/Westf.,** Paul Felske, 02307/10016; **4770 Soest/Westf.,** Burkhard Scheideler, 02921/16008+9; **4790 Paderborn,** Robert Sprenger GmbH & Co. KG, 05251/56119; **4800 Bielefeld,** Autohaus Wilhelm Brüntrup GmbH+Co. KG, 0521/22041/22042/22083; **4800 Bielefeld 14,** Autohaus Fila GmbH & Co. KG, 0521/44202; **4803 Steinhagen,** Walter Petersmeyer, 05204/2464; **4830 Gütersloh 1,** Auto-Service Schulte, 05241/54191; **4840 Rheda-Wiedenbrück,** Günter Schuhmacher, 05242/34117; **4900 Herford,** Autohaus Rumpold GmbH, 05221/21212; **4902 Bad Salzuflen 8,** Gebr. Wöhler, 05222/7631; **4931 Detmold 1,** Wilhelm Rüger, 05231/66643; **4937 Lage/Lippe,** Gerhard Lindert, 05232/3998; **4950 Minden,** Uphoff's Werkstatt, 0571/41021; **4970 Bad Oeynhausen 2,** Ing. Wilhelm Blöbaum Automobile KG, 05731/28011; **4973 Vlotho-Exter,** Auto-Rau GmbH, 05228/202; **4980 Bünde 15,** H. G. Niedermeier, 05223/14196; **4983 Kirchlengern 1,** Becker-Automobile, Horst Becker, 05223/71253; **4990 Lübbecke,** Heinz Kleffmann, 05741/9289.

5 **5000 Köln-Ehrenfeld,** Auto-Aldenhoven, 0221/545836; **5000 Köln 41,** Automobile Fick, 0221/465306; **5000 Köln 90,** Auto-Hennes, Inh. P. Ulmer, 02203/21011; **5000 Köln-Sülz,** AHG Leo Jordans mbH & Co. KG, 0221/446033; **5000 Köln 80,** Auto-Wasmann GmbH, 0221/603055/56; **5040 Brühl/Rhld.,** F. W. Drechsel, 02232/42553; **5047 Wesseling-Berzdorf,** Gebr. Mertin, 02232/51757; **5060 Bergisch Gladbach 2,** Karl Steingass KG, 02202/52034; **5100 Aachen,** Autohaus Johann Nüsser, 0241/77600; **5138 Heinsberg-Dremmen,** Auto Conen GmbH, 02452/6044/45; **5140 Erkelenz,** Auto-Wortmann GmbH+ Co. KG, 02431/5088; **5160 Düren,** Wanders & Co., 02421/61194; **5170 Jülich,** Hans Landen Automobile KG, 02461/54432+57070; **5190 Stolberg,** Franz Graaf, 02402/29613; **5200 Siegburg,** Willy Wissman, Inh. Gertrud Schmitz, 02241/61888; **5208 Eitorf,** Autohaus Land, Inh. Dietmar Land, 02243/2398; **5210 Troisdorf,** Reiner Schmickler, 02241/44028; **5230 Altenkirchen/Ww.,** Hottgenroth KG, 02681/5051; **5240 Betzdorf-Alsdorf,** Hemmersbach & Altmann GmbH, 02741/25041; **5250 Engelskirchen,** Autohaus Gerd Rosenkranz, 02262/5370; **5270 Gummersbach,** Gerd Rosenkranz, 02261/73350; **5272 Wipperfürth/Rhld.,** Horst Göbert, 02267/4778; **5300 Bonn 1,** Autohaus Gerber & Schmid GmbH, 0228/662031; **5300 Bonn,** Karl Schwaneberg & Sohn, 0228/631595/96; **5300 Bonn-Bad Godesberg,** Auto-Berhausen GmbH, 0228/330095; **5308 Rheinbach,** Heinz Hellwig KG, 02226/4658; **5330 Königswinter,** Lothar Moll, 02244/2068; **5350 Euskirchen,** Autohaus Willi Fetten, 02251/3028; **5400 Koblenz,** Auto-Mayer, Karl-H. Mayer, 0261/42338; **5400 Koblenz-Lützel,** Autohaus Müller GmbH & Co. KG, 0261/82060; **5427 Bad Ems,** Karl Lenz, 02603/2932; **5429 Allendorf,** Willy Spies, Autohaus GmbH, 06486/302; **5450 Neuwied/Rhein 1,** Autohaus La Porte GmbH, 02631/22363/65; **5455 Rengsdorf,** Auto Behren GmbH, 02634/3700; **5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler,** Auto-Witsch GmbH, 02641/2218; **5500 Trier/Mosel,** Autohaus Gebr. Haack, 0651/5128; **5520 Bitburg,** Auto-Boos KG, 06561/1044–45; **5568 Daun-Pützborn,** Leo Dünzer, 06592/2968; **5591 Illerich,** Auto-Gerhartz, 02653/6563; **5600 Wuppertal 1/Elberfeld,** J. Jos. Bertrand, 0202/444855–57; **5600 Wuppertal 1,** Auto-Oestreich, 0202/422851; **5600 Wuppertal 2,** Horst Wilke, 0202/666517; **5630 Remscheid,** Erich Reifferscheid, Automobile-Handel Reparatur KG, 02191/341001 u. 341002; **5632 Wermelskirchen 1,** Filiale der Fa. Steingass, Berg.-Gladbach, 02196/1046; **5650 Solingen-Wald,** Autohaus Peter Eul GmbH, 02122/314047; **5740 Andernach,** Autohaus Josef Streier, 02632/43145; **5750 Menden-Platteheide,** Filiale der Fa. Mühl, Iserlohn, 02373/6959; **5810 Witten/Ruhr,** Auto-Zentrum Witten Bernh. Ernst GmbH, 02302/57071; **5841 Schwerte/Geisecke,** Filiale der Fa. Mühl, Iserlohn, 02304/4959; **5860 Iserlohn-Letmathe,** Wilh. und Wolfg. Helmering, 02374/7821; **5860 Iserlohn,** Autohaus Günter Mühl, 02371/6415; **5970 Plettenberg 2,** Rolf Wallenfels, 02391/1714.

6 **6000 Frankfurt,** City-Motor GmbH, 069/721719; **6000 Frankfurt/Main 70,** Autohaus Niederrad Häusser GmbH & Co. KG, 069/675051; **6000 Frankfurt,** Autohaus Heuser+Hallstein GmbH, 069/443071; **6000 Frankfurt,** Helmut Reinhardt, 069/439971; **6050 Offenbach/Main,** Emil Mueller, Kraftfahrzeuge, Inh. H. W. Gehrke, 069/833521 u. 836320; **6072 Dreieich-Offenthal,** Auto-Milzetti oHG, 06074/50064; **6080 Groß-Gerau,** Autohaus Melchior GmbH & Co. KG, 06152/58082; **6100 Darmstadt,** Heinrich Herling, 06151/75625; **6109 Mühltal 1,** Edgar Bartram, 06151/146022; **6111 Otzberg-Niederklingen,** Auto-Lutz, 06162/3418; **6120 Michelstadt/Odenw.,** Lohnes Automobil GmbH, 06061/2035; **6124 Beerfelden,** Karl-Heinz Barth, 06068/1486; **6129 Lützelbach,** Autohaus Hans Orth, 06165/1305; **6200 Wiesbaden,** Autohaus Gabriel Wiesbaden GmbH, 06121/843014; **6200 Wiesbaden-Dotzheim,** Autohaus Schütz GmbH, 06121/422061; **6220 Rüdesheim,** Auto-Thiel, Helmut Thiel, 06722/2818; **6228 Eltville OT Martinsthal,** Dieter Schultz, 06123/72174; **6230 Frankfurt-Griesh.,** Fiat Automobil AG, 069/39011; **6231 Sulzbach/Ts.,** M. Christian, 06196/72294; **6233 Kelkheim/Ts.,** Gottfried Liebisch, 06195/2558; **6250 Limburg/Lahn,** Autohaus Gresser KG, 06431/6738 u. 3968; **6251 Hahnstätten,** Autohaus Heideberg Klamp GmbH, 06430/6993; **6292 Weilmünster,** Autohaus Herbert Ufken, 06472/1233; **6300 Gießen,** Autohaus Helmut Burkhardt, 0641/42041; **6300 Gießen,** Erwin Latus, 0641/22440; **6308 Butzbach,** Erhard König, 06033/64788; **6320 Alsfeld/Hessen,** Auto-Kamp KG, 06631/4077; **6332 Ehringshausen,** Heinz Huttel, 06443/3326; **6349 Herborn-Seelbach,** Autohaus Schnorr oHG, 02772/62095; **6360 Friedberg/Hessen,** Auto-Ulrich KG, 06031/3431; **6380 Bad Homburg v. d. H.,** Filiale der Fa. Auto-Ulrich KG, Friedberg, 06172/22600; **6390 Usingen/Ts.,** Autohaus Arnold, Inh. K. H. Arnold, 06081/6480; **6400 Fulda,** Autohaus Wetzig, Inh. Gerd Wetzig, 0661/4020; **6408 Ebersburg Ortsteil Weyhers,** Erich Bickert, 06656/1066; **6415 Petersberg,** N. V. G. Nutzfahrzeug-Vertriebs-Ges. Dr. Fahr GmbH & Co. KG, 0661/68038; **6430 Bad Hersfeld,** Autohaus Hans Nowak, 06621/2969; **6450 Hanau/Main,** Autohaus Herrmann GmbH, 06181/81061; **6450 Hanau 1,** Autohaus König GmbH, 06181/24333; **6460 Gelnhausen,** Autovertrieb Horst König GmbH+Co., 06051/17055; **6470 Büdingen,** Autohaus Naumann GmbH, 06042/2610; **6490 Schlüchtern,** Birgit Fehl, 06661/4672; **6500 Mainz 25,** Wilhelm Gräter GmbH, 06131/681072; **6508 Alzey/Rhld.,** Auto-Seitner, Inh. Michael Seitner, 06731/2494; **6520 Worms,** Autohaus Glaser GmbH+Co., 06241/6471; **6530 Bingen 12,** Autohaus Loth, 06721/14350; **6540 Simmern/Hunsrück,** Auto-Steffen, 06761/3027/29; **6550 Bad Kreuznach,** Autohaus Alois Bott, 0671/65566; **6580 Idar-Oberstein,** Sado-Automobile, 06784/1066; **6600 Saarbrücken,** Auto Becke, 0681/35433; **6638 Dillingen/Saar,** Auto-Gasper GmbH, 06831/77040; **6639 Fremersdorf,** Thomas Farago, 06861/6620; **6646 Losheim/Saar,** Franz Merziger, 06872/2266; **6654 Kirkel-Limbach,** Autohaus Schmidt GmbH, 06841/8226; **6660 Zweibrücken,** Burkholder Autohandels GmbH & Co. KG, 06332/17293; **6694 Marpingen-Urexweiler,** Wald-Garage Erhard Klos oHG, 06827/616; **6710 Frankenthal/Pfalz,** Werner Pfeifer, 06233/9158; **6719 Albisheim (Pfrimm),** Auto-Heinrich, 06355/527; **6719 Herxheim a. Bg.,** Auto-Kreutzer, 06353/1804; **6720 Speyer/Rhein,** Autohaus Michael Stein, 06232/76523+76314; **6725 Römerberg-Mechtersheim,** Auto-Weindel, Inh. Reinhard Weindel, 06232/84200; **6740 Landau/Pfalz,** Autohaus Weiss GmbH, 06341/61058; **6750 Kaiserslautern,** Auto-Anefeld GmbH, 0631/58766; **6780 Pirmasens,** Magenwirth Autohandels GmbH & Co. KG, 06331/62095/6; **6800 Mannheim 1,** Bopp & Böhringer oHG, 0621/332088; **6800 Mannheim-Neckarau,** Autohaus Raichle GmbH & Co. KG, 0621/852001; **6831 Plankstadt,** Autohaus Kolb, 06202/4638; **6842 Bürstadt/Hessen,** Autohaus Bürstadt GmbH & Co. Autohandel KG, 06206/6300 u. 6305; **6900 Heidelberg,** Ing. Hans Lindner, 06221/28868; **6901 Neckarsteinach,** Autohaus Schmitt, 06229/491; **6906 Leimen,** Ehrbar & Cecchelero oHG, 06224/73208; **6908 Wiesloch,** Horst Geppert, 06222/2496; **6920 Sinsheim/Elsenz,** Autohaus Kiefer GmbH, 07261/2449; **6967 Buchen,** Friedrich Hofherr, 06281/2395.

7 **7000 Stuttgart 1,** Autohaus Niederberger GmbH & Co., 0711/253036; **7000 Stuttgart 1,** Rudolf Schlachter KG, 0711/692624; **7000 Stuttgart 1,** Autohaus Ernst Soller GmbH+Co. KG, 0711/642041/43; **7012 Fellbach,** Autohaus Kögel GmbH, 0711/581890; **7022 Leinfelden-Echterdingen 2,** Brixner GmbH, 0711/790980; **7024 Filderstadt 4,** Fritz GmbH, 0711/771097+99; **7050 Waiblingen,** Autohaus Weller KG, 07151/53351; **7067 Urbach,** Autohaus Ernst Elsner, 07181/81318; **7070 Schwäb. Gmünd,** Autohaus Klotzbücher, 07171/5499; **7100 Heilbronn/Neckar,** Fiat Automobil AG, 07131/1070; **7100 Heilbronn,** Autohaus G. Herre GmbH & Co. KG, 07131/10020+29; **7100 Heilbronn-Kirchhausen,** Autohaus Heinz Koch, 07066/7275; **7107 Neckarsulm,** Martin Arpogaus, 07132/37115; **7110 Öhringen,** Autohaus Ernst Klaiber, 07941/61011; **7123 Sachsenheim 1,** Autohaus Wieland, 07147/7302; **7128 Lauffen/Neckar,** Autohaus Eisele KG, 07133/5001; **7140 Ludwigsburg,** Autohaus P. Scharfenberger GmbH, 07141/51077; **7144 Asperg/Ludwigsburg,** Autohaus Winkler & Co., 07141/63021–22; **7167 Bühlertann-Fronrot,** Autohaus Xaver Hilsenbeck, 07973/243; **7200 Tuttlingen/Württ.,** Autohaus Valerius Bendz, 07461/3071; **7208 Spaichingen,** Autohaus Paul Wedam, 07424/2558; **7214 Zimmern 1-Rottweil,** Autohaus Rall, 0741/31801; **7242 Dornhan,** Autohaus Dieter Blocher, 07455/1229; **7290 Freudenstadt,** Auto Klumpp, Inh. Fritz Klumpp, 07441/2202/3202; **7300 Esslingen,** Lais-Power GmbH, 0711/312775; **7311 Bissingen,** Autohaus Günther Bazle, 07023/6425; **7311 Owen,** Eugen Grau, 07021/55480; **7316 Köngen/Neckar,** Autohaus Lorch oHG, 07024/8989; **7410 Reutlingen,** Autohaus Zimmermann GmbH, 07121/329366; **7432 Bad Urach 1,** Helmut Weiß, 07125/8064; **7453 Burladingen,** Autohaus Siedler GmbH, 07475/6809; **7463 Rosenfeld,** Autohaus Fritz Braun KG, 07428/1044; **7480 Sigmaringen,** Donaugarage Molitor, 07571/12699; **7500 Karlsruhe 51,** Mahlein & Neubrand GmbH, 0721/883977; **7500 Karlsruhe,** Volker Nollert, 0721/28068; **7519 Oberderdingen,** Heinrich Hack, 07045/722; **7520 Bruchsal,** Golsch & Schultheiß GmbH, 07251/14000; **7530 Pforzheim,** Steba Automobile, 07231/69669; **7546 Enzklösterle,** Autohaus Hugo Grammel GmbH & Co., 07085/240; **7547 Wildbad,** Filiale der Fa. Hugo Grammel, Enzklösterle, 07081/8121; **7550 Rastatt,** Autohof Boos, Fortenbacher & Co. GmbH, 07222/32094; **7550 Rastatt,** Autohaus Metz GmbH, 07222/34031+32; **7570 Baden-Baden-Oos,** Filiale der Fa. Autohof Boos, Fortenbacher & Co. GmbH, Rastatt, 07221/61028; **7580 Bühl-Vimbuch,** Lorenz Wild, 07223/21765; **7590 Achern,** Artur Hoferer, 07841/25382; **7597 Rheinau-Diersheim,** Werner Waag KG, 07844/7092; **7600 Offenburg/Baden,** Wilhelm Paschke KG, 0781/24091; **7603 Oppenau,** E. Schmidt, 07804/2010; **7620 Wolfach,** Autohaus Wäschle KG, 07834/332; **7707 Engen,** Autohaus D'Agosto, 07733/8878; **7730 Villingen-Schwenningen,** Auto-Zehnder, 07721/54015; **7750 Konstanz,** Autohaus Manfred Bekker, 07531/63219; **7753 Allensbach,** Autohaus Karl Metzler, 07533/6293; **7800 Freiburg/Brsg.,** H. Michalk GmbH & Co. Kraftfahrzeughandel KG, 0761/70331/70332; **7816 Münstertal/Schw.,** Artur Schelb, 07636/411; **7830 Emmendingen,** Filiale der Fa. Michalk, 7800 Freiburg, 07641/1024; **7834 Herbolzheim/Breisgau,** Peter Benzin, 07643/295; **7858 Weil/Rhein,** Rudolf Eichin, 07621/71646; **7881 Schwörstadt/Baden,** Autohaus Mutter oHG, 07762/8519; **7891 Küssaberg 1-Kadelburg,** Horst Amann, 07741/5727; **7900 Ulm-Söflingen,** Auto-Fink KG, 0731/381097; **7900 Ulm,** Eugen Grupp, 0731/389259; **7917 Vöhringen/Iller,** Ludwig Henke GmbH, 07306/5005; **7920 Heidenheim/Brenz,** Autohaus Josef Filipitsch, 07321/41473; **7920 Heidenheim,** Karl Eugen Ziegler, 07321/65989; **7990 Friedrichshafen,** Autohaus Opitz KG, 07541/73680; **7994 Langenargen,** Alois Weindorfer, 07543/1476.

8 **8000 München 80,** Auto-Center München GmbH im Motorama, 089/4150370+4150376; **8000 München 40,** Halmburger & Höflich Automobil-Vertrieb-KG (Hauptbetrieb), 089/3515001; **8000 München 60,** Halmburger & Höflich Automobil-Vertrieb-KG (Filiale), 089/833374; **8000 München 82,** Halmburger & Höflich Automobil-Vertrieb-KG (Filiale), 089/4303257; **8000 München 46,** Ludwig Hirschbold, 089/3114952; **8000 München 80,** Johann Huber, 089/432154; **8000 München 90,** Karl Keidler (Hauptbetrieb), 089/697700; **8000 München 12,** Karl Keidler (Reparaturwerk), 089/572265; **8000 München 70,** Karl Keidler (Filiale), 089/7145068; **8000 München 60,** Heinz Nabholz, 089/682811; **8011 Brunnthal,** Peter Ehrbar GmbH, 08102/3824; **8022 Grünwald/München,** Rudolf Houzer GmbH, 089/6492648; **8025 Unterhaching,** Hans Haslinger, 089/6113558; **8031 Gilching,** Wilhelm Gebhard, 08105/4722; **8038 Gröbenzell,** Autohaus Gerick Inh. Robert Gerick, 08142/9345 u. 9720; **8047 Karlsfeld-Rothschwaige,** Huber & Söhne, 08131/98046; **8050 Freising/Obb.,** Josef Gruber KG, 08161/83048; **8059 Reichenkirchen,** Georg Liegl, 08762/1834; **8070 Ingolstadt,** Automobile Nord, 0841/54884; **8079 Kipfenberg Ortsteil Arnsberg,** Erwin Renner, 08465/470; **8080 Fürstenfeldbruck,** Auto Schilling, Inh. Erwin Schilling, 08141/44536; **8092 Haag/Obb.,** Auto-Nagerl, Inh. Josef Nagerl, 08072/612; **8100 Garmisch-Partenkirchen,** Auto-Meier GmbH, 08821/50141; **8122 Penzberg/Bay.,** Hans Kaindl, 08856/2611; **8130 Starnberg,** SHS Vertriebs GmbH, 08151/4143; **8133 Feldafing,** Auto-Kugelmüller, Inh. Helmuth Hirn, 08157/8749; **8170 Bad Tölz,** Hans Fischhaber jr. oHG, 08041/2838; **8192 Geretsried 2,** Auto-Unterrainer, 08171/4247; **8200 Rosenheim,** Siegfried Bernegger, 08031/62034+35; **8200 Rosenheim,** Auto Schierghofer, 08031/45825; **8200 Rosenheim,** Hans Strasser, 08031/12728; **8240 Berchtesgaden,** Max Höfler, 08652/63374; **8260 Mühldorf/Inn,** Franz Zellhuber, 08631/2008; **8263 Burghausen/Obb.,** Konrad Kammergruber KG, 08677/2412; **8265 Neuötting/Obb.,** Filiale der Fa. Zellhuber, Mühldorf, 08671/20368; **8300 Landshut,** Autohaus Heitz GmbH, 0871/41036; **8300 Piflas-Landshut,** A. + G. Dettenhofer GmbH, 0871/73008; **8390 Passau,** Auto-Leebmann GmbH, 0851/7058; **8400 Regensburg,** Auto-Pfeiffer, 0941/47873; **8400 Regensburg,** Ing. Alois Weger, 0941/55028/29; **8401 Regensburg-Großberg,** Auto-Süd, 09405/2403; **8425 Bad Gögging,** Josef Koller, 09445/566; **8430 Neumarkt/Opf.,** Auto-Belz, 09181/6550; **8440 Straubing/Ndb.,** Autohaus M. Griesbeck, 09421/22011+22012; **8450 Amberg/Opf.,** Autohaus Stöcklmeier GmbH, 09621/61313; **8460 Schwandorf/Bay.,** Rupert Fischl, 09431/8484 u. 8485; **8480 Weiden,** Dieter Schug, 0961/26667; **8490 Cham,** Autohaus Pömmerl, 09971/7550; **8493 Kötzting,** Heinrich Huber, 09941/1303; **8500 Nürnberg,** Autohaus Kurt Füglein KG, 0911/203349/203340; **8500 Nürnberg 20,** Kohler & Schmidt GmbH, 0911/532255; **8500 Nürnberg,** Autohaus Seliger GmbH+Co. KG, 0911/662473; **8502 Zirndorf,** Auto-Hirner GmbH, 0911/606760; **8508 Wendelstein,** Autohaus Ebersberger, Andreas Ebersberger GmbH & Co. KG, 09129/8085; **8510 Fürth,** Autohaus Münch GmbH, 0911/78283; **8521 Aurachtal,** Autohaus Smdie KG, 09132/4655+4595; **8531 Markt Erlbach,** Peter Klör, 09106/232; **8540 Schwabach/Bay.,** Auto-Feser, Inh. Peter Feser, 09122/5097; **8562 Hersbruck,** Heinz Lutz, 09151/2221; **8571 Leupoldstein,** Hans Polster, 09244/225; **8575 Kirchenthumbach,** Hans Dörfler, 09647/254; **8580 Bayreuth,** BayWa AG, Betrieb Autohaus Bayreuth, 0921/66003 u. 66004; **8581 Kulmain/Opf.,** Autohaus Franz Bauer oHG, 09642/1349; **8590 Marktredwitz/Ofr.,** Alois Kraus, 09231/81824; **8600 Bamberg,** Bamberger Taxigenossenschaft eG, 0951/15015+15010; **8602 Rauhenebrach, Markt Prölsdorf,** Richard Mahr, 09554/253; **8630 Coburg,** Automobile Scheuerfeld, 09561/30013; **8670 Hof/Saale,** Auto-Seidel oHG, 09281/3036; **8700 Würzburg,** BayWa AG, Betrieb Autohaus Würzburg, 0931/21055; **8702 Waldbüttelbrunn,** Felix Seuberth, 0931/48579; **8710 Kitzingen/Main,** Auto-Hüller, Inh. Heinz Hüller, 09321/32094; **8712 Volkach OT Obervolkach,** Autohaus Bedenk KG, 09381/2472; **8720 Schweinfurt-Oberndorf,** Autoverleih Radl GmbH, 09721/802929+88929; **8729 Zeil,** Auto-Wittig KG, 09524/520; **8736 Burkardroth-Zahlbach,** Autohaus G. Kaiser, 09734/333; **8741 Hendungen,** Hermann Stock oHG, 09776/1256; **8750 Aschaffenburg/M.,** Autohaus Amberg, 06021/91018; **8760 Miltenberg,** Autohaus Funk, 09371/6038; **8770 Lohr/Main,** Autohaus Feeser, 09352/2392; **8800 Ansbach,** Sportwagencenter, 0981/3352; **8860 Nördlingen,** August Döderlein Nachf. GmbH & Co. KG, 09081/80110; **8873 Ichenhausen,** Autohaus Konrad & Co., 08223/3017; **8880 Dillingen/Donau,** Autohaus Eller, Inh. Walter Eller, 09071/674; **8900 Augsburg,** August Schelle, 0821/30329; **8904 Friedberg-West bei Augsburg,** Andreas Klaus jun., 0821/62239; **8911 Grünsink üb. Landsberg/Lech,** Max Hoy, 08196/265; **8940 Memmingen,** Autohaus Kutter GmbH, 08331/87779; **8951 Pforzen/Schwaben,** Autohaus Hans Ohneberg GmbH, 08346/1001; **8958 Füssen,** Josef Kehle, 08362/7550; **8960 Kempten,** Ing. Eduard Hörmann, 0831/6281/2/3; **8960 Kempten,** Ing. Eduard Hörmann (Filiale), 0831/97255/56; **8970 Immenstadt/Allgäu,** Besserer GmbH, 08323/6143.

Thema i.e. Turbo: Vierzylinder-Einspritzmotor mit Ladeluftkühlung, 2000 ccm, 165 PS/121 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 7,2 Sek., 218 km/h Spitze.

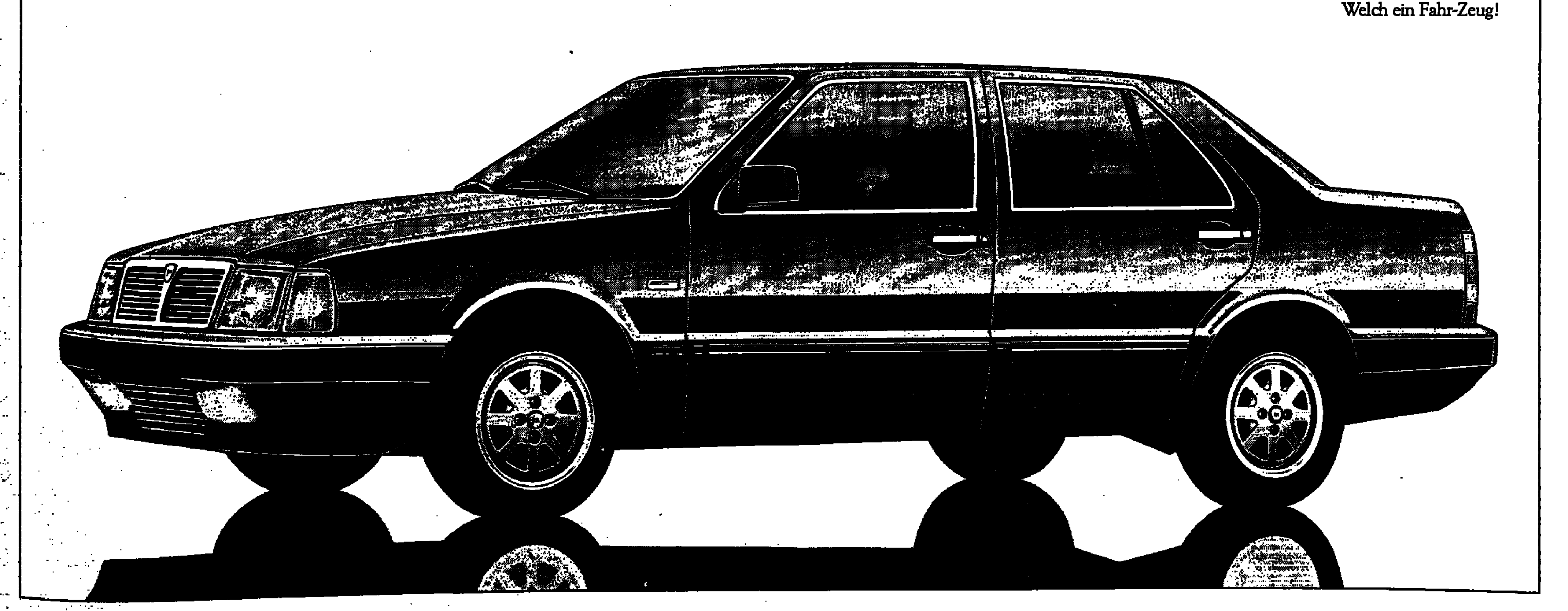
Thema 6V: Sechszylinder-Einspritzmotor, 2850 ccm, 150 PS/110 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 8,2 Sek., 208 km/h. Auf Wunsch Automatik.

Thema Turbo Diesel: Vierzylinder-Turbodieselmotor mit Ladeluftkühlung, 2500 ccm, 100 PS/74 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 11,9 Sek., 185 km/h.

Thema i.e.: Vierzylinder-Einspritzmotor, 2000 ccm, 120 PS/88 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 9,7 Sek., 195 km/h. Auf Wunsch Automatik.

LANCIA THEMA

Welch ein Fahr-Zeug!



Kanzler und DGB wollen heute zur Sache kommen

● Fortsetzung von Seite 1

● öffentliche Investitionen (ebenfalls mit Blick auf die Arbeitsmarktsituation);

● Maßnahmen und Instrumente der Bundesanstalt für Arbeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes;

● Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Staatshandelsländern in der Bundesrepublik Deutschland.

Teilnehmer an den Gesprächen der Expertenkreise und später der Arbeitsgruppen auf Regierungsseite berichteten, daß sich in diesen Begegnungen eine Bereitschaft beider Seiten zur Sachlichkeit gezeigt habe. Man könne durchaus von einer „aufgeschlossenen Atmosphäre" in diesen Begegnungen sprechen. So sei etwa bei der Diskussion über die Auswirkungen der technologischen Entwicklung auf die Arbeitsplätze der im Vorfeld von den Gewerkschaftern vertretene Standpunkt relativiert worden, daß moderne Technologien zur Arbeitsplatzvernichtung beitrügen.

Ähnliche Gemeinsamkeiten seien bei der Diskussion über die Sicherung der Altersversorgung zu verzeichnen gewesen. Hier hat man sich auf „Eckpunkte" geeinigt. Erwartungsgemäß unterschiedlich blieben die Auffassungen bei der Diskussion über die öffentlichen Investitionen. Hier verlangen die Gewerkschafter nach wie vor ein Milliarden-Programm der öffentlichen Hände, während die Regierung mit dem Hinweis auf frühere Programme unter der sozialdemokratisch geführten Vorgängerregierung, die ohne bleibenden positiven Effekt für den Arbeitsmarkt geblieben seien, diese Forderung strikt ablehnt.

Nicht ganz einig scheint man sich auf Regierungsseite bei der Diskussion über die vom Arbeitsministerium befürwortete Verwendung von Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit zur Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld gewesen zu sein. Auch die Gewerkschaften begrüßen diesen Gedanken; das Wirtschaftsministerium allerdings setzt auf eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dieses Thema wird am Mittwoch, einen Tag nach dem Kanzlergespräch, auch eine Koalitionsrunde in Bonn beschäftigen.

Kein Hauptthema werde die Frage eines Vorruhestandes für den öffentlichen Dienst werden, glaubt der für diesen Bereich im DGB zuständige stellvertretende Vorsitzende Fehrenbach. Zwar sei das Thema nach dem Interview von Kanzleramtschef Schäuble breit diskutiert worden, auch nähmen der zuständige Innenminister Zimmermann und die ÖTV-Chefin Wulf-Mathies an dem Treffen teil, doch sehe er den engen finanziellen Handlungsspielraum der öffentlichen Arbeitgeber.

Barzel: „Ich habe stets echte Arbeit geleistet"

Staatsanwaltschaft bestätigt ordnungsgemäße Steuerabgaben

GÜNTHER BADING, Bonn

Rainer Barzel hat seine Einkünfte aus dem 1973 eingegangenen Vertragsverhältnis mit der Frankfurter Anwaltskanzlei Paul ordnungsgemäß versteuert. „Das ist völlig unstreitig", erklärte der Bonner Oberstaatsanwalt Wilhelm gestern auf Anfrage der WELT. Dennoch habe die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den im vergangenen Jahr zurückgetretenen Bundestagspräsidenten im Zusammenhang mit eben diesen Zahlungen eingeleitet. Es bestehe der Verdacht gegen Barzel, an Steuerhinterziehungen „mehrerer Firmen" beteiligt gewesen zu sein. Diese hätten Honorare für Arbeiten und Gutachten Barzels als Betriebsausgaben steuerlich abgesetzt, obwohl in Wahrheit „keine echten Gegenleistungen" erbracht worden seien. Betriebsausgaben könnten aber nur geltend gemacht werden, wenn Gegenleistungen erbracht würden, nicht aber etwa bei „Spenden". Sonst sei dies Steuerhinterziehung. Barzel sei „beteiligt", da er gewußt haben müsse, daß keine wirklichen Gegenleistungen erbracht worden seien, sondern im Gegenteil nur ein „Scheinarbeitsverhältnis" bestanden habe.

Rainer Barzel, der sich zur Zeit wegen seiner angegriffenen Gesundheit in einem oberbayerischen Ferienort aufhält, stellte auf Anfrage der WELT noch einmal klar: „Ich habe im Auftrag der Rechtsanwaltskanzlei Paul gearbeitet. Ich habe echte Arbeit geleistet und dafür Geld bekommen." Die Zahlungen seien von der Anwaltskanzlei an ihn geleistet worden. Diese Gelder habe er ordnungsgemäß versteuert. Zu der jetzt von der Staatsanwaltschaft gebrauchten Formulierung, daß er über das angebliche Scheinarbeitsverhältnis mit der Kanzlei Paul Gelder „mehrerer Firmen" erhalten habe, sagte Barzel: „Ich kann dazu gar keine Auskünfte geben, weil ich der Mitarbeiter von einem Anwalt war und damit besonderer Verschwiegenheitspflicht unterliege."

„Korrekt gewesen"

Die Bonner Staatsanwaltschaft wollte zu Gerüchten, daß es sich bei den anderen Firmen neben dem seit der Anhörung Barzels vor dem Untersuchungsausschuß bekannten Flick-Konzern um einen Waschmittel- und einen Lebensmittelkonzern handele, keine Stellung nehmen.

Schon im sogenannten „Flick-Ausschuß" des Bundestages hatte Barzel im vergangenen Herbst bei seiner Anhörung im Oktober versichert, sein Vertragsverhältnis mit der Kanzlei Paul sei korrekt gewesen; es habe sich keinesfalls um ein Scheinarbeitsverhältnis mit dem Flick-Konzern gehandelt. Dies allerdings hatte die Steuerfahndung, die im Zusammenhang mit Steuerbefreiungen für die Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf von Daimler Benz-Aktien bei dem Konzern ermittelte, offenbar in ihren Akten angedeutet. Erschwerend für Barzel kam damals hinzu, daß der ehemalige Flick-gesellschafter Paefgen vor dem Untersuchungsausschuß sagte, Barzel habe dem Konzern mitgeteilt, daß er nach dem Ausscheiden als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Mai 1973 nun in die Anwaltskanzlei Paul in Frankfurt eintreten werde. Paefgen: „Daraufhin" sei der Vertrag mit Paul geschlossen worden. Auch hatte der Anwalt Paul, so die Erhebungen des Untersuchungsausschusses, zumindest zu Anfang der Mitarbeit von Barzel, ein eigenes Konto für die Honorare eingerichtet. Barzel bestritt, daß es sich hierbei um ein „Durchlaufkonto" gehandelt habe. Er sei aus der Anwaltskanzlei bezahlt worden und von niemandem sonst.

Frage nach dem Termin

Barzel hatte am Wochenende sich dagegen zur Wehr gesetzt, daß er jetzt wohl erneut einer „öffentlichgen Vorverurteilung" ausgesetzt werden solle. Zu diesem Eindruck hatte offensichtlich auch beigetragen, daß die Nachricht von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens am vergangenen Freitagnachmittag in Bonn bekannt wurde, einem Zeitpunkt, zu dem es für Barzel schwer war, sich gegen die dann einsetzende Nachrichtenflut in Presse, Funk und Fernsehen zur Wehr zu setzen.

Hinzu kam, daß er – wie er der WELT noch am Freitagnachmittag sagte – zunächst versuchen mußte, von Oberbayern aus an diesem Ferienwochenende seinen Anwalt zu erreichen. Augenfällig ist auch, daß dieses Ermittlungsverfahren wenige Tage nach dem Auftauchen erster Berichte in Gang gesetzt wurde, Barzel komme erneut für eine herausgehobene Position in der Unionsfraktion in Betracht. Im Gespräch war, daß Barzel als Nachfolger des verstorbenen Werner Marx den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags übernehmen würde.

Die Bonner Staatsanwaltschaft bestätigte gestern, sie habe am Mittwoch vergangener Woche pflichtgemäß Bundestagspräsident Jenninger darüber informiert, daß die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Rainer Barzel wegen des Verdachts an Beteiligung an Steuerhinterziehung mehrerer Firmen beabsichtigt sei. In der dafür vorgesehenen Frist von 48 Stunden sei kein Einspruch erhoben worden. Die Staatsanwaltschaft habe die Presse nicht informiert, sondern lediglich auf Anfragen von Journalisten am vergangenen Freitagmittag den Sachverhalt bestätigt.

Israelis mit Sowjets im Dialog

Peres läßt Gorbatschow ausrichten: Wir betrachten uns nicht als Feind der UdSSR

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat in einer mündlichen Botschaft an den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow den Willen Israels zu besseren Beziehungen zwischen beiden Ländern betont. Peres erklärte in der Botschaft, die in den nächsten zwei Wochen vom Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, überbracht werden soll, Israel betrachte sich nicht als Feind der Sowjetunion und hoffe, sich mit ihr in einer Reihe von Fragen einigen zu können. Moskau hatte nach dem Bekanntwerden eines Treffens der Pariser Botschafter der UdSSR und Israels Berichte dementiert, es sei an der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel interessiert. Der israelische Außenminister Yitzhak Shamir übte zwar Kritik an den „bewußt übertriebenen" Verlautbarungen seines Botschafters Ovadia Sofer, betonte aber zugleich, er hoffe weiterhin auf ein Treffen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse am Rande der UNO-Vollversammlung im September.

Von RAFAEL SELIGMANN

Die Gespräche israelischer und sowjetischer Diplomaten in Paris haben manche voreiligen Beobachter zu der Spekulation verführt, ein Durchbruch in den Beziehungen Moskaus zu Jerusalem stehe unmittelbar bevor oder sei bereits vollzogen. In der Tat ist das Verhältnis zwischen Israel und der Sowjetunion in Bewegung gekommen, allerdings nicht erst durch die vielbeachtete Begegnung zwischen den Botschaftern Julij Woronzew und Sofer letzte Woche in Paris.

Bereits am Rande des Jüdischen Weltkongresses Ende Januar in Wien bemühten sich jüdische und israelische Stellen um eine Verbesserung des Verhältnisses zu Moskau. Diese Anstrengungen wurden auch von der anderen Seite registriert (WELT vom 29. Januar). Als entscheidendes Kriterium für den Stand der israelisch-sowjetischen Beziehungen hat der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, damals gegenüber der WELT das Verhältnis der USA zur Sowjetunion genannt.

Die UdSSR, die seit 30 Jahren die arabischen Staaten politisch und vor allem militärisch in ihrem Kampf gegen Israel unterstützt, weiß, daß Jerusalem Partner jeder israelisch-arabischen Friedensvereinbarung sein muß. Seit 1973 war es Washington zunehmend gelungen, arabisch-israelische Vereinbarungen ohne Beteiligung Moskaus herbeizuführen. Zunächst durch die Reisediplomatie Henry Kissingers, der nach dem Jom-Kippur-Krieg die Waffenstillstands- und Rückzugsabkommen zwischen Israel sowie Ägypten und Syrien herbeigeführt hatte, später durch Präsident Carter, der maßgeblichen Anteil am ägyptisch-israelischen Friedensvertrag von Camp David hatte.

Da Moskau 1967 seine diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen hatte, fehlte ihm jegliche Einwirkungsmöglichkeit auf Jerusalem. Nun spielt Washington offenbar mit dem Gedanken, Friedensgespräche zwischen Jerusalem und einer jordanisch-palästinensischen Delegation herbeizuführen.

Will Moskau nicht erneut außen vor bleiben, so muß es auf die eine oder andere Weise mit Jerusalem in Kontakt treten. Der Kreml möchte Jerusalem für eine internationale Nahost-Konferenz in Genf gewinnen, an der die PLO ebenfalls beteiligt wäre.

So lockt Moskau mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sowie einer Wiederaufnahme der seit 1984 praktisch zum Erliegen gekommenen Auswanderung sowjetischer Juden. Auswandern wollen Hunderttausende der insgesamt 2,5 Millionen Juden. Gleichzeitig fordert Moskau die Verpflichtung Israels zum Rückzug vom Golan.

Die sich andeutende Umorientierung der Nahostpolitik des Kreml in Richtung auf mehr Pragmatismus hat interne Gründe: die Ausschaltung von Grigorij Romanow, der einen nationalrussischen Antisemitismus befürwortete, sowie die Ablösung Andrej Gromykos als Außenminister, dessen Nahostpolitik seit Jahren undynamisch war. Als globaler Aspekt kommt die Entkrampfung im Verhältnis UdSSR/USA noch hinzu, die sich im bevorstehenden Gipfeltreffen Gorbatschows und Reagans manifestiert.

Ob Jerusalem auf die Offerte Moskau eingehen wird, bleibt fraglich. Diplomatische Beziehungen zum Kreml, soviel dafür spricht – politisches Prestige und eine mögliche Verbesserung der Lage der sowjetischen Juden –, müßten mit einer Hinnahme eines vermehrten sowjetischen Einflusses beglichen werden, der auf Grund der Interessen Moskaus zwangsläufig pro-arabisch und anti-israelisch sein würde.

Hohe Beamte erhalten mehr Geld

Margaret Thatcher begründet Gehaltszulage mit besserer Bezahlung in der Privatwirtschaft

REINER GATERMANN, London

Kurz vor der Sommerpause steht dem britischen Parlament heute noch einmal eine stürmische Debatte bevor. Während sich Premierministerin Margaret Thatcher in der laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hartnäckig weigert, Lohn- und Gehaltserhöhungen zu gewähren, die auch nur die Inflationsrate von sieben Prozent decken, bot sie gleichzeitig fast 2000 hohen Beamten, Richtern und Militärs Einkommenszulagen bis März 1986 von durchschnittlich 12,2, 16,3 und 17,6 Prozent an. Eine Spitzenposition nimmt dabei Sir Robert Armstrong ein, Kabinettssekretär und höchster Chef der Staatsbediensteten. Sein Einkommen erhöht sich in zwei Etappen bis Frühjahr 1986 um 46 Prozent auf rund 300 000 Mark im Jahr, eine Verdreifachung gegenüber 1979.

Frau Thatcher begründet diese Zuschläge mit der augenscheinlichen finanziellen Benachteiligung der hohen Beamten im Vergleich zu entsprechenden Positionen in der Privatwirtschaft. Andererseits war sie es, die vor ein paar Jahren die „institutionalisierte Vergleichbarkeit" als nicht zufriedenstellend ablehnte. Damals sollten sich die Beamtengehälter nach dem richten, „was das Land verkraften kann". Zu den jetzt angekündigten Steigerungen sagte sie vor dem Unterhaus, sie seien angemessen, jedoch nicht großzügig im Vergleich zu der mit den Posten verbundenen Verantwortung.

Nur bei der Gehaltszulage des Präsidenten des Oberhauses, Lord Hailsham, der gleichzeitig höchste richterliche Instanz ist, muß das Unterhaus entscheiden. Er soll eine Einkommensaufstockung um 10 750 auf 77 000 Pfund bekommen. Der Lord sagt aber, er werde die Zulage nicht in Anspruch nehmen. Bisher läßt er sich auch nur 39 980 Pfund auszahlen. Auch Frau Thatcher gehört zu denjenigen, die nicht das ihnen zustehende Gehalt voll ausschöpfen.

Während die Labour-Opposition diese Einkommensverbesserungen als „weiteren Nagel im Sarg der Regierung" und „deutliche Markierung der Klassengesellschaft" bezeichnet, befürchten etliche konservative Abgeordnete in ihrer Wählerschaft Proteste und zunehmendes Unverständnis für die Regierungspolitik.

Die neue Gehaltsliste wurde nur wenige Tage nach einem erneuten Scheitern der Tarifverhandlungen für die Lehrer bekannt. Die Regierung will nach einem ersten Angebot von vier Prozent jetzt nicht über sechs Prozent hinausgehen. Die Krankenschwestern akzeptieren nach einem „großzügigen Angebot" und einem Regierungsappell an ihre Berufsethik eine Gehaltserhöhung von 5,6 Prozent, andere Berufsgruppen kamen nicht über drei Prozent hinaus.

Saarbrücken will Sozialpläne vermeiden

UR. Bonn

Die saarländische Landesregierung plant, mit Hilfe einer „Beschäftigungsgesellschaft" den unausweichlich gewordenen Personalabbau bei dem angeschlagenen Konzern Arbed Saarstahl aufzufangen, um den sonst anfallenden, kaum finanzierbaren Sozialplänen aus dem Weg zu gehen. Wie aus dem saarländischen Wirtschaftsministerium zu erfahren war, soll die Gesellschaft, in der bis zu 1500 Arbeitnehmer des Konzern unterkommen sollen, zum Teil von der Arbeitsverwaltung finanziert werden. In der „Beschäftigungsgesellschaft" sollen nach den Vorstellungen der Landesregierung Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Es ist außerdem vorgesehen, einen Teil der betroffenen Arbeitnehmer an andere Firmen zu vermitteln. Im Wirtschaftsministerium denkt man dabei an die Dillinger und die Heilberger Hütte, die im Vergleich zu Arbed noch günstig dastünden.

Zwar habe man „noch keine festen Zusagen der Firmen", Arbeitskräfte aus der „Beschäftigungsgesellschaft" voll oder aushilfsweise zu übernehmen, aber in den beiden Hütten gebe es einen „ständigen Bedarf an Neueinstellungen".

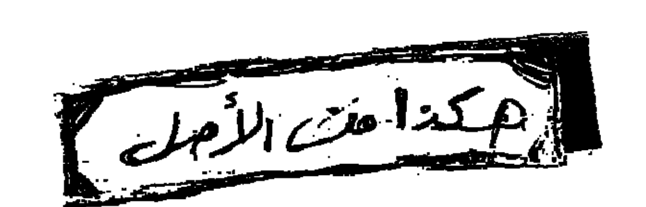
SDI: Heseltine sondiert in USA

gat. London

Großbritanniens Verteidigungsminister Michael Heseltine hält sich zu Sondierungsgesprächen über Beteiligungsmöglichkeiten der Briten am amerikanischen SDI-Projekt in Washington auf. Wie in London verlautet, sucht der Minister nach Antworten auf zwei Fragen: In welchen Bereichen der Strategischen Verteidigungs-Initiative könnten britische Forscher und Unternehmen mitarbeiten, und in welchem Umfang sind die Vereinigten Staaten bereit, das hierbei entwickelte Know-how nach Großbritannien zurückfließen zu lassen?

In Regierungskreisen und der Industrie hegt man eine gewisse Skepsis gegenüber dem Kooperationsangebot Washingtons. Man meint, es basiere lediglich auf politischer Rücksichtnahme, wissenschaftlich und technisch seien die USA in der Lage, das SDI-Projekt mit eigenen Kräften durchzuführen.

Für London sei das Vorhaben uninteressant, wenn britischen Forschern und Unternehmen lediglich die Rolle eines Zulieferers bleibe. Wegen seines Militärcharakters haben inzwischen mehrere Wissenschaftler und Institutionen ihre Mitarbeit von vornherein abgelehnt.



Fiskus kassiert mit

Stü. – Subventionen sind für die Nutznießer nicht immer die reine Freude. Da macht das in diesem Jahr eingeführte Existenzgründungssparen keine Ausnahme. Die Handwerkskammer Koblenz beklagt jetzt, daß der 20prozentige staatliche Zuschuß von maximal 10 000 Mark auf das angesparte Kapital versteuert werden muß. Tatsächlich hat der Finanzausschuß des Bundestages eine Steuerbefreiung nach dem Vorbild des Sparprämiengesetzes ausdrücklich abgelehnt. Doch streiten sich die Experten noch, wie die neue Wohltat aus Bonn steuerlich zu behandeln ist. Das von der Kammer angeführte Beispiel, in dem bei einer Doppelbelastung aus Einkommen- und Gewerbesteuer mit 70 Prozent vom maximal möglichen Zuschuß kümmerliche 3000 Mark verbleiben, markiert jedoch eher den Extremfall. Deshalb erscheint die Schlußfolgerung verfrüht, die erhoffte Wirkung auf die Kapitalbasis junger Unternehmen müsse verpuffen. Die Initiatoren des Programms trösten sich damit, daß bei echten Neugründungen in der Anlaufphase ohnehin Verluste anfallen. Und bei Übernahme eines ertragsstarken Betriebes halten sie es für vertretbar, daß der Fiskus von der Prämie etwas abkassiert.

Mögliche Unternehmer-in-spe könnte eine ganz andere Überlegung veranlasssen, ganz auf das Existenzgründungs-Sparen zu verzichten. Denn wer seine Gewohnheit, die Sparguthaben dem Finanzamt nicht übertrieben vollständig anzugeben, beibehalten will, mag befürchten, daß die Listen mit den Gründungssparern eines Tages zu den Finanzämtern wandern.

Protestvordruck

Wb. – „Dear President Reagan", so lautet die Anrede auf einer vorgedruckten Postkarte, die die Aktionäre des amerikanischen Lebensmittel- und Verbraucherprodukte-Konzerns Dart & Kraft in den Quartalsbericht ihres Unternehmens eingeheftet fanden. Der nachfolgende Text: „Ich dringe darauf, daß Sie jetzt etwas unternehmen, das Defizit zu stoppen. Alle Bereiche der Staatsausgaben müssen auf Kürzungsmöglichkeiten überprüft werden. Handeln Sie jetzt, um unsere Wirtschaft zu stützen – solange es noch Zeit ist!" Der Text auf drei weiteren Karten lautet gleich, allerdings einmal unter der Anrede „Dear Representative" und zweimal unter „Dear Senator". Daß Wirtschaftsführer Hauptversammlungen zu politischen Stellungnahmen benutzen, ist auch hierzulande nichts Ungewohntes. Die Aufforderung an die Aktionäre aber, sich – auch noch vorformuliert – politisch zu äußern, fällt doch ein wenig aus dem Rahmen des Üblichen. Wie besorgt müssen amerikanische Unternehmer sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen?

ENERGIEVERSORGUNG / Strompreisvergleich macht Unterschiede sichtbar

Überproportionale Steigerungen sind in Nordrhein-Westfalen zu erwarten

HEINZ HECK, Bonn

Den Stromverbrauchern in Nordrhein-Westfalen stehen schwere Zeiten bevor: Überproportionale Preiserhöhungen sind wegen der Umweltschutzmaßnahmen vor allem bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) zu beobachten, die ihren Strom aus Kohle erzeugen. „Dagegen wirkt sich der vermehrte Einsatz von Kernenergie zur Stromerzeugung preisdämpfend aus", heißt es im VEA-Bundes-Strompreisvergleich.

Der Bundesverband der Energieabnehmer (VEA) in Hannover erfaßt in seiner seit 1973 veröffentlichten Analyse für Sondervertragskunden 50 repräsentative EVU. Da praktisch alle nicht aufgeführten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der großen Verbund- und Regionalunternehmen sowie deren Weiterverteiler die gleichen Strompreise wie diese selbst anwenden, liegt der Repräsentationsgrad der Untersuchung bei über 90 Prozent.

In Nordrhein-Westfalen stehen über 80 Prozent der in der Bundesrepublik betriebenen Kohlekraftwerke. Die in der Großfeuerungsanlagenverordnung vorgeschriebenen Anforderungen für den Betrieb dieser Kraftwerke führen zu Milliardeninvestitionen, die sich in Preiserhöhungen niederschlagen. Zu den Entschwefelungsauflagen kommen ab 1988 die zur Entstickung noch hinzu.

Zahlreiche EVU mit einem hohen Kernenergieanteil haben ihre Preise nicht angehoben. Dadurch bleibt der Untersuchung zufolge der mittlere Strompreisanstieg für Sondervertragskunden binnen Jahresfrist (1. Juli) auf 1,3 Prozent beschränkt. Lediglich 13 der 50 am Vergleich beteiligten EVU haben ihre Preise zwischen 2,0 (Stadtwerke Mainz) und 8,0 Prozent (Elektromark Hagen) erhöht. 36 EVU hielten die Preise konstant und eins (EWE Oldenburg) hat sie sogar um 2,5 Prozent gesenkt.

Der Preisfächer hat sich im letzten Jahr in der Breite kaum verändert: Der Preisunterschied zwischen dem nach diesem Vergleich billigsten (Lech EW Augsburg) und dem teuersten EVU (HEW Hamburg) beträgt 29,5 Prozent. Wenn man die Vergleichsgrundlage verbreitert und die zehn billigsten (arithmetisches Mittel) zugrunde legt, liegen die Preise der zehn teuersten EVU immer noch um 17,4 Prozent darüber.

Die Auswirkungen der Umweltschutzinvestitionen auf die Preisbildung werden vor allem am Beispiel des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) deutlich, das durch den Einsatz der billigen Braunkohle bisher bei den Preisen gut abschnitt, jetzt aber mit erheblichen Kostensteigerungen rechnen muß. Dazu folgendes Zitat: „Das RWE Essen mit seinen Weiterverteilern, das bislang stets zu den preisgünstigsten EVU im Bundesgebiet zählte, ist durch die Preiserhöhung zum 1. Juli 1985 um durchschnittlich 7,5 Prozent sowie aufgrund der für die kommenden Jahre angekündigten weiteren Erhöhungen auf dem besten Wege, die Gruppe der zehn preisgünstigsten EVU zu verlassen."

Den VEA-Angaben zufolge sind dies nunmehr die zehn preisgünstigsten EVU: Lech EW Augsburg, Stadtwerke Duisburg, HEAG Darmstadt, AÜW Kempten, EMR Herford, Pesag Paderborn, Stadtwerke Düsseldorf sowie Stadtwerke Frankfurt und ÜZH Helmstedt gemeinsam auf Platz 8, RWE Essen und Hastra Hannover gemeinsam auf Platz 9 sowie OBAG Regensburg. Das RWE ist seit dem letzten Vergleich (1. Januar 1985) von Platz 3 auf Platz 9 zurückgefallen.

Die zehn teuersten Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind laut VEA-Vergleich: HEW Hamburg, BEWAG Berlin, Badenwerk Karlsruhe, Elektromark Hagen, ÜNH Bremen, TWS Stuttgart, EVS Stuttgart, Stadtwerke Lübeck, KW Laufenburg und Stadtwerke Kiel.

Wie berichtet, verschiebt sich mit diesen Preisveränderungen einzelner EVU auch das Strompreisniveau der Bundesländer. So ist vor allem in den revierfernen Ländern Bayern und Niedersachsen, die im vergangenen Jahrzehnt die Kernenergie massiv ausgebaut haben, eine deutliche Preisberuhigung eingetreten: Bayern hat bereits drei Jahre Preisstabilität; Niedersachsen erwartet für rund 90 Prozent des Absatzes einschließlich 1986 sogar vier Jahre lang stabile Strompreise.

DEVISENMÄRKTE

Lira notiert stabil, Dollar erzielt leichte Gewinne

DW. Frankfurt/Bonn

Am ersten Geschäftstag nach der Abwertung der italienischen Lira hat gestern der Kurs des amerikanischen Dollar gegenüber fast allen Währungen angezogen. Allerdings konnte der Dollar die Anfangsgewinne nicht behaupten. Nach einer Eröffnung in Frankfurt bei 2,9100/10 Mark wurde der Mittelkurs in Frankfurt mit 2,8856 nach 2,8703 Mark am letzten Freitag festgestellt.

Der amtliche Kurs der Lira wurde mit 1,4950 Mark je 1000 Lire festgestellt. Nach Schließung der Devisenbörse in Mailand am Freitag war der Kurs auf rund 1,30 Mark gefallen, wobei allerdings keine Umsätze mehr getätigt wurden. Die Deutsche Bundesbank hat den Leitkurs der D-Mark gegenüber der Lira auf 1,47205 Mark je 1000 Lire neu festgesetzt. Bisher hatte dieser 1,59733 DM betragen. Der obere Interventionspunkt beträgt nach Angaben der Bundesbank 1,5630 (bisher: 1,6960) Mark und der untere 1,3865 (1,5040) DM. Der Mittelkurs der Lira lag also, was unmitttelbar nach Abwertungen üblich ist, näher am oberen als am unteren Interventionskurs. In Mailand kostete die D-Mark 668,70 Lire. Hier hatten die Kurse in der vergangenen Woche noch 664,70 Lire am Freitag und 647 Lire am Donnerstag betragen.

Das Bundesfinanzministerium erklärte zur Lira-Abwertung, durch die Maßnahme werde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte nach Italien mit einem Anteil von rund acht Prozent an den gesamten Ausfuhren nicht beeinträchtigt, da die Preise und Kosten in der Bundesrepublik in den letzten Jahren stabiler geworden seien. Außerdem verbillige sich für deutsche Urlauber in Italien der Lira-Kauf. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) begrüßte die „schnelle und geräuschlose Einigung". Verfahren und Inhalt der Entscheidung stellten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des EWS dar.

Nach Auffassung der deutschen Industrie war die Kursneufestsetzung angesichts des Inflationstempos in Italien und der Inflationsdifferenzen im EWS überfällig. Es zeige sich erneut, daß von einer „Zone der Geldwertstabilität" auch nach sechs Jahren EWS immer noch nicht die Rede sein könne, meinte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einer Pressemitteilung. „Entschlossenheit und Geschmeidigkeit" der währungspolitischen Maßnahmen könnten nicht über die wirtschafts- und stabilitätspolitischen Differenzen hinwegtäuschen. „Den Preis verzögerter Anpassungen zahlten Unternehmen und Verbraucher der stabilitätsbewußten Länder."

Die Regierung in Rom unterstreicht den positiven Aspekt der Abwertung für die italienische Exportwirtschaft. Die Industrie hingegen beurteilt diese Aussichten eher skeptisch. Die Regierung habe nicht deutlich genug Sparakzente im Inland gesetzt, um die Firmen von Kosten zu entlasten, meinten Sprecher der Industrie. Der auslösende Faktor des „schwarzen Freitag" für die Lira, die plötzlichen hohen Dollar-Einkäufe des staatlichen Energiekonzerns ENI, wird nach Angaben aus Regierungskreisen eine Sitzung des römischen Parlaments nach sich ziehen.

Silberstreif für Laster

Von WERNER NEITZEL

Die von konjunkturellen Fehlzündungen begleitete Schleuderfahrt der deutschen Nutzfahrzeug-Produktion, die sich über einen Zeitraum von vier Jahren erstreckte, scheint beendet zu sein. Jedenfalls geht man von Herstellerseite davon aus, daß sich die Konjunkturlage im Lkw-Sektor auf niedrigem Niveau gefangen hat. Im Inland zeichne sich ein freundlicheres Absatzklima ab, signalisiert der Verband.

Während die Weltproduktion von Nutzkraftwagen im vergangenen Jahr um gut 13 Prozent auf mehr als elf Millionen Einheiten hochfuhr, wozu Nordamerika (plus 32 Prozent auf vier Millionen Fahrzeuge) und Japan (plus zehn Prozent auf 4,4 Millionen Fahrzeuge) kräftig beisteuerten, schaltete man in Westeuropa zurück. Hier sank die Produktion um acht Prozent auf 1,3 Millionen Nutzkraftwagen. Auch in der Bundesrepublik verringerte sich die Zahl der produzierten Nutzfahrzeuge um acht Prozent auf 255 000 Einheiten. Das bedeutet, bezogen auf den Zeitraum der letzten vier Jahre, eine Drosselung um 100 000 Fahrzeuge.

Die Ursachen für diese äußerst negative Entwicklung sind vielfältig. Da ist zunächst einmal die Marktschwäche im Inland. Nachdem es – ausgelöst durch die staatliche Investitionszulage – in 1983 zu einer gewissen Nachfragebelebung nach Lastern gekommen war, folgte auf dieses „Strohfeuer" prompt das befürchtete Loch in der Auftragsdecke. Die Neuzulassungen sackten im zurückliegenden Jahr wiederum um etwa zehn Prozent ab. Da seit 1980 zusätzlich auch noch die Exportzahlen permanent schrumpfen, konnte beides zusammen nur auf eine deutlich niedrigere Gangart in der Produktion hinauslaufen.

Ausschlaggebend für Brummis Binnenmarktschwäche im vergangenen Jahr war und ist teilweise noch immer, daß der allgemeine konjunkturelle Aufschwung wichtige Abnehmergruppen noch nicht entsprechend erfaßt hat. Dies trifft vor allem auf die Bauindustrie zu, die neben der Nahrungs- und Genußmittel-Branche, bezogen auf die Transportmengen, zu den wichtigsten Nutzfahrzeug-Zielgruppen gehört. Man muß sich einmal vorstellen, daß in „normalen" Jahren die Bauwirtschaft rund ein Drittel der Transportmengen „bewegt", um zu ermessen, wie nachhaltig sich die bekannt miserable Lage der Baubranche in den Auftragsbüchern der Nutzfahrzeug-Hersteller niederschlägt. Überdies ist ganz allgemein auch eine Wanderungsbewegung hin zu leichteren Fahrzeugen und Transportern zu registrieren.

Üppige Bestellungen an Lastwagen von seiten der Ölländer gehören längst der Vergangenheit an. Diese haben lernen müssen, mit einem wesentlich spärlicher fließenden Geldquell zu haushalten. Die Devisenknappheit der Länder der Dritten Welt, die eigentlich einen großen Bedarf für Transportmaterial hätten, setzt ebenso Grenzen.

Ihre Chancen, auf den Auslandsmärkten mit eigenen Montagefabriken Bastionen aufzubauen, oder – was ein regelrechter Trend ist – mit Lizenzproduktionen und Teilelieferungen, die vor Ort mit aus dem jeweiligen Lande stammenden Komponenten zu Fahrzeugen komplettiert werden, nutzen die westeuropäischen Hersteller mit teilweise beachtlichem Erfolg. So gesehen täuschen die reinen Exportzahlen etwas über die wahre Position hinweg.

Seit 1960 hat sich in Westeuropa die Zahl der Nutzfahrzeug-Hersteller von 50 auf 20 verringert. Nach wie vor krebst der Großteil dieser Branche, obwohl kräftig um- und restrukturiert wurde, in roten Zahlen herum. Die vorhandenen Kapazitäten übersteigen die Nachfrage bei weitem. Der Kampf um den Kunden mit Rabatten und Konditionen unterstreicht dies nachdrücklich. Ein noch engeres Zusammenrücken (soweit dies von den Wettbewerbshütern gestattet wird) und Kooperationen scheinen programmiert zu sein.

Unter diesem Aspekt fällt der Blick einmal mehr auf durch unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen hervorgerufene Verzerrungen in der europäischen Transport-Szene. Hier ist eine Harmonisierung ebenso dringlich, wie es wichtig wäre, sachlich und ohne schädliches Getöse Bestimmungen für einen umweltfreundlichen Lkw auf europäischer Ebene durchzusetzen. Eine Verunsicherung ihrer Käufer könnte die Nutzfahrzeug-Branche kaum überstehen, ohne schweren Schaden zu nehmen.

AUF EIN WORT

„Die überzogenen Umweltschutzauflagen verunsichern am Wärmemarkt nicht nur umstellungsbereite Energieverbraucher, sondern liefern den Städten und Gemeinden auch den Vorwand für die Durchsetzung eigener Interessen beim Gasabsatz. Die Auflagen, in Neubaugebieten nur Gas einzusetzen, und Verbrennungsverbote für andere Brennstoffe sind für die Kohle echte Diskriminierungen."

Dr.-Ing. Rudolf Lenhartz, Vorsitzender des Vorstandes der Saarbergwerke AG, Saarbrücken.
FOTO: FERDI HARTUNG

Niedersachsen wiederholt Angebot

dpa/VWD, Hannover

Niedersachsen hat sein Angebot an das Land Bremen bekräftigt, sich an einer Fangunion mit Sitz in Cuxhaven zu beteiligen. Im Zusammenhang mit dem Streit um den Standort der Fangunion hat Hedda Meseke, Staatssekretärin im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, gestern für ein besseres Gesprächsklima mit den Hansestädtern plädiert, die an dem Standort Bremerhaven festhalten. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten würden zu einer Einigung mit Bremen führen.

OPEC-KONFERENZ

Yamani: Mindere Qualitäten sollen billiger werden

dpa/VWD, Genf

Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) wird auf ihrer Tagung in Genf nicht über die Förderquoten für die 13 Mitgliedsländer beraten. Die Konferenz beschloß nach Angaben ihres Vorsitzenden, des indonesischen Energieministers Subroto, stattdessen die Frage der Preisunterschiede je nach den Ölqualitäten zu behandeln. Über die Förderquoten soll beim nächsten außerordentlichen Treffen der Opec gesprochen werden, für das noch kein Termin oder Tagungsort festgelegt wurde.

Subroto wies in seiner Eröffnungsrede Berichte zurück, das Kartell wolle angesichts der Aktionen einiger Ölförderländer, die nicht der Opec angehören, seine Preise senken. „Wir sind nicht mit dem Ziel hier, die Preise zu senken oder die Produktion zu reduzieren. Wir sind hier, um Maßnahmen einzuleiten, die uns ermöglichen, wieder die Kontrolle des Marktes zu übernehmen."

Ahmed Yamani, der Erdölminister von Saudi-Arabien, hatte darauf gedrungen, daß die „differentials", die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Ölsorten, neu festgesetzt werden. Der Preisunterschied zwischen den verschiedenen Sorten müsse vergrößert und der Preis für Öl minderer Qualität gesenkt werden, damit diese mindere Qualität konkurrenzfähiger werde, meinte er.

Yamani nannte als wichtigstes Thema der Genfer Sitzung neben der Preisdifferenzierung die innere Disziplin der Organisation. Die Eröffnungssitzung hatte zwei Stunden gedauert und war hauptsächlich der Tagesordnung gewidmet. Am Montag war noch offen, wie lange die Konferenz dauern wird.

GÜTERVERKEHR

Nachfrage nach Leistungen des Transports bleibt lebhaft

ews, Bonn

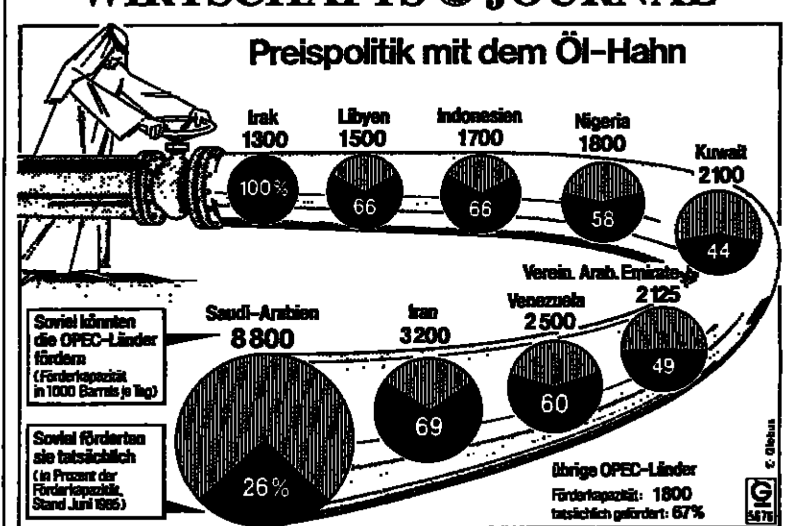
Der Güterverkehr profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung des ersten Quartals 1985 in der Bundesrepublik, so daß auch die Nachfrage nach Transportleistungen in den letzten Monaten weiterhin lebhaft blieb. Dies stellte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München in einer Studie fest, die von Alfred Bayer, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, in Bonn vorgelegt wurde.

Mit einem Wachstum von rund 3,5 Prozent verzeichnet der Straßengüterverkehr in diesem Jahr, verglichen mit dem gesamten Verkehrsmarkt, eine überdurchschnittlich gute Entwicklung. Besonders stark ist dabei das Ergebnis des grenzüberschreitenden Verkehrs gestiegen. Für den gewerblichen Straßengüterverkehr prognostiziert Ifo sogar noch eine Verstärkung der Wachstumsdynamik.

Ein Transportplus von jeweils rund drei Prozent erwarten die Wirtschaftsforscher für die Eisenbahnen und die Binnenschiffahrt. Der Deutschen Bundesbahn wird dabei ein stärkerer Zuwachs als den nichtbundeseigenen Bahnen vorausgesagt. Die Binnenschiffahrt erhält ihre Impulse besonders von der Land- und Forstwirtschaft sowie vom Chemiesektor, heißt es bei Ifo weiter.

Gut sind die Aussichten auch für die Hafenwirtschaft, der Güterumschlag in den 13 größten deutschen Seehäfen wuchs im ersten Quartal um mehr als fünf Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Der Luftverkehr entwickelt sich weiter dynamisch, während im öffentlichen Personennahverkehr die Beförderungszahlen stagnieren. Begründet wird dies auch mit sinkenden Schülerzahlen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) muß den Ölhahn weiter drosseln. Nur die Hälfte ihrer Fördermöglichkeiten konnte die Opec im Juni 1985 auf den Weltmärkten absetzen. Die größte Last dieser Mengenanpassung hat bisher Saudi-Arabien, das ölreichste Land, zu tragen. Die Ölscheichs aus Riad nutzen gegenwärtig nur ein Viertel ihrer Kapazitäten.
QUELLE: GLOBUS

Dresdner Bank an der Tokioter Börse

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Aktien der Dresdner Bank AG, Frankfurt, sollen künftig auch an der Börse in Tokio gehandelt werden. Das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut hat einen Antrag auf Zulassung seiner Aktien in Tokio gestellt. Die Dresdner wäre damit die erste deutsche Aktiengesellschaft, deren Anteile in Japan amtlich notiert würden. Mit dem Schritt nach Fernost soll das Anlegerpotential für die deutsche Großbank sowie die allgemeine Geschäftsbasis in Japan gestärkt werden, hatte der Vorstandschef der Dresdner Bank, Wolfgang Röller, auf der letzten Hauptversammlung angekündigt.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) paßt ihre Konditionen für Kredite zur Exportfinanzierung, für Investitionen und Umweltschutzprojekte der rückläufigen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt an. Wie das Institut gestern mitteilte, gelten für Exportfinanzierungskredite mit einem Auftragswert bis zu 125 Mill. DM vom 15. Juli an 7,83 Prozent pro Jahr gegenüber 8,06 Prozent bisher. Weiter werden die Konditionen für Investitionskreditprogramme für kleine und mittlere Unternehmen um 0,25 Prozent verbessert, so daß der Zins für Neuzusagen 6,25 Prozent beträgt. Für KfW-Mittel zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten und zur Sanierung von Gemeinden werden künftig 5,75 Prozent verlangt.

Frist im Stahlstreit

Brüssel (VWD) – Die USA haben in den Stahlverhandlungen mit der EG, die am Samstag auf Beamten-Ebene gescheitert sind, eine neue ultimative Frist gesetzt: Falls die Gemeinschaft bis Ende Juli nicht in eine Beschränkung ihrer Ausfuhren bei 17 „Konsultationsprodukten" einwilligt, werde Washington zum 1. August „einseitige Importbeschränkungen" beschließen, verlautete aus EG-Kreisen.

Bankpleiten in USA

Washington (VWD) – Der Zusammenbruch von zwei kleine Banken in Colorado und Missouri hat die Zahl der Bankpleiten in den USA auf 59 in diesem Jahr erhöht. Die Kiplin County Bank in Colorado wurde gestern bereits wieder als Tochter der First Interstate Bank of Golden wiedereröffnet. Ihre Einlagen von 3,7 Mill. Dollar werden von First Interstate garantiert, die auch die Kredite und Vermögenswerte der Bank übernommen hat. Die am vergangenen Freitag geschlossene Linn County State Bank ist bereits am Samstag als United Missouri Bank of Linn County wiedereröffnet worden.

Höhere Ölrechnung

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Einfuhr von Rohöl ist im 1. Halbjahr 1985 gegenüber den ersten sechs Monaten 1984 um 4,7 Prozent auf 33,2 Mill. Tonnen zurückgegangen. Da die Importpreise für jede gelieferte Tonne im gleichen Zeitraum jedoch um 10,6 Prozent zunahmen, fiel die Rohölrechnung für die Bundesrepublik mit 22,2 Mrd. DM um 5,4 Prozent höher aus als im vergangenen Jahr. Dies geht aus den vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, hervor. Der Durchschnittspreis für die Tonne Rohöl lag im Juni dieses Jahres mit 633,92 DM noch um 3,4 Prozent höher als im Juni 1984.

Liberalisierung geplant

Seoul (VWD) – Im Rahmen ihres Programms zur Öffnung der Kapitalmärkte will die Regierung von Südkorea ausländischen Versicherungsgesellschaften den Zugang ermöglichen. Das berichtet „Korea Herald" unter Berufung auf Finanzminister Kim Mahnje. Die Regierung bereite die Liberalisierung der koreanischen Versicherungsmärkte vor, der einen schrittweisen Zugang ausländischer Gesellschaften ermögliche.

Kuba hat umgeschuldet

Paris (dpa/VWD) – Die zehn wichtigsten westlichen Gläubigerländer Kubas haben eine Umschuldung der 1985 fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen Havanas akzeptiert. Die Umschuldung betrifft von den Regierungen garantierte Kredite. Diese in einer Sitzung des „Pariser Clubs" erfolgte Grundsatzeinigung wurde in Paris offiziell mitgeteilt. Nach Schätzungen betragen die Westschulden Kubas 3,4 Mrd. Dollar.

DAUEREMISSIONEN DES BUNDES

Zinsen wurden zum zweiten Mal in zwei Wochen gesenkt

DW. Bonn

Entsprechend dem Trend am Rentenmarkt, wo die Umlaufrendite öffentlicher Anleihen mit 6,63 Prozent den tiefsten Stand seit mehr als sechs Jahren erreichte, hat der Bund die Renditen für Bundesobligationen, Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze weiter gesenkt.

Von heute an werden neue Bundesobligationen (Serie 56/1985) mit einem Zins von 6,50 Prozent und einem Verkaufskurs von 99,8 Prozent ausgegeben. Die Rendite der am 20. Juli 1990 fälligen Papiere sinkt damit geringfügig von 6,56 auf 6,55 Prozent.

Von heute an werden auch die Verkaufszinssätze und Renditen der Finanzierungsschätze des Bundes herabgesetzt. Für die einjährigen Papiere ermäßigt sich die Rendite von 5,10 auf 4,9 Prozent, für die zweijährigen von 5,85 auf 5,7 Prozent. Zuletzt hatte der Bund die Zinsen für diese Papiere am 10. Juli herabgesetzt.

Gleichzeitig werden neue Bundesschatzbriefe (Ausgaben 1985/9 und 1985/10) mit Endrenditen von 6,34 (bisher: 6,60) Prozent für Typ A (sechs Jahre Laufzeit und jährliche Zinsauszahlung) und 6,74 (6,96) Prozent für Typ B (sieben Jahre Laufzeit mit Zinsansammlung) angeboten.

Für die einzelnen Jahre ergeben sich für die neue Serie folgende Zinssätze (in Klammern Renditen):

Typ A: 1. Jahr 4,5 (4,5), 2. Jahr 6,0 (5,23), 3. Jahr 6,25 (5,55), 4. Jahr 6,5 (5,77), 5. Jahr 7,00 (5,99), 6. Jahr 8,5 (6,34) Prozent.

Bei Typ B ergibt sich folgende Zins- und Renditenstaffel: 1. Jahr 4,5 (4,5), 2. Jahr 6,0 (5,25), 3. Jahr 6,25 (5,58), 4. Jahr 6,5 (5,81), 5. Jahr 7,0 (6,05), 6. Jahr 8,5 (6,45), 7. Jahr 8,5 (6,74) Prozent.

MEDIZIN / Die Bremer Handelskrankenkasse startet eine Fragebogenaktion

Patienten sollen Ärzte kontrollieren

OLIVER SCHUMACHER, Bremen

7000 Mitgliedern der Bremer Handelskrankenkasse (hkk) flatterte Anfang Juli ein Fragebogen in den Briefkasten. Auf rosarotem Papier forderte die hkk-Geschäftsleitung zehn Prozent ihrer Versicherten auf, sich an einem Versuch für mehr „Transparenz bei der Leistungsabgabe an Ärzte" zu beteiligen. Die Patienten sollen nachprüfen helfen, ob die abgerechneten Leistungen des Arztes auch tatsächlich erbracht worden sind.

Die Angestelltenkrankenkasse will mit der vorerst auf ein Jahr beschränkten Aktion der Kostenexplosion in ihrem Etat Einhalt gebieten. So verzeichnete die hkk in den letzten Jahren besonders bei den Behandlungskosten für Ärzte empfindliche Steigerungsraten. Die Idee der Patientenbefragung stellt die hkk-Geschäftsleitung jedoch nicht als verwaltungsinternes Pilotprojekt dar. Vielmehr verweist hkk-Geschäftsführer Gustav Figge auf die Stimmung bei den Versicherten. Aus Angst vor steigenden Beitragssätzen hätten viele ihre aktive Mitarbeit bei der Kontrolle von Arztkosten angeboten.

Damit der Eifer vieler Patienten nicht ins Leere stößt, hat die hkk ihren freiwilligen Kontrolleuren genaue Verhaltensregeln an die Hand gegeben. So sollen alle ärztlichen Leistungen schriftlich festgehalten werden. Möglichst noch am gleichen Tag. Ob telefonische Beratung, Urinabgabe oder Rezeptbestellung: Nichts soll nach dem Willen der hkk-Verantwortlichen am Ende bei der Auswertung fehlen. Falls sich einige Adressaten für diese Aufgabe intellektuell überfordert fühlen, legt das hkk-Rundschreiben dezent nahe, „den Umschlag wieder in den Papierkorb zu werfen."

Die Bremer Ärzteschaft verfolgt den Aufstand der hkk derweil mit gemischten Gefühlen. Dr. Jochen Zimmermann, Vorsitzender der kassenärztlichen Vereinigung in der Hansestadt, ermutigt gar die griffelspitzenden Patienten, die Fragen zu beantworten. Ebenfalls positiv äußert sich Werner Arens, Geschäftsführer der Bremer Ärzteschaft.

Aus diesem unerwarteten Reigen der Zustimmung schert lediglich der Landesverband des Hartmannbundes aus. Seine Landesversammlung übte massive Kritik an der Fragebogenaktion, die „das unabdingbare Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient empfindlich störe." Ob dieser massive Vorwurf zutrifft, bleibt ebenso bis zum Ende des Versuchs abzuwarten wie der hkk-Anspruch, Kosten zu dämpfen. Walter Arens' Befürchtung ist jedenfalls nicht unbegründet. „Hoffentlich ist der bürokratische Aufwand nachher nicht höher als die angestrebten Einsparungen."

WAGNISFINANZIERUNG

Ausfallquote wurde gesenkt

dpa/VWD, Frankfurt

Der deutsche Markt für Wagnisfinanzierung befindet sich noch in der Anfangsphase. In der Bundesrepublik, wo inzwischen etwa 20 Wagnisfinanzierungs-Gesellschaften über ein Beteiligungskapital von rund 700 Mill. DM verfügen, wird auf absehbare Zeit ein Beteiligungsvolumen von 100 Mill. DM pro Jahr wohl kaum überschritten, erklärte Karl-Heinz Fanselow, Geschäftsführer der WfG Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH, Frankfurt. Die Gesellschaft wird ausschließlich von Banken getragen. Diesem Mittelaufkommen der Gesellschaften stehen bislang noch keine große Anlageerfolge gegenüber. So konnte die WfG bisher nur zwei ihrer Beteiligungsunternehmen mit an die Börse begleiten.

Die Ausfallquote, die bei der 1979 gegründeten „alten" WfG in der Anfangsphase bei über 40 Prozent gelegen hatte, ist nach Fanselows Angaben jetzt wesentlich niedriger. Das neue Konzept, bei dem die WfG mit Gewinnmaximierung das eigene Risiko minimieren will, sieht eine Streuung der Beteiligungen über den Bereich der Hochtechnologie hinaus vor. Wichtigstes Kriterium für die Beurteilung von Anträgen ist für die WfG die Qualität des Managements.

SCHULDENKRISE / Die US-Banken haben nur eine ungenügende Vorsorge für mögliche Verluste getroffen

Die Überwachung der Geldinstitute wird schärfer

H.-A. SIEBERT, Washington

In der Diskussion über die Stabilität der Finanzsysteme erklären Insider immer wieder, daß deutsche Banken weniger verwundbar seien als amerikanische Institute. Als Grund wird die in der Bundesrepublik nach der Schuldenkrise vorgenommene umfangreiche Risikovorsorge genannt, denen die US-Banken möglichst aus dem Wege gegangen sind, *um ihre Aktionäre nicht* durch gekürzte Gewinne und Dividenden-Ausschüttungen zu erschrecken. Als Handicap erwiesen sich auch die unterschiedlichen Bilanzierungsvorschriften.

Daß an dieser These kaum zu deuteln ist, haben in den letzten Tagen die BankAmerica und die First Chicago Corp. demonstriert. BankAmerica, die Nummer zwei im US-Bankgewerbe, *verlor im zweiten Quartal* 1985 rund 338 Mill. Dollar oder umgerechnet 1,1 Mrd. Mark. Es war das höchste Minus in der Bankengeschichte der *Vereinigten Staaten nach den* 1,2 Mrd. Dollar, über die im vergangenen Sommer die Continental Illinois Corp. stolperte.

Die First Chicago kam mit einem blauen Auge davon. Das aber nur, weil sie auf Steuergutschriften in Höhe von 21,9 Mill. Dollar zurückgreifen konnte. *Ebenfalls* im zweiten Quartal schrumpfte ihr Gewinn um 80,9 Prozent auf 10,1 Mill. Dollar. Ohne die Hilfe des Fiskus hätte der Verlust immerhin 11,8 Mill. Dollar betragen. Den Aderlaß verursachte die brasilianische Niederlassung. Um deren rote Zahlen auszugleichen, mußte die First Chicago, die schon 1984 mit einem Verlust von 71,8 Mill. Dollar nach Steuern im dritten Quartal ins Gerede gekommen war, eine Spezialreserve von 115 Mill. Dollar bilden.

In dieser Situation – in den USA sind in diesem Jahr bereits mehr als 50 Banken geschlossen oder übernommen worden – ist die im Federal Reserve Board wachsende Nervosität verständlich. So hat sein Vorsitzender, Paul Volcker, jetzt im Kongreß gefordert, daß die Banken Ausleihungen mit höherem Risiko durch höhere Rückstellungen abdecken. Er versteht darunter Forderungen wie Standby-Akkreditive und bestimmte Kreditverkäufe, die nicht in den Bilanzen erscheinen.

Diese Art Geschäfte, die auch erst durch die weitreichende Entbürokratisierung ermöglicht wurden, sind in Amerika geradezu explodiert. Nach *Kalkulationen der Notenbank reicht* die erst im letzten Jahr durchgesetzte Anhebung des Eigenkapitals auf 5,5 Prozent der Bilanzsumme schon nicht mehr aus, um diese neuen Risiken abzusichern. Immer notwendiger wird ein differenziertes Regelwerk.

Auch dagegen laufen die Banken Sturm, an der Spitze die Money Center Banks *und die großen Regional*banken. Sie sind gegen eine Verkoppelung des Eigenkapitals mit dem Risiko, weil es nach ihrer Ansicht die Kapitalbeschaffung erschwert und die Formel leicht auf Problemkredite, eine zu starke Ausleihkonzentration und schlechtes Management angewendet werden könnte. Hinter Volcker stehen jedoch die anderen Aufsichtsbehörden.

Volckers neuer Vorstoß zeigt deutlich, wie sehr sich in den USA der Wind gedreht hat. Die Banken sind nicht mehr sich selbst überlassen. Die Überwachung ist so scharf wie nie zuvor. Es sind auch die Inspekteure des Comptroller of the Currency, eine Abteilung des US-Finanzministeriums, gewesen, die in den Büchern der BankAmerica und der First Chicago Fehler entdeckten und die Korrekturen *erzwangen*. Was sich ihnen offenbarte, bleibt allerdings für immer ein Geheimnis. Der Schock, ausgelöst von Penn Square, Continental *Illinois und Seafirst, war heilsam.* Worauf die Aufsichtsbehörden dringen, sind die noch schnellere Abschreibung fauler Kredite und ausreichende Reserven.

Der Fehler der BankAmerica war es, sich in den 70er Jahren zu sehr auf das Hypothekengeschäft mit festen Zinsen zu verlassen. Als verlustreich erwies sich zudem das starke Engagement in der Bau- und Landwirtschaft sowie in Lateinamerika. Noch 1984 saß die Bank auf 55 Mrd. Dollar Kreditzusagen – doppelt soviel wie irgendeine andere US-Bank. Enorme Abschreibungen von jeweils mehr als 200 Mill. Dollar im Quartal führten zu Kapitalengpässen mit dem Erfolg, daß sich die Bilanzsumme von 1982 bis 1984 von 122,4 auf 117,7 Mrd. Dollar reduzierte.

Im Gegensatz zur BankAmerica, wo die Problemkredite eher zunehmen, hat die First Chicago ihre faulen Ausleihungen seit Jahresfrist von 918 auf 721 Mill. Dollar abgebaut. Das sind nur 2,8 Prozent des Kreditportefeuilles. Aber die Verluste konzentrierten sich auf nur zehn Großkredite. Nur wenn dort etwas passiert, könnte eine Liquiditätskrise drohen, zumal da das breite Filialnetz, wie BankAmerica es besitzt, fehlt. Bei beiden Instituten liegt die Rendite weit unter dem Branchendurch*schnitt. Die Konsolidierung ist teuer,* und in beiden Fällen tragen einen großen Teil der Schuld die Vorgänger. Der eine heißt A. W. Clausen und ist Präsident der Weltbank.

WELTSCHIFFAHRT / Keine Impulse für eine Belebung

Helfen nur noch Wunder?

WILHELM FURLER, London

Die Krise, in der die Weltschiffahrt praktisch seit dem Ölpreisschock, also seit Mitte der siebziger Jahre, steckt, spitzt sich nach einem kurzen Zwischenhoch wieder bedenklich zu. Dem jünsten Lagebericht des Londoner Schiffbrokers Denholm Coates zufolge können „nur noch Wunder helfen", den „leblosen" Schiffahrtsmärkten in absehbarer Zeit wieder Impulse zu geben.

Nicht nur die Tankerfahrt ist wieder einmal auf einem Tiefstand angelangt, sondern auch die trockene Massengutfahrt steckt in einer Krise wie seit Jahren nicht mehr. So sind die Frachtraten für den Transport von Getreide aus den USA in der vergangenen Woche auf *ihr niedrigstes* Niveau seit mehr als sieben Jahren gefallen. Für Getreide von der US-Golfküste nach Europa werden im Moment nur sechs Dollar je Tonne gezahlt, Ende letzten Jahres lag die Rate noch bei gut 10 Dollar. Mit ein Grund dafür ist die relativ gute Getreideernte der Sowjetunion im vergangenen Jahr. In den vier bis fünf Jahren zuvor mußte die UdSSR größere Getreidemengen aus den USA, Kanada und Argentinien importieren, stellt Denholm Coates fest.

Dessen Beobachtungen zufolge steigt die Rate, mit der auch Frachter für trockenes Massengut (bulk carriers) der kleineren bis mittleren Größe (zwischen 20 000 und 75 000 Tonnen Tragfähigkeit) beschäftigungslos aufgelegt werden, immer rascher. Etliche andere Massengutfrachter würden „irgendwo herumdümpeln" und auf Ladung warten.

Auch in der Tankerfahrt sieht es trostlos aus, wie Richard Kannah, Schiffahrtsexperte des Londoner Brokerhauses Phillips & Drew, gegenüber der WELT betonte. Die Tankerraten betragen im Augenblick gerade ein Drittel dessen, was noch Anfang 1980 bezahlt worden war. Im Juni lag der Tankerraten-Durchschnitt bei knapp unter Worldscale (WS) 50. Im Januar waren es noch mehr als WS 60 und im letzten Juni WS 70.

Entsprechend sind Kannah zufolge heute 25 Prozent der Welt-Tankerflotte beschäftigungslos aufgelegt. Das heißt, daß Tanker mit zusammen 64 Mill. Tonnen Tragfähigkeit vor ihren Ketten rosten. Dies ist die Folge eines empfindlichen Rückgangs des seewärtigen Welthandels mit Öl: 1980 schrumpfte er um 10 Prozent, 1981 um 9, 1982 um 11 und 1983 um 4 Prozent, bevor es 1984 zu einem geringfügigen Plus um 1 Prozent kam. Doch schon für dieses Jahr wird wieder mit einem Rückgang um mindestens 2 Prozent gerechnet.

Kaum Aussicht auf Dividende

dpa/VWD, Gütersloh

Die Aktionäre der Westag und Getalit AG, Rheda-Wiedenbrück, werden wohl auch für das Geschäftsjahr 1985 auf eine Ausschüttung verzichten müssen, erklärte der Vorstand im Geschäftsbericht für 1984. Wegen einiger Unwägbarkeiten lasse sich für das Gesamtergebnis keine verläßliche Vorhersage treffen. In den ersten vier Monaten ging der Absatz des stark vom Bau- und Möbelmarkt abhängigen Unternehmens um rund 3,5 Prozent zurück. Auch die Umsatzentwicklung war rückläufig.

1984 verzeichnete die Gesellschaft 3,7 (8,7) Prozent Umsatzplus auf 123,1 Mill. DM. Vom Geschäftsvolumen entfielen rund 17 Prozent auf den Export. Die Konzernaußenumsatzerlöse (AG und zwei Töchter) wuchsen um 3,3 (7,9) Prozent auf 139,2 Mill DM. Die Ertragsrechnung schließt mit 0,28 Mill. DM Jahresfehlbetrag nach 0,97 Mill. DM Überschuß. In Sachanlagen sind 7,91 (3,62) Mill. DM investiert worden, sie betreffen vor allem Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen. Rund 5 Mill. DM Investitionen sind 1985 geplant.

GROSSBRITANNIEN – JAPAN / Börsenzulassung

Lizenzen auf Gegenseitigkeit

WILHELM FURLER, London

Der Streit zwischen London und Tokio über die Zulassung von Instituten der beiden Länder zum jeweiligen Wertpapierhandel spitzt sich zu. Hinter der Auseinandersetzung steckt die Weigerung des japanischen Finanzministeriums, den Antrag der britischen Merchant Bank Kleinwort Benson auf Zulassung zum Wertpapierhandel in Tokio normal abzuwickeln.

*Die Behörden in Tokio setzen die*sen Hebel an, um ihrerseits Druck auf London auszuüben, den vier führenden japanischen Häusern im Wertpapierhandel – *Nomura, Yamaichi*, Nikko und Daiwai – volle Banklizenzen für den Platz London auszustellen. Die Bank von England weigert sich mit der Begründung, daß die vier Wertpapierhäuser keine Banken sind.

Inzwischen drohen die Behörden in London damit, daß den vier japanischen „securities houses" untersagt wird, nach der Einführung der neuen Bestimmungen für den Finanz-Dienstleistungsbreich von 1987 an überhaupt noch in London zu arbeiten, falls sich Tokio nicht zu einer umgehenden Zulassung britischer Antragsteller zum Wertpapierhandel in Tokio umbesinnen sollte.

Vertreter der Bank von England verweisen darauf, daß bei der Ausstellung von Lizenzen an ausländische Häuser die Verwirklichung „reziproker Zulassungen" von entscheidender Bedeutung sein wird. Auf Grund der neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit „der Revolution *in der Londoner City*" werden spezielle Zulassungen für bestimmte Geschäfte erforderlich sein, die von ausländischen Instituten im Augenblick *noch ohne Lizenzen betrieben* werden dürfen. Das bedeutet, daß Institute ohne solche Lizenzen etwa für den Wertpapierhandel von Anfang *1987* an nicht mehr am *Platz* London tätig sein dürfen.

So hat die Bank von England wiederholt darauf hingewiesen, daß die Zulassung britischer Institute zum heimischen Markt eines ausländischen Antragstellers eine der Vorbedingungen sein wird, den „Erste-Klasse"-Status beim Handel mit Regierungsobligationen zu erhalten.

Villeroy & Boch spürt Baukrise

dpa/VWD, Mettlach

Die Keramischen Werke Villeroy & Boch, Mettlach, haben in den ersten fünf Monaten 1985 sieben Prozent weniger umgesetzt als im Vorjahreszeitraum. Als Hauptursache hierfür nannte das Unternehmen bei Vorlage des Geschäftsberichts 1984 die schwierige Lage des Baugewerbes. Davon sei vor allem die Fliesensparte betroffen, die am Umsatz von Villeroy & Boch einen Anteil von 52,3 Prozent hat. Bis Ende des Jahres werde der bisherige Umsatzeinbruch auch nicht mehr aufzuholen sein.

1984 hat die Gruppe ihren Gesamtumsatz um 3,1 Prozent auf 1,21 Mrd. DM gesteigert. Die Entwicklung in den einzelnen Unternehmenszweigen sei dabei sehr sehr unterschiedlich verlaufen. Der Umsatz der Fliesensparte stagnierte, in der Sanitärsparte wurde jedoch ein Zuwachs von 6,1 Prozent und bei Geschirr und Kristall von 6,6 Prozent erzielt. Das Jahresergebnis schloß mit einem Gewinn „in Vorjahreshöhe". Ende Mai 1985 beschäftigte Villeroy & Boch weltweit rund 12 500 Mitarbeiter, etwa 500 weniger als Ende 1984.

PERU / Neugewählter Präsident dämpft Erwartungen

Kritik am Währungsfonds

dpa/VWD, Lima

Nach Ansicht des gewählten peruanischen Präsidenten Alan Garcia wird die von seiner Regierung angestrebte Ankurbelung der Wirtschaft des Landes „frühestens in zwei Jahren erste Früchte zeigen". In einem Gespräch mit ausländischen Korrespondenten in Lima deutete Garcia an, daß seine Regierung hofft, zumindest bis dahin mildere Bedingungen von den ausländischen Gläubigerbanken eingeräumt zu bekommen.

„Die Bankiers sind helle, realistische und intelligente Leute, die wissen, daß sie morgen nichts mehr kassieren können, wenn sie sich darauf versteifen, heute Geld zu erhalten", erklärte der Chef der sozialdemokratischen Apra-Partei, der am 28. Juli den konservativen Präsidenten Fernando Belaunde Terry ablösen wird. Garcia betonte erneut, daß er unter Umgehung des Internationalen Währungsfonds (IWF) direkt mit den ausländischen Banken verhandeln wolle. Er vertraue „mehr auf den Pragmatismus der Banken" als auf den IWF, der mit seiner „Politik im Interesse der Industriestaaten" in erheblichem Maße für die Wirtschaftskrise der Entwicklungsländer verantwortlich sei.

Der Apra-Chef unterstrich, daß seine Regierung den „festen Willen" habe, die Verpflichtungen aus der peruanischen Auslandsverschuldung von 14 Mrd. Dollar (rund 42 Mrd. DM) zu erfüllen. Das könne jedoch nur im Einklang mit der geplanten Wiederbelebung der Wirtschaft gelingen, wobei die Förderung der Landwirtschaft und der einheimischen Industrie Vorrang haben müsse.

Garcia bezeichnete die Schuldenlast, *die ihm von der scheidenden Re*gierung weitergereicht werde, als „Zeitbombe". Seine Regierung werde sie jedoch mit einer „rationalen Politik entschärfen". Er verwies darauf, daß die Regierung Belaundes bereits seit Monaten ihren Gläubigern keine Zinsen mehr gezahlt habe.

Garcia äußerte sich ablehnend zu dem Vorschlag des kubanischen Präsidenten Fidel Castro, nach dem die lateinamerikanischen Staaten einseitig ihre Schuldenzahlungen einstellen sollten.

Wien: Geringeres Wachstum 1986

frei, Wien

Eine in der internationalen Entwicklung begründete Konjunkturabschwächung auf eine Wachstumsrate von 1,9 bis 2,5 Prozent erwarten die Wirtschaftsforscher in Wien 1986. Österreich werde dieses Jahr das einzige Industrieland sein, in dem sich die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr noch (von 2,2 auf 2,5 bis 3 Prozent) verbessert. Allerdings wird diese Entwicklung einen geringfügigen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 4,7 Prozent nicht verhindern können. Gleichzeitig sind aber weder inflationäre Tendenzen noch Probleme mit der Leistungsbilanz zu befürchten.

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal 1985 um 2,5 Prozent gestiegen. Günstiger als erwartet entwickelten sich die Exporte, die übers Jahr real um 8,5 Prozent expandieren dürften. Die kräftige Belebung der Investitionstätigkeit (real plus 4,5 Prozent) wird 1985 ebenso zu einer Konjunkturstütze wie der private Konsum (plus 2,5 Prozent).

Auch 1986 wird neben dem Fremdenverkehr vor allem dem Export eine Schlüsselrolle zugeordnet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

DOAG WARENHANDELS-AG / Rückzug aus Nigeria

Dividende wird verdoppelt

JAN BRECH, Hamburg

Die Doag Warenhandels-AG, Hamburg, schlägt der Hauptversammlung am 14. August eine Erhöhung der Dividende von 5 auf 10 Prozent vor. Damit wird der Jahresüberschuß von 0,3 Mill. DM fast vollständig auf das dividendenberechtigte Kapital von 3,24 Mill. DM ausgeschüttet. Das gegenüber 1983 deutlich verbesserte Ergebnis verdankt die Doag ausschließlich ihrem USA-Engagement.

Die Doag USA Inc., die die 100-Prozent-Tochtergesellschaft United Cotton Goods Comp. sowie Beteiligungen an zwei Grundstücksgesellschaften hält, weist einen Gewinn von 1,1 Mill. Dollar aus. Zu dem um fast 29 Prozent auf 133 Mill. DM gestiegenen Gruppenumsatz der Doag steuerte die United Cotton allein 132 Mill. DM bei. Als Jahresüberschuß werden in der Konzernrechnung knapp 3 Mill. DM ausgewiesen, 1983 war es noch ein Verlust von 1,5 Mill. DM.

Im Gegensatz zu den USA blieb das Afrika-Geschäft der Doag desolat. Die Indisch-Afrikanische Cie. NV, die über zwei Beteiligungen in Nigeria tätig ist, weist 0,6 Mill. hfl Verlust aus. Die Doag hat aus der jahrelang negativen Entwicklung inzwischen die Konsequenzen gezogen und die Beteiligungen in Nigeria verkauft.

Der Kaufpreis ermögliche es, so heißt es im Geschäftsbericht, die Verbindlichkeiten der IAC zu tilgen. Die Forderungen aus früheren Warenlieferungen nach Nigeria von 11 Mill. DM werden durch den Verkauf nicht berührt. Deren Eingang soll der IAC als Manövriermasse dienen.

Die Aussichten für dieses Jahr, in dem die Doag 100 Jahre besteht, geben „selbst bei Anlegung äußerst vorsichtiger Kriterien Anlaß zu Optimismus", schreibt der Vorstand. So zeichne sich bei der United Cotton wieder ein sehr gutes Jahr ab. Die Doag USA werde zudem ihre Verbindlichkeiten, die aus dem Ankauf der United-Cotton-Anteile resultieren, weitgehend abbauen. Die nach erfolgreicher Veräußerung ihrer Nigeria-Beteiligung schuldenfreie IAC werde erneut auf Expansionskurs schalten. Größte Schwierigkeit für die Refinanzierung der ausstehenden Forderungen dürfte es sein, geeignete Ziele zu identifizieren, heißt es.

WÜSTENROT / 1984 war der „erste Sonnenjahrgang in diesem Jahrzehnt"

Mehr Dynamik im Neugeschäft

W. NEITZEL, Ludwigsburg

Eine anhaltend freundliche Tendenz für das Bausparen prognostiziert die Bausparkasse GdF Wüstenrot gemeinnützige GmbH, Ludwigsburg, für den weiteren Verlauf des Jahres 1985. „Die Aussichten für die Baufinanzierung schlechthin beurteilen wir mit einem gewissen Optimismus", sagte Geschäftsführer Christoph Wocher. Die erwachte Dynamik im Bausparneugeschäft zeige sich insbesondere darin, daß im Monat Juni dieses Jahres fast 10 Prozent mehr Verträge abgeschlossen worden seien als vor Jahresfrist. Im ersten Halbjahr 1985 verbuchte die Bausparkasse Wüstenrot 135 500 eingelöste Neuverträge (plus 3,2 Prozent) über eine Bausparsumme von 4,4 Milliarden DM (plus 3,5 Prozent).

Bei den Zuflüssen zur Zuteilungsmasse sei eine Belebung bisher allerdings noch nicht eingetreten. Der Geldeingang der ersten sechs Monate lag um 3,2 Prozent unter dem der Vorjahreszeit. Die Nachfrage nach Baukrediten habe noch nicht das hohe Niveau des Vorjahres erreicht, zeige aber steigende Tendenz.

Wocher warnte davor, den erwarteten Bevölkerungsrückgang zum Anlaß zu nehmen, die Notwendigkeit zur Fortsetzung des Wohnungsneubaus generell in Frage zu stellen. Die in einzelnen Regionen und bestimmten Bauformen anwachsenden Bestände an leeren Wohnungen ebenso wie die aktuelle Rezession im Wohnungsbau dürften seiner Ansicht nach nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch mittel- und langfristig noch eine dynamische Wohnungsbaunachfrage zu erwarten sei.

Das Geschäftsjahr 1984 sei für Wüstenrot ein „erster Sonnenjahrgang in diesem Jahrzehnt" gewesen. Mit einem Wachstum im eingelösten Neugeschäft um 4,9 Prozent bei der Stückzahl und von 5,2 Prozent bei den Summen lag Wüstenrot deutlich über dem Branchendurchschnitt (plus 0,1 Prozent). Der Marktanteil verbesserte sich auf 12,7 (12,1) Prozent. „Glanzlichter" seien im vergangenen Jahr die Finanzierungsleistungen gewesen.

Die Ertragslage bewertet Wocher mit „insgesamt befriedigend". Es wird ein Jahresüberschuß von 288,7 (56,4) Mill. DM ausgewiesen, der auf eine einmalige Sonderausschüttung (neben der üblichen 4prozentigen Dividende) von 232,7 Mill. DM an die Muttergesellschaft Wohnungswirtschaft Wüstenrot Verwaltungs- und Finanzierungs GmbH (WVG) zugeschnitten ist, um die finanzielle Basis dieser Holding zu stärken. Diese soll nach personalmäßiger Aufstockung künftig stärker als Steuerungsinstrument fungieren. Im Wüstenrot-Konzern, dessen Bilanzsumme um 4,2 Prozent auf fast 30 Mrd. DM angewachsen ist, nahm der Anteil der Eigenmittel auf 4,9 (4,3) Prozent zu.

Bausparkasse Wüstenrot	1984	±%
Neugeschäft (netto)		
Verträge	301 575	+ 4,9
Summen (Mill. DM)	9 518	+ 5,2
Vertragsbestand		
Verträge	3 191 914	- 2,5
Summen (Mill. DM)	116 196	- 1,7
Geldeingang		
Sparbeträge + Zinsen	3 963	- 2,5
Tilgungen	2 796	+ 1,1
Baugeldauszahlungen	7 496	+ 13,4
Zinsübersch. (Mill. DM)	552	+ 1,4
Gebührenerträge	153	+ 2,3
Provisionen	98	+ 8,0
Jahresüberschuß	289	+411,9

SCHWABENGARAGE / Keine Katalysator-Nachfrage

„Halbklarheit" beklagt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Seit Ende März dieses Jahres spürt die Schwabengarage AG, Stuttgart, führender Ford-Händler, wieder Kaufinteresse, nachdem in der Zeit davor infolge der Abgasdiskussion Verunsicherung und Kaufzurückhaltung herrschte. Da außerdem bei neuen Modellen Lieferengpässe auftraten, verringerte sich die Zahl der ausgelieferten Ford-Fahrzeuge in den ersten sechs Monaten 1985 um 18,7 Prozent auf 7562 Einheiten.

Besser ist die Situation bei den Auftragseingängen, die lediglich um 8,1 Prozent auf 9054 Fahrzeuge abnahmen. Die Nachfrage nach Katalysator-Fahrzeugen sei freilich „gleich null", sagte Vorstandsvorsitzender Lothar Pulvermüller, und kritisierte die Unbekümmertheit, mit der in politischen Kreisen die Abgasfrage behandelt worden sei. Inzwischen gebe es „Halbklarheit". Der Umsatz lag im ersten Halbjahr mit 191 Mill. DM um 7,3 Prozent unter dem Vorjahr.

Trotz aller Turbulenzen sei er, Pulvermüller, mit der Geschäftsentwicklung einigermaßen zufrieden, wenngleich das Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht werde. Im Geschäftsjahr 1984 lieferte die Schwabengarage mit 16 656 Neuwagen 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr aus. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf das schleppende Nutzfahrzeug-Geschäft zurückzuführen.

Der Nettoumsatz verringerte sich infolge der Aufgabe des Baumaschinengeschäftes (Hanomag) um 2,9 Prozent auf 397 Mill. DM. Aus dem auf 2,9 (1,8) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß wird neben der Dividende von unverändert 12 Prozent noch ein zweiprozentiger Bonus für 16 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

ADIG / Die Erträge der Fonds haben sich verbessert

Höhere Ausschüttungen

DANKWARD SEITZ, München

Höhere Ausschüttungen für die meisten ihrer Fonds kündigt die Adig Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) an. Je nach Fonds erhöhen sich die Barbeträge zwischen 0,05 DM und 0,48 DM. Insgesamt werden diesmal an die Kunden rund 560 Mill. DM gezahlt, nachdem im Vorjahr 441 (416,6) Mill. DM ausgeschüttet worden waren.

Vor allem erhöhte Dividendenzahlungen bei deutschen Aktiengesellschaften und gute Zinseinnahmen aus US-Rentenwerten haben nach Angaben der Adig zu besseren Fonds-Erträgen geführt. Auf eine Beimischung außerordentlicher Erträge über die Ausschüttungen hinaus sei auch diesmal „im Sinne der Substanzstärkung verzichtet" worden.

Im einzelnen werden pro Anteil (ohne anrechenbare Körperschaftsteuer) folgende Beträge gezahlt: Adifonds 1,29 (1,10) DM, Adiverba 1,71 (1,61) DM, Fondak 1,06 (0,97) DM, Fondra 4,03 (3,55) DM, Adirenta 1,90 (1,85) DM und Gotharent 6,85 (6,50) DM. Erstmals schütten auch die beiden neuen Adig-Fonds Erträge aus: Beim Technologie-Fonds Aditec sind es 1,70 DM (für die Zeit ab 14. November 1983) und der internationale Rentenfonds Fondirent 4,20 DM (ab 29. November 1984). Gekürzt wurden die Barausschüttungen beim Fondis auf 0,91 (1,08) DM und beim Plusfonds auf 2,09 (2,30) DM.

DAK schließt mit hohem Defizit

dpa/VWD, Hamburg

Die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK), Hamburg, hat 1984 mit einem Defizit von 341,2 Mill. DM abgeschlossen. Im Vorjahr hatte die DAK noch einen Überschuß von rund 300 Mill. DM erzielt. Auch 1985 steigen nach Angaben eines DAK-Sprechers die Kosten etwas stärker als erwartet. Die Kasse sei jedoch zuversichtlich, den Beitragssatz von 12,3 Prozent halten zu könnnen.

Die Beitragseinnahmen sind 1984 um 2,62 Prozent auf 11,92 (11,44) Mrd. DM gestiegen. Für Versicherungsleistungen gab die Kasse mit 11,85 Mrd. DM 6,61 Prozent mehr aus als im Vorjahr. Größte Leistungsposten sind die Krankenhauspflege mit 3,1 Mrd. DM, die sich um 7,7 Prozent verteuerte, die Arzt-Abrechnungen mit 2,44 Mrd. DM (plus 5,16 Prozent), die Arzneimittel mit 1,60 Mrd. DM (plus 6,61 Prozent) sowie Zahnersatz und Zahnkronen mit 1,06 Mrd. DM (plus 6,61 Prozent). Bei der DAK sind 4,42 Mill. Mitglieder (mit Familien-Angehörigen 6,38 Mill.) versichert. Der Nettozugang an neuen Mitgliedern stieg auf rund 66 400 (60 500).

ELRING / Kräftiger Auftragsschub sorgt für Wachstum

Investitionen bleiben hoch

MARTIN FINK, Fellbach

Die Gruppe der Elring Dichtungswerke GmbH, Fellbach, steuert im laufenden Geschäftsjahr 1985 einen Umsatz von etwa 300 Mill. DM an. Ein solches Wachstum von gut zehn Prozent sei angesichts des guten Auftragseingangs im bisherigen Jahresverlauf realistisch, meint der Vorsitzende der Geschäftsführung, Karl Uwe van Husen. Bei 100 Mill. DM lag der Auftragsbestand zur Jahresmitte, während man vor zwei Jahren um diese Zeit noch bei rund 60 Mill. DM lag. Die Gruppe, deren Aktivitäten zu über 85 Prozent den Kraftfahrzeugbereich betreffen, spürt den Aufwind bei den Kundenorders sowohl im Erstausrüstungs- als auch im Ersatzteilgeschäft.

Für das laufende Jahr rechnet van Husen auch mit einer nochmaligen Ergebnissteigerung. Die Investitionen sollen 1985 und auch in den nächsten Jahren auf dem hohen Niveau von zwölf bis 14 (1984: 10,5) Mill. DM gehalten werden, um die Marktstellung weiter auszubauen. Die Belegschaft der GmbH soll im laufenden Jahr ebenfalls weiter wachsen, nachdem sie schon 1984 um 177 auf 1682 Beschäftigte aufgestockt wurde.

Im Geschäftsjahr 1984 wuchs der Elring-Umsatz um 2,4 Prozent auf 201,7 (196,9) Mill. DM. Durch den siebenwöchigen Arbeitskampf sind nach Angaben von van Husen etwa 20 Mill. DM Umsatz uneinholbar ausgefallen. Die Exportquote hielt sich bei 43 Prozent. In der Gruppe stieg der Umsatz um 7,6 Prozent auf 270 (251) Mill. DM. Die französische Tochtergesellschaft kam dabei auf einen Umsatz von 52,5 Mill. DM (plus 31 Prozent) und die spanische auf 11,4 Mill. DM (plus 24 Prozent). Beide Töchter brachten auch zufriedenstellende Ergebnisbeiträge. In der Gruppe stieg die Belegschaft auf 2522 (2395).

Für das Jahr 1984 hat Elring erstmals Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung veröffentlicht und damit die freiwillige Publizität entscheidend vorangetrieben. Ausgewiesen wird ein deutlich erhöhter Jahresüberschuß von 5,15 (3,37) Mill. DM. Davon wurden drei Mill. DM ausgeschüttet und 2,2 Mill. DM in die Rücklagen gestellt. Neben dem Stammkapital von 50,7 Mill. DM (davon 12,3 Mill. DM ausstehend) weist die Bilanz danach 16,7 Mill. DM freie Rücklagen und 22,7 Mill. DM Rückstellungen aus. Im Anlagevermögen stehen 41,2 Mill. DM Sachanlagen und 11,8 Mill. DM Finanzanlagen zu Buche. Hauptgesellschafter sind direkt und indirekt die Familie Lechler (Stuttgart) und die Voith-Gruppe (Heidenheim).

NAMEN

Hans H. Schlitzberger, Vorstandsmitglied der Siemens AG, Berlin/München, und Leiter des Zentralbereichs Personal sowie Berlin-Beauftragter, wird am 24. Juli 60 Jahre.

Erich A. Kreusch, bisher Vorsitzender der Geschäftsführung der Coca-Cola GmbH, Essen, wird sich als Geschäftsführer der Restrukturierung der Konzessionsorganisation in Deutschland, Österreich und der Schweiz widmen. Neu als Geschäftsführer berufen wurde der Ire **E. Neville Isdell** (42), der die Leitung des Geschäfts in Deutschland, Österreich und der Schweiz übernommen hat. Er war zuletzt Präsident der Coca-Cola Bottlers Philippines in Manila. Die Verantwortung für das deutsche Geschäft trägt seit dem 1. Juli Geschäftsführer **Heinz Wiezorek**, der zuvor als Landesleiter für Norddeutschland zuständig war. **Gerd F. Müller**, bisher Landesleiter Deutschland-Süd, ist zur Mutter Coca-Cola Company nach Atlanta gegangen.

Alfred Vermaaten, langjähriger Leiter der Verkehrsfliegerschule der Deutschen Lufthansa in Bremen ist im Alter von 61 Jahren gestorben.

AB WILHELM BECKER / Chancen mit Speziallacken

Deutsches Geschäft gestärkt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Becker-Gruppe, Stockholm, die zu den führenden Lackherstellern in Europa zählt, verstärkt ihre Aktivitäten auf dem bundesdeutschen Markt. Dabei liegt das Schwergewicht der Investitionen mit 10 Mill. DM gegenwärtig bei der 1984 erworbenen Schmidt & Berewinkel Lackfabrik GmbH, Dormagen, die Lacke für die allgemeine Industrie herstellt und mit 78 Mitarbeitern für 1985 einen Umsatz von 24 Mill. DM erwartet.

Auf dem deutschen Markt ist die Becker-Gruppe, die 1871 aus dem Lack- und Chemiegroßhandel des nach Schweden ausgewanderten Deutschen Carl Wilhelm Becker hervorging, mit vier von sechs Produktionsbereichen im Geschäft: Container Coatings/Emballagelacke, Bandbeschichtungslacke, Lacke für den allgemeinen Industriebedarf und Pulverlacke.

Die Gruppe verfügt über eigene Produktionsstätten für Pulverlack bei der Wilhelm Becker Pulverlack GmbH & Co. KG, Wuppertal (1985: 18 Mill. DM Umsatz), und für Lacke bei Schmidt & Berewinkel. Hinzu kommt eine Auftragsproduktion von Lacken für Container Coatings und die Bandbeschichtung bei der Lackfabrik Wülfing Wuppertal, deren Anteile zu 80 Prozent Ende 1984 an die US-Firma Pittsburgh Plate Glass, weltweit größter Hersteller für Autolacke, verkauft wurden.

Vom Becker-Gruppenumsatz von rund 700 Mill. DM (1984) entfallen 350 Mill. DM auf das Auslandsgeschäft. Rund 70 Mill. DM kommen aus der Bundesrepublik. Die bedeutendsten Produktionsfelder sind Industrielack-Beschichtungen (43 Prozent des Geschäftsvolumens) und Handelslacke (26 Prozent). Die Gruppe beschäftigt weltweit 3200 Mitarbeiter. Der Gewinn vor Steuern wurde für 1984 mit 22 Mill. DM angegeben.

Becker konzentriert sich auf dem deutschen Markt auf Produktbereiche, die eine hochentwickelte Technologie erfordern. Dabei gilt die Bundesrepublik als eine starke Basis für Container-Beschichtungen und wasserverdünnbare Beschichtungen in ganz Europa. Marktchancen werden auf dem deutschen Markt vor allem im Bereich von Pulverlacken gesehen. Hier will Becker einen Anteil von mindestens 10 Prozent gewinnen.

COCA-COLA / Konkurrent Pepsi wundert sich über die Strategie des Marktführers

Neuer Geschmack auch fürs Ausland

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wolfgang Blumberg, Geschäftsleitungs-Vorsitzender der Pepsi-Cola GmbH, Offenbach, wundert sich, daß der große Konkurrent und Marktführer Coca-Cola sein Experiment mit einem neuen „Coke"-Geschmack nach dem Debakel im Heimatmarkt auch auf die Auslandsmärkte ausdehnen will: „Ohne Zweifel ist Coca-Cola auch in Europa ein Standard – wenn der so drastisch reduziert wird, gibt das auch hier Kritik".

In der Alten Welt freilich fehlt der Koffein-Brause jener fast ideologische Anstrich eines nationalen Symbols, der – wie die Coke-Gewaltigen zu spät erkannten – keine willkürliche Änderung zuläßt. Hunderttausende von Amerikanern waren auf die Barrikaden gegangen, nachdem sich die Einführung eines „Coca-Cola New" (am 23. April 1985) erst so richtig herumgesprochen hatte.

So vehement fiel der Protest gegen den süßeren Geschmack (in der Nähe der Pepsi-Konkurrenz) aus, daß die Coca-Spitze nicht umhinkam, der geneigten Öffentlichkeit am 10. Juli die Wiedergeburt des originalen Nationalgetränks als „Coca-Cola Classic" zu verkünden. An der Werbe- und Vertriebskonzeption für die Coke-Zwillinge wird dem Vernehmen nach noch gebastelt, Indiz auch für die Überraschung im Stammhaus Coca-Cola, das die Umstellung mit umfangreichen Geschmackstests vorbereitet hatte.

Ziel des Manövers war es gewesen, Coke nach 99 Jahren dem Geschmackswandel vor allem der jüngeren Verbraucher anzupassen. Damit wollte das Coca-Management auf leicht bröckelnde Marktanteile der Ur-Cola (von 24,8 auf 21,7 Prozent im Vergleich der Jahre 1983 und 1984, teilweise allerdings zugunsten eigener Diversifikationsprodukte wie Diät-Cola) am 25 Milliarden Dollar schweren US-Erfrischungsgetränke-Markt reagieren.

Ein angenehmer Nebeneffekt der Anpassung wurde in den Pepsi-Labors analysiert: Der erhöhte Süße-Pegel bei gleichzeitiger Reduzierung der Aroma-Anteile bringe weltweit eine jährliche Einsparung von 50 Millionen Dollar, meinte der ewige (seit 87 Jahren) Zweite im Cola-Markt. Kommentar von Coca-Cola: „Das wäre schön . . ."

In Deutschland soll das neue Coke 1986 eingeführt werden, von vornherein allerdings im Tandem mit der klassischen Version. In der Essener Deutschland-Zentrale ist man froh, etwas mehr Zeit zu haben, als die US-Kollegen. Zudem ist der eigene Vorsprung hier deutlich größer als jenseits des Atlantik.

Während Pepsi-Cola in den USA schon auf einen Marktanteil von 18,8 Prozent kommt, sind es in Deutschland (mit dem gesamten Getränkesortiment) erst gut 4 Prozent des alkoholfreien Marktvolumens von 14 Milliarden Mark. Coca-Cola dagegen liegt (ebenfalls einschließlich weiterer Marken) bei knapp 18 Prozent.

Bankaktien weiterhin gesucht

Stabile Kurse aber auch auf den meisten anderen Märkten

DW. – Gegenüber den letzten Tagen der Vorwoche war das Geschäft auf dem Aktienmarkt am Montag streckenweise schleppend. Dennoch zeichneten sich bei vielen Papieren weitere Kursgewinne ab. Auf der jetzt erreichten Basis besteht keine drängende Verkaufsneigung mehr. Anregungen bezog der Handel vor allem durch die Aussicht auf weitere Zinssenkungen. Dies kam vor allem den zinssensitiven Aktien zugute. Bankaktien zogen deshalb unter vergleichsweise lebhaften Umsätzen weiter an.

Verstärkte Aufmerksamkeit wurde den Aktien der Commerzbank geschenkt, die nach dem deutlichen Anstieg der Papiere der Dresdner Bank in der Vorwoche nunmehr als zurückgeblieben gelten. Die Aktien der Deutschen Bank profitierten wieder einmal von Kaufaufträgen aus dem Ausland. Etwas belebt hat sich die Nachfrage nach Versorgungswerten, bei denen sich die NWK-Vorzüge neuerdings durch bemerkenswerte Kursschwankungen auszeichnen. Diese gehen auf die hier entstandene Marktenge zurück, die als Folge des Tauschangebots in Veba-Aktien anzusehen ist. Die Aktien exportintensiver Unternehmen der Chemie und der Autoindustrie konnten aus der zeitweisen Dollarerholung keinen Nutzen ziehen, sondern verharrten meist auf Basis ihrer Wochenschlußnotierungen. Zugenommen hat die Kaufbereitschaft bei AEG, wo der Kurs den Jahresspitzenstand wieder erreicht hat.

Frankfurt: Chemieverwaltung zogen um 12 DM an. Enka und Rütgers büßten jeweils 8 DM ein. Hartmann + Braun VA stockten um 11 DM. Heidelzement um 5 DM und Varta um 4,50 DM auf.

Düsseldorf: Balcke Dürr stockten um 4 DM und Keramag um 3 DM auf. Leffers verbesserten sich um 7 DM und VDN um 4,50 DM. *Bilfinger verminderten um 3 DM* und Deutsche Atlanten um 10 DM. Colonia erhöhten um 10 DM.

Hamburg: NWK-Vz. legten 10,50 *DM zu. Beiersdorf* schwächten sich um 5 DM ab. HEW erhöhten um 1,50 DM, Reichelt um 2 DM und Hapag Lloyd um 1,80 DM. Holsten Brauerei mußten um 2 DM zurückgenommen werden.

Berlin: DeTeWe verbesserten sich um 3,50 DM und Herlitz St. um 3 DM. DUB-Schultheiss ermäßigten sich um 3,50 DM. Kempinski büßten 7 DM ein. Schering gewannen 2,50 DM und Orenstein 2 DM. Berthold erhöhten um 6,20 DM.

München: Aigner stockten um 3,50 DM, Agrob St. um 2,80 DM und Electro 2000 um 10 DM auf. Nachgegeben haben Spinnerei Kolbermoor um 10 DM und Energie Ostbayern um 3,50 DM.

Stuttgart: Mercedes verbesserten sich um *3 DM* auf 768 *DM*. Aesculap stockten 14 DM auf 450 DM auf. Hohner gaben um 2,90 DM auf 213 DM nach. Audi fielen um 9 DM zurück, doch bestand auf der Kursbasis von 730 DM weitere Kaufneigung.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 199,51 (198,97)
WELT-Umsatzindex: 3449 (5488)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

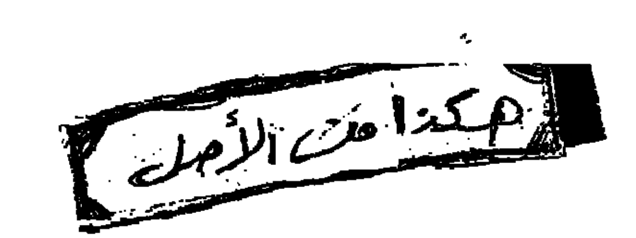
Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

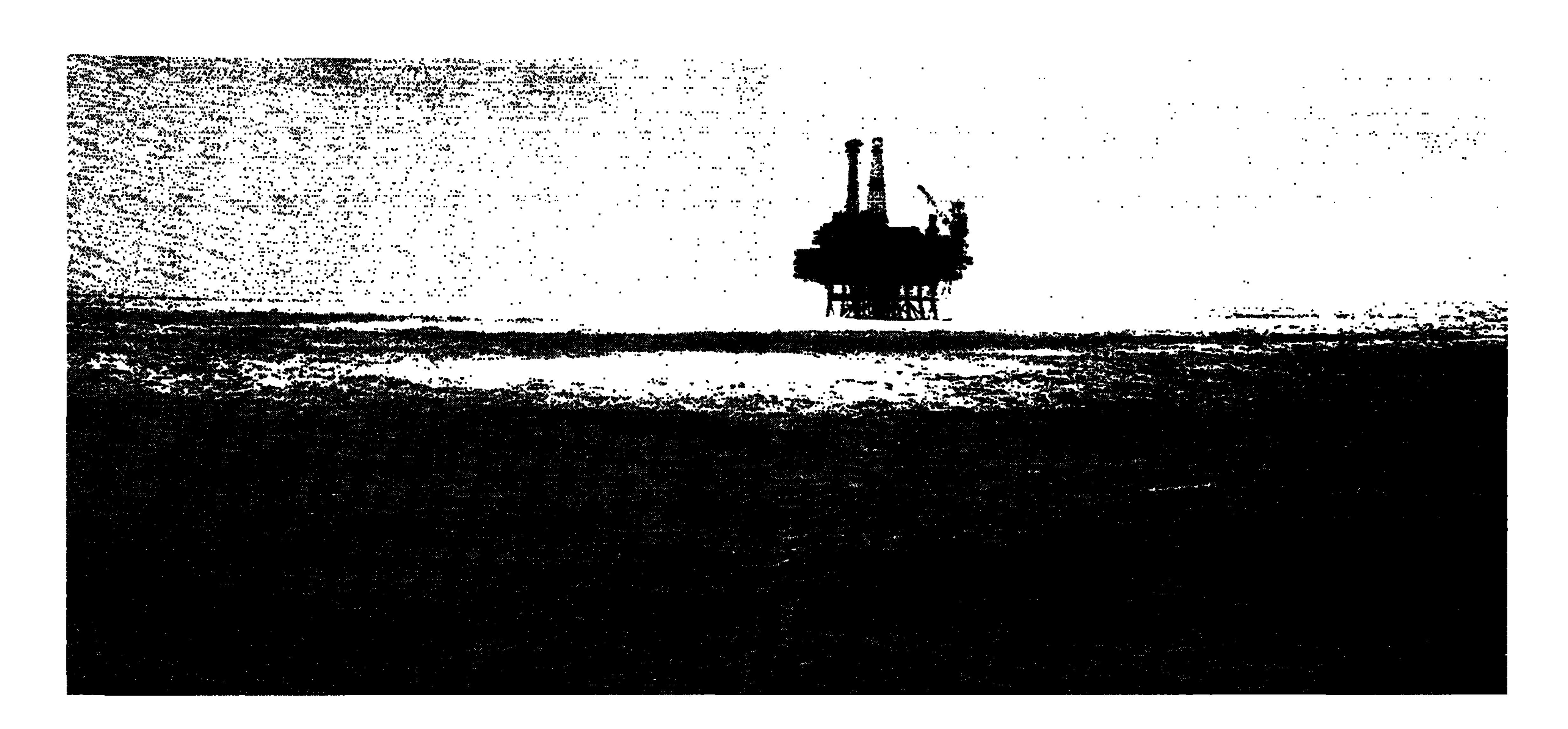
Geldmarktsätze



VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Ein riesiges Betätigungsfeld.

Über Öl- und Gasexploration.



Alles, was der Mensch zum Leben braucht, findet er auf diesem Planeten. Man muß nur wissen, wo. Zum Beispiel in den Weltmeeren: Sie sind nicht nur ein riesiges Reservoir für Erze und Mineralien, hier – vor den Küsten der Kontinente – lagern auch Milliarden Tonnen an Erdöl und Erdgas.

Solche Reserven zu finden, zu fördern, zu verarbeiten und die Mineralöl-Produkte zu vermarkten, ist eine der Aufgaben von VEBA OEL.

Die amerikanische Tochtergesellschaft MARK PRODUCING konzentriert sich auf die Regionen Texas und Louisiana mit ihren reichen Öl- und Erdgasfeldern im Golf von Mexiko. Dort haben Produktion und Verkauf für die USA inzwischen begonnen.

Ebenso wichtig für uns ist die Nordsee – ein Gebiet direkt vor unserer Haustür und seit Jahren Deutschlands größter Öllieferant. Hier operiert vor allem die DEMINEX – eine Gesellschaft, an der die VEBA mit 54% beteiligt ist und die Anteile an bedeutenden Konzessionen in der britischen und norwegischen Nordsee besitzt.

Nicht nur in den USA oder in der Nordsee – auch in einer Reihe weiterer Gebiete rund um den Erdball arbeiten wir an der Erschliessung von Lagerstätten. In diese zukunftsträchtigen Projekte investieren wir viel Geld. Sie bilden mehr und mehr den Kernbereich unseres Ölsektors.

VEBA Heute.

ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL & VERKEHR	MINERALÖL
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Veba Oel AG Gelsenkirchen
	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Trefz AG & Co. Stuttgart	Deminex-Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Nuodex New Jersey	Deutsche SB-Kauf AG & Co. oHG Bochum	Mark Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München	SONSTIGE		
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Veba Wohnungswirtschaft	Veba-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,9 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (30 %) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über diese Aktivitäten und über andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie bitte an VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA

Die Serie wird fortgesetzt.

Rentenkurse leicht angehoben.

Die Tendenz auf dem Rentenmarkt blieb in Erwartung weiterer Zinssenkungen freundlich. Nach der Zuteilung auf den letzten Zinstender sind die Banken mit Liquidität teilweise überversorgt. Vermutlich hat dies ihre Anlagetätigkeit in Papieren mit kürzeren Laufzeiten aktiviert. Öffentliche Anleihen zogen unter Schwankungen oftmals um 0,20 Prozentpunkte an. Nach wie vor herrscht Verstimmung über die Konditionen der Schleswig-Holstein-Anleihe. Einige Banken lehnen es wegen der nicht marktgerechten Konditionen ab, sie ihrer Kundschaft anzubieten.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

M 6½ dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
M 6½ dgl. Pf 12	94G	94G
M 7 dgl. Pf 20	101,75G	101,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5
B 6 dgl. Pf 34	99T	99T
B 6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn 5 Br.Hann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	98,25G	96,75G
Hn 7½ dgl. Pf 87	103,25G	101,75G
Hn 6 dgl. KS 29	88,75G	87,5G
Hn 7 dgl. KS 30	101,65G	101,5bG
D 5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116G	116G
D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	99,75G	99,75G
D 6½ dgl. Pf 67	91,5G	91,5G
D 5½ dgl. KO 34E	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	79G	79G
S 7 dgl. Pf 125	102G	102G
S 7 dgl. Pf 128	98,5G	98,5G
S 8 dgl. Pf 177	100	101G
S 6 dgl. KS 77	88G	88G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	92,35G	92,35G
Br 5½ dgl. Pf 43	91,75G	91,75G
M 5 Bayer.Hypo Pf 33	130G	130G
M 5½ dgl. Pf 11	135G	135G
M 6 dgl. Pf 34	83,5G	83,5G
M 6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M 6½ dgl. Pf 10	90,75bG	90,75G
M 6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Ldo. Aufb. IS 15	100,25G	100,25G
M 6 dgl. IS 16	100,1G	100,1G
M 6 dgl. IS 17	100TG	100TG
M 8½ dgl. KO 49	100,25G	100,25G
M 8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	102x	–Zhg
M 5 Bayer.Verbk. Pf 11	123,5G	122,5G
M 6 dgl. Pf 4	98,25G	98,25bG

Industrieanleihen

F 7½ dgl. 71	100,3bG	100,1G
F 7½ dgl. 76	101,25T	101,5
F 7½ Klöckner W. 71	100	99,75G
F 8 dgl. 72	101,2T	101
F 6 NWK 61	99,9	99,9G
F 6 dgl. 62	–Zhg	–Zhg
F 6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6G	98,6G
F 6 Rh.Brkw. 63	98T	98T
F 6 dgl. 65	98G	98G
F 6 RWE 63	98,6	98,5
F 6 dgl. 65	99,5T	99,35T
F 7½ dgl. 71	100,7T	100,5T
F 7 dgl. 72	100,3G	100,3G
F 6 Rh.-M.-Don. 67	99,95G	99,95G
F 6½ dgl. 68	102,3G	102,3G
F 8 Schleswag 71	100,85T	100,8

Bundesbahn

F 7½ dgl. 84 S.49	10/89	103,95bG	103,85
F 7¼ dgl. 84 S.50	11/89	103,05bG	102,95
F 7 dgl. 84 S.51	12/89	102,15bG	102
F 6¾ dgl. 84 S.52	2/89	101,15bG	101
F 7¼ dgl. 85 S.53	90	102,65bG	102,6
F 7 dgl. 85 S.54	90	101,7bG	101,65
F 7 dgl. 77	2/87	101,9	101,95

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Mit bruchteiligen Veränderungen nach beiden Seiten schlossen am Freitag die Edelmetall-Notierungen an der New Yorker Comex. Kräftig zulegen konnte dagegen Kupfer. Fester schloß auch Kaffee. Bruchteilig schwächer bis etwas fester ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19.7.	18.7.
Juli	298,25	299,50
Sept.	305,75	306,50
Dez.	315,50	314,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	234,94	235,34
Amber Durum	218,99	218,99

Kakao New York ($/t)	19.7.	18.7.
Terminkontr. Sept.	2085	2060
Dez.	2055	2094
März	2115	2110
Umsatz	2212	2688

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	3,35	3,25
Okt.	3,47	3,36
Jan.	3,60	3,52
März	3,95	3,88

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	19.7.	18.7.
Terminkontr. Juli	134,50	133,60
Sept.	136,25	135,55
Dez.	137,88	137,30

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	22.7.	19.7.
schw. Sarawak spez.	750,00	750,00
weißer Sarawak	970,00	770,00
weißer Muntok	980,00	980,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	52,77	54,77
Aug.	52,45	54,50
Feb.	64,90	66,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	178,00	183,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippines cif	535,00	540,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	277,50	283,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	19.7.	18.7.
Juli	12337	12346
Aug.	12358	12377

Kautschuk London (p/kg)	19.7.	18.7.
Nr. 1 RSS loco	64,50-67,50	65,00-68,00
Aug.	–68,00	–68,00
Sept.	–68,00	–68,00
Okt.	–77,00	–77,00
Tendenz: ruhig		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

Drahtbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und -hersteller

NE-Metalle

Messingnotierungen

	22.7.	19.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	384-391	379-387
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429-432	425-432
MS 63	425-430	421-426

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	439,40	436,55
3 Monate	451,95	448,40
6 Monate	464,50	460,50
12 Monate	488,05	484,00

Platin (£/Feinunze) London	19.7.	18.7.
fr. Markt	193,20	192,85

Palladium (£/Feinunze) London		
1. Händlerpreis	66,70	67,00

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Zink (£/t) Kasse	545,00-548,00	538,00-540,00
3 Monate	531,00-533,00	524,50-525,00
Zinn (£/t) Kasse	9161-9163	9150-9155
3 Monate	9160-9161	9130-9135
Quecksilber ($/Fl.)	–	290-300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	60-70

Am 19. Juli 1985 verstarb nach schwerer Krankheit im Alter von 54 Jahren der Leiter unserer Gesamtabteilung Werbung, Herr

Oberingenieur

Karl F. Wilhelm

Hauptabteilungsleiter

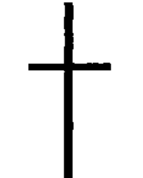
Der Verstorbene hat während seiner langjährigen und verantwortungsvollen Tätigkeit seine umfangreichen Kenntnisse und reichen Erfahrungen uneingeschränkt in den Dienst unseres Unternehmens gestellt. Er hat wesentlich zum Ansehen unserer Firma beigetragen.

Durch seine hohe fachliche Qualifikation und seine menschliche Wärme erwarb er sich innerhalb und auch außerhalb der M. A. N. viel Sympathie und Vertrauen.

In Trauer nehmen wir Abschied von einem verdienten Mitarbeiter, dessen Andenken wir in dankbarer Erinnerung behalten werden.

Der Trauergottesdienst findet am Dienstag, den 23. 7. 85, um 13.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Martin, Aystetten, die Beerdigung anschließend auf dem Friedhof in Aystetten statt.

M. A. N. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Herr

Robert Tepez

4. 9. 1912 18. 7. 1985

Dipl.-Ing. Architekt BDA

In stiller Trauer
Wanda Tepez geb. Gursky
Alida Piper geb. Tepez
mit Familie

1000 Berlin 31, Nassauische Straße 6

NACHRICHTEN

Zwei über 8000 Punkte

Potsdam (sid) – Der Weltmeisterschafts-Vierte Uwe Freimuth und Sibylle Thiele gewannen die Titel bei den Mehrkampfmeisterschaften der „DDR"-Leichtathleten in Potsdam. Mit 8427 Punkten im Zehnkampf lag Freimuth deutlich vor Christian Schenk (8092 Punkte). Sibylle Thiele setzte sich im Siebenkampf mit 6276 Punkten durch.

Hält der Daumen?

Rüsselsheim (sid) – Der 25 Jahre alte Boxprofi José Varela (Rüsselsheim) hat wieder mit dem Training begonnen und will im Oktober in den Ring zurückkehren. Der deutsche Meister im Weltergewicht hatte sich im Februar beim Holzhacken den Daumen der linken Hand abgetrennt, der ihm bei einer fünfstündigen Operation wieder angenäht worden war.

Kanu: Dreimal Platz zwei

Holstebro (sid) – Gegen die Konkurrenz aus dem Ostblock holten der Canadier-Olympiasieger Ulrich Eicke (Düsseldorf) über 1000 m, Oliver Seack (Hamburg) im Einer-Kajak und der Kajak-Vierer über die 500-m-Distanz jeweils zweite Plätze im dänischen Holstebro. Die Regatta galt als letzter internationaler Test des Deutschen Kanu-Verbands vor den Weltmeisterschaften in Hazewinkel (Belgien) vom 15. bis 18. August.

Blutiger Sieg

Campione (dpa/UPI) – Nach einer blutigen Schlacht sicherte sich im italienischen Campione der 29jährige Argentinier Ubaldo Sacco den Titel *eines Box-Weltmeisters der WBA im* Junior-Weltergewicht. Der amerikanische Titelverteidiger Gene Hatcher wurde wegen einer stark blutenden Augenbrauenwunde in der 5. Runde aus dem Ring genommen.

Karpow in Führung

Amsterdam/Biel (dpa) – Mit fünf Punkten führte nach der sechsten Runde des Amsterdamer Schach-Festivals Weltmeister Anatoli Karpow (UdSSR). Es folgten der Niederländer Jan Timman (3,5 Punkte) und der Engländer Anthony Miles (3 Punkte).

Zico war keine Garantie

Rio de Janeiro (sid) – Trotz des Rückkaufs von Weltstar Zico aus dem italienischen Udine verpaßte der FC Flamengo Rio de Janeiro den Sprung ins Halbfinale der brasilianischen Fußball-Meisterschaft. Der ehemalige Weltcup-Gewinner schied gegen Ceara Fortaleza aus.

Cupgewinn noch lohnender

London (dpa) – Das Preisgeld im englischen Fußball-Liga-Pokal ist für die kommende Saison um umgerechnet 280 000 Mark auf insgesamt 3,24 Millionen Mark erhöht worden. Dem Gewinner des Cups winken nun 288 000 Mark.

Uerdingen – Zürich 6:0

Affolten (dpa) – Dem deutschen Pokalsieger Bayer Uerdingen gelang in Affolten ein 6:0-Sieg über den mehrfachen Schweizer Fußball-Meister FC Zürich. Die Krefelder absolvieren zur Zeit ein Trainingslager in der Schweiz.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Riemsloh – Osnabrück 1:4, FC Zürich – Uerdingen 0:6.

MOTORRAD

Großer Preis von Frankreich in Le Mans, fünfter von sieben Läufen zur WM: Seitenwagen (22 Runden): 1. Streuer, Schnijders (Holland) 37:05,94 Min., 2. Schwärzel, Buck (Deutschland) 37:19,89. – WM-Stand: 1. Schwärzel, Buck 61 Punkte, 2. Streuer, Schnijders 58.

MOTOR

Großer Preis von England in Silverstone, achter von 16 Läufen zur Formel-1-WM, 66 Runden = 312,321: 1. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 1:18:10,436 Std., eine Rd. zur.: 2. Alboreto (Italien) Ferrari, 3. Laffite (Frankreich) Ligier-Renault, 4. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW, sechs Rd. zur.... 11. Bellof (Deutschland) Tyrrell-Ford. – WM-Stand: 1. Alboreto 37 Punkte, 2. Prost 35, 3. de Angelis (Italien) Lotus-Renault 26, 4. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 18, 5. Johansson (Schweden) Ferrari 16, 6. Piquet 13,... 12. Bellof und Warwick (England) Renault je 4.

GOLF

114. Offene Britische Meisterschaften in Sandwich, Endstand: 1. Lyle (England) 282 Schläge (68+71+73+70), 2. Stewart (USA) 283 (70+75+70+68), 3. Langer (Deutschland/72+69+68+75), Graham (Australien/68+71+70+75), O'Connor jun. (Irland/64+76+72+72), O'Meara (USA/70+72+70+72) und Rivero (Spanien/74+72+70+68) alle 284.

FECHTEN

41. WM in Barcelona, Degen-Mannschaft: Halbfinale: Italien – USA 9:4, Deutschland – UdSSR 9:6 (Pusch 4/0, Fischer 2/1, Gerull 1/3, Bellmann 2/0, Schmitt 0/2). – Finale: Deutschland – Italien 9:4 (Pusch 4/0, Fischer 1/2, Gerull 2/1, Bellmann 2/1 – Cuomo 0/2, Bellone 1/2, Manzi 1/0, Resegotti 1/2, Mazzoni 1/3). – Um Platz drei: UdSSR – USA 8:7.

TENNIS

Internationales Turnier der Herren in Washington, Halbfinale: Noah (Frankreich) – Connors (USA) 6:4, 3:6, 6:2. – **Internationales Turnier** der Damen in Newport/Rhode Island, Finale: Evert-Lloyd – Shriver (beide USA) 6:4, 6:1.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 1, 0, 1, 1, 1, 1, 2, 1, 2, 2. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 15, 33, 34, 35, 39, 45, Zusatzspiel: 17. – **Rennquintett:** Rennen A: 6, 13, 9. – Rennen B: 23, 25, 21. (Ohne Gewähr).

FECHTEN / Degen-Team holte den dritten deutschen Titel bei der Weltmeisterschaft in Barcelona

Emil Beck und die Psychologie: Sie mußten ihn erst hassen, um dann wie die Teufel zu kämpfen

GREGOR DERICHS, **Barcelona**

Auf der Fechtbahn nahm die Mannschaft Alexander Pusch in die Mitte, warf ihn in die Höhe und brüllte ihren Schlachtruf: „Das war Spitze." Die Goldmedaille, die dritte für den Deutschen Fechterbund (DFB) zum Abschluß der Fecht-Weltmeisterschaften in Barcelona, wurde von der Degen-Mannschaft überschwenglich bejubelt und die ganze Nacht gefeiert. „Ich freue mich riesig. Das ist mein erster WM-Titel mit der Mannschaft", sagte Alexander Pusch, zweimaliger Einzel-Weltmeister und Olympiasieger, nach dem 9:4-Finalsieg über den 16maligen Weltmeister Italien, in dem er wie schon im Halbfinale gegen die UdSSR (9:6) als überragender deutscher Fechter seine Team-Kameraden zum Triumph führte.

Abseits stand Bundestrainer Emil Beck und rieb sich die Augen, als könne er selbst nicht wahrhaben, daß sein Team erstmals wieder seit 1973 nach fünf Vize-Weltmeisterschaften und dem Olympia-Sieg des Vorjahres einen WM-Titel gewonnen hatte. „Diese Mannschaft machte die größten Probleme und den größten Streß. Es war eine Zerreißprobe", sagte Beck, während IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch den Weltmeistern Alexander Pusch, Volker Fischer, Thomas Gerull, Arnd Schmitt (alle Tauberbischofsheim) und Achim Bellmann (Leverkusen) die Goldmedaillen übergab und die deutsche Funktionärsriege das Deutschlandlied sang, weil die Veranstalter die Musikkasette mit der Nationalhymne bei der Siegerehrung nicht auftreiben konnten. „Wegen der ganzen Mühen ist es für mich die schönste und wichtigste Medaille dieser WM", meinte der Bundestrainer, der mit dem Finalsieg das um einen Tag verspätete Geschenk zum 50. Geburtstag erhielt.

Die Mannschaft hatte am Vortag Becks ganzen Unwillen zu spüren bekommen. Der ehemalige Lieblingsschüler Pusch fand sich im Achtelfinale beim wenig überzeugenden 8:5-Sieg gegen Österreich nach zwei Niederlagen plötzlich auf der für ihn ungewohnten Ersatzbank wieder. „Deswegen habe ich ihm verziehen", meinte der technisch perfekte Fechter, der schon nach dem Einzel-Turnier die Kritik Becks auf sich gezogen hatte. Nach den mäßigen Ergebnissen im Einzel-Wettbewerb wirkte das Team unsicher, so daß Beck die Felle ausgerechnet in seiner Lieblingswaffe davonschwimmen sah. Er zog alle Register seiner Motivationskünste.

Er setzte Fischer (34) und Pusch (30), die beiden Verbliebenen aus dem Olympiasieger-Team von 1984, unter *psychischen Druck und* verkündete öffentlich, bei derartigen Leistungen sei es ihre letzte WM. Aber auch den WM-Neulingen Bellmann (27), Gerull (22) und Schmitt (20) gab der ehrgeizige Franke zu verstehen, daß er eine Medaille fordere. Die Mannschaftssitzung im Fernsehraum des Hotels „Hesperia" am Abend vor dem Finale beendete er nach fünf Minuten. „Räumt Eure Probleme in der Mannschaft selber aus. Ihr wißt, was ich von Euch erwarte", meinte Beck. Beim eigentlich gemeinsam geplanten Abendessen schworen sich die Fechter, „an einem Strang zu ziehen". Beck, inzwischen an die Hotelbar zu den Geburtstagsgästen zurückgekehrt, war sich sicher: „Auch wenn sie mich jetzt hassen, morgen werden sie wie die Teufel fechten."

„Es war ein Sieg des Team-Geistes. Wir haben gekämpft, uns für einander zerrissen", meinte Mannschafts-Kapitän Fischer nach dem Triumph, „was sollen wir über Probleme reden. Wir haben doch Erfolg." Im Viertelfinale gegen Südkorea (9:2) bezog Pusch zwar noch einmal zwei Niederlagen, *aber die anderen Musketiere* waren in bester Form. Gegen die UdSSR (9:6) und im Finale gegen Italien war es dann der „alles überragende Pusch" (so Fischer), der jeweils ungeschlagen vier Punkte erfocht.

Der Koordinator im Fecht-Bundesleistungszentrum an der Tauber, am Morgen hatte er sich noch „schlapp und unkonzentriert" gefühlt, stellte seine Weltklasse unter Beweis. Im Endkampf gegen Italien erkämpfte der 1,87 m große und 70 kg schwere Fechter nach 0:3-Rückstand den ersten deutschen Sieg gegen die Italiener, mit dem 4:3 stellte er die erste Führung her, und um 20.55 Uhr setzte er den goldenen Siegtreffer. „Solche Kämpfe gehen an die Grenze der Leistungsfähigkeit. Ich war wie in Trance. Ich muß, ich muß, ich muß, habe ich mir gesagt", erklärte Pusch. Ein Tusch für Pusch.

Es ist geschafft: Der Degenfechter Achim Bellmann freut sich über den Weltmeister-Titel. FOTO: AP

LEICHTATHLETIK

USA ohne Moses und Carl Lewis

dpa, **Canberra**

Zwei Stars fehlen in der Mannschaft der USA für den Weltcup der Leichtathleten vom 4. bis 6. Oktober: Der viermalige Olympiasieger von Los Angeles, Carl Lewis, und Edwin Moses (400 m Hürden), der in diesem Jahr wegen einer Verletzung noch nicht in Erscheinung getreten ist, fahren nicht mit nach Canberra.

An der Spitze der 31köpfigen amerikanischen Auswahl, die sich in der australischen Hauptstadt mit sieben weiteren Nationalmannschaften messen wird, stehen Hürdensprint-Olympiasieger Roger Kingdom, Dreisprung-Weltrekordhalter Willie Banks und Joe Dial (Stabhochsprung). Als zweiter Weltcup-Teilnehmer steht bislang Gastgeber Australien fest.

TURNEN

Vorwürfe gegen Ursula Hinz

dpa, **Berlin/Kleve**

In einem dreieinhalb Seiten langen Brief hat der Vater der ehemaligen deutschen Kunstturn-Meisterin Brigitta Lehmann den Deutschen Turner-Bund (DTB) um Aufklärung darüber gebeten, warum seine Tochter aus dem A-Kader ausgeschlossen worden ist. Klaus Lehmann bezeichnet in seinem Schreiben Äußerungen der Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz als „Lügen, Unterstellung bis hin zum Rufmord".

Seine Tochter habe nicht zu den Welt- und zu den Europameisterschaften fahren dürfen, obwohl sie jedesmal die Kriterien erfüllt habe. Der DTB hatte Brigitta Lehmann vorgeworfen, sie habe sich der geforderten Gewichtskontrolle nicht unterworfen.

Alain Prost und der Unmut über den Motor von Porsche

Statt Jubel nur Kritik, statt Optimismus ein sorgenumwölkter Blick in die Zukunft: Alain Prost, der Sieger des achten Laufes um die Formel-1-Weltmeisterschaft beim englischen Grand Prix in Silverstone, der Vize-Weltmeister von 1984, ärgert sich über das Porsche-Triebwerk seines McLaren-Wagens. „In der Höchstleistung sind wir den anderen unterlegen, deshalb reicht *es auch nie ganz für die besten* Startplätze", mäkelte er im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa). „Ich hatte Glück, mein Auto schleppte sich etwas dahin, der Motor war nicht gut reguliert. Wir hatten schon Motorenprobleme beim Training und ich war vor dem Rennen in großer Sorge", bilanziert er im „France Soir". Dem französischen Sport-Fachblatt „L'Equipe" vertraute er an: „Ich verdanke meinen Sieg vor allem den ausgezeichneten aerodynamischen Qualitäten des McLaren." Kein Wort über den Porsche-Motor, was nicht gerade als Lob empfunden werden kann.

Sucht da jemand im Überdruß des Erfolges das Haar in der Suppe? Wohl kaum, denn Porsche-Sprecher Manfred Jantke erklärt dazu: „Was Prost sagt, ist durchaus richtig. Im vorigen Jahr war der Motor der Konkurrenz klar überlegen. Jetzt aber gibt es vier verschiedene *Grand-Prix-Motoren mit gleicher* Leistung: TAG-Porsche, Ferrari, Honda und BMW. Unser Motor hat von der Leistung her den anderen drei nichts mehr voraus. So ist es sein gutes und legitimes Recht, mehr Leistung zu verlangen."

Um diese Erklärung ebenso wie die verbalen Prost-Attacken ins rechte Licht zu rücken, bedarf es der Betrachtung der aktuellen Situation. Prost gewann in dieser Saison drei Rennen, und so liegt er mit nur zwei Punkten Abstand hinter dem italienischen Ferrari-Fahrer *Michele Alboreto auf dem zweiten* Platz der Weltmeisterschaftswertung. Zur Saison-Halbzeit kämpft Prost also mal wieder um den Weltmeister-Titel – so wie 1983 und 1984, als das schiefging. Alain Prost ist ein begnadeter Rennfahrer und er kann zweifellos Formel-1-Weltmeister werden, der erste in der französischen Geschichte. Doch er ist nach seinen bislang mißglückten Anläufen mißtrauisch geworden. Er glaubt an ein unwägbares Mißgeschick.

Um deshalb nichts, aber auch gar nichts dem Zufall zu überlassen, um nicht Vabanque zu spielen, sondern auf Sicherheit gehen zu kön*nen, wünscht sich Prost einen* PS-stärkeren Motor als bisher. Denn die folgenden Rennen auf den Hochgeschwindigkeitskursen benötigen viel Turbo-Kraft. Prost verlangt sie deshalb – von Porsche.

Doch das ist die falsche Adresse. Die richtigen Adressaten sind McLaren-Teamchef Ron Dennis und McLaren-Sponsor Mansur Ojjeh. „Soviele tolle Sachen haben *die im letzten Winter bei uns nicht* bestellt", erinnert sich Manfred Jantke. Nachdem der Österreicher Niki Lauda auf McLaren-Porsche 1984 Formel-1-Weltmeister geworden war, nachdem das Team 12 von 16 Rennen gewonnen hatte, glaubte man wohl, mit dem Erreichten auch in diesem Jahr der Konkurrenz auf und davon fahren zu können. So ging es bei Porsche, im Auftrag von Ojjeh und Dennis, im Winter auch hauptsächlich um die Bauteilfestigkeit und nicht um grundlegende Leistungsentwicklungen.

Prost fordert sie jetzt, in einer wohl die Weltmeisterschaft entscheidenden Situation. Porsche hat oft genug bewiesen, wie man ad hoc die Kastanien aus dem Feuer holen kann, ob bei der Rallye Safari oder in der Formel 1. Dafür gibt es das Know-how, dafür ist man gewappnet. Auch wenn der Motor nicht mehr den Namen Porsche trägt, weil es eine Auftragsarbeit ist, das Zuffenhausener Unternehmen identifiziert sich dennoch mit Erfolg und Mißerfolg seiner Entwick*lung. Nun fragt sich nur, ob auch* McLaren der neuen Situation finanziell gewappnet ist. Wenn dies so ist und das McLaren-Management sein „Okay" geben kann, wäre das auch für Alain Prost okay. Verdient hat er es seit langem. KLAUS BLUME

STAND ● PUNKT

GOLF / Langer über Platz drei sehr enttäuscht

„Die Löcher waren einfach wie vernagelt"

GERD A. BOLZE, **Sandwich**

„Für mich waren die Löcher heute wie vernagelt, kein Putt fiel. Natürlich bin ich enttäuscht und das wird noch etwas länger anhalten", kommentierte Golf-Profi Bernhard Langer sein Abschneiden bei der 114. Offenen Golfmeisterschaft von Großbritannien im Royal St. Georg's Klub in Sandwich an der südenglischen Nordseeküste.

Bis zum vorletzten Schlag hatte der 27jährige Anhausener in dieser Nervenschlacht noch die Chance auf ein Stechen mit dem späteren Sieger Sandy Lyle. Doch dem bayerischen Blondschopf fehlte das Quentchen Glück, das auch die Weltstars dieses Sports für ihre Siege brauchen. So langte es nach den zweiten Plätzen von 1981 ebenfalls in Sandwich und im letzten Jahr im schottischen St. Andrews diesmal nur zum dritten Rang, den sich Langer mit vier anderen Spielern teilen mußte. Seine 284 Schläge nach Runden von 72+69+68+75 bei schwerem Par 70 erhöhten sein Bankkonto immerhin noch um 94 500 der insgesamt 2,08 Millionen Mark Preisgelder.

Trotz aller großen Sympathien, die Bernhard Langer gerade in Großbritannien auf Schritt und Tritt spürt, feierten die fast 30 000 Zuschauer und die weiteren Millionen Briten an den Fernsehern Sandy Lyle als den neuen Open-Champion. Es gab keine Tageszeitung, die diesen gewaltigen Triumph des Briten nicht auf der ersten Seite verkündete. Der lange Schotte ist schließlich der erste Brite nach 16 Jahren, nach dem berühmten Tony Jacklin, der diesen wichtigsten britischen Golftitel gewann. Seine 282 Schläge (68+71+73+70) wurden mit 260 000 Mark honoriert. Er gewann in einer bis zum letzten Schlag offenen und spannungsgeladenen Schlacht, die schon eher ein Glücksspiel war, weil er weniger Fehler als seine namhaften Mitbewerber machte. Als Lyle zum vorletzten Schlag aus dem hohen Gras neben dem von Tausenden umlagerten letzten Grün den Ball nur kurz „heraushackte" und dieser sogar zurückrollte, fiel Lyle enttäuscht auf die Knie. Doch sein Bogey mit fünf Schlägen langte dennoch zu seinem bisher größten Erfolg: „Ein langer, langer Traum erfüllte sich."

Fast unbemerkt in diesem Final-Krimi noch vom elften auf den zweiten Platz vorgearbeitet hatte sich der 28jährige Payne Stewart (USA), dessen Markenzeichen möglichst farbfreudige Knickerbocker sind. Für seine 283 (70+75+70+68) Schläge kassierte er immerhin 172 000 Mark.

Mit Sandy Lyle gewann kein Unbekannter. Der Golflehrer-Sohn aus dem schottischen Shrewsbury, der neuerdings in einer luxuriösen Villa direkt am exclusiven Golfplatz in Wentworth bei London mit seiner Frau Christine und dem zweijährigen Sohn Stuart lebt, trat nach einer schon erfolgreichen Amateurkarriere dann 1977 ins Profi-Lager über und hat bisher schon fast 2,5 Millionen Mark an Preisgeldern gewonnen. Vor *Langer* war *Lyle* auch schon *1979* und 1980 jeweils die Nummer eins in Europa. Die British Open war jedoch sein erster Sieg in einem der zum Grand Slam gehörenden vier Turniere. Er hat sich auch schon auf der US-Tour in diesem Frühjahr nicht ohne Erfolg versucht. Er gewann bisher elf Turniere auf der Europa-Tour, feierte aber auch schon Siege in Nigeria, auf Hawaii (vor Langer) und in Japan.

„Wer auf diesem schweren Platz gewinnen will; der muß nicht nur gute Golfschläge machen, der muß auch viel Glück haben", hatte Bernhard Langer schon vor Beginn der Titelkämpfe erklärt, bei denen er hinter dem Titelverteidiger Severiano Ballesteros (Spanien) einer der großen Favoriten war. Er erfuhr dann am eigenen Leibe die Richtigkeit seiner Prognose, denn ihm fehlte auf dieser letzten Runde tatsächlich zum Sieg nur das notwendige Glück.



Ihm fehlte diesmal das Glück: Bernhard Langer. FOTO:AP

TV-Meßgeräte der dritten Generation erforschen ab Oktober die Seh-Gewohnheiten der SAT-Zuschauer

Delikates verschweigt TeleSensor ganz diskret

Jetzt wollen es auch die Programmmacher von SAT 1 wissen: Wieviel Zuschauer sie täglich vor den Bildschirm locken können, werden sie sich ab 1. Oktober statistisch bestätigen lassen. In 200 Haushalten, die repräsentativ aus denen ausgewählt wurden, die bereits über ECS- und Kabelempfang verfügen, wird mit Beginn des letzten Quartals der von der Gesellschaft für Fernsehzuschauerforschung „Teleskopie" in Bad Godesberg entwickelte „TeleSensor" das Sehverhalten der Zuschauer registrieren.

Der „TeleSensor" ist das TV-Meßgerät der dritten Generation, d. h., den veränderten Bedürfnissen der Bildschirmkonsumenten angepaßt. Es begann 1975 mit dem „teleskomat", der Einschaltzeiten und zuschauende Personen registrierte. Mit der Zeit mußte neuen Anforderungen Rechnung getragen werden: viele Geräte waren jetzt mit Fernbedienung ausgerüstet, in zahlreichen Haushalten standen Zweitgeräte (auch transportable), die meisten hatten mehr als sechs Kanäle. 1979 wurde der „teleskomat" abgelöst vom „TeleMetron", das der neuen Medienvielfalt spielend gerecht wurde.

Doch diese Zeiten sind vorbei. Das „TeleMetron" hat nun auch seine Schuldigkeit getan und muß dem noch höher entwickelten „TeleSensor" weichen. Der begnügt sich nun nicht mehr damit, festzuhalten, wer wann wie lange vor dem Bildschirm sitzt; er erfaßt vielmehr alles, was der Bildschirm leisten kann.

Er registriert nicht nur die Programmausstrahlung, sondern meldet auch, wenn ein Beitrag auf Video-Kassette aufgenommen und zu einem späteren Zeitpunkt wiedergegeben wird. Er merkt sich, ob ein Haushaltsmitglied Bildschirmtext abruft oder ob der Junior sich an Videospielen ergötzt, anstatt vielleicht Mathematikaufgaben zu machen. Nur die „Wiedergabe nicht ausgestrahlter Programme", wie es etwas umständlich und mißverständlich heißt, registriert er nicht. Im Klartext: der „TeleSensor" ist diskret genug, das Betrachten einer ausgeliehenen oder gekauften Videokassette möglicherweise delikaten Inhalts nicht an die Datensammelstelle zu verpetzen.

Bis zu acht Personen speichert der Kasten, in stumpfem Ocker und Rot gehalten und nicht gerade eine Zierde fürs Wohnzimmer. Per Fernbedienung melden sich die Zuschauer an, wobei jedem Sippenmitglied ein eigenes rotes Lämpchen beim Zugucken leuchtet. Da achtköpfige Familien hierzulande eher die Ausnahme sind, können somit auch immer einige Gäste erfaßt werden.

Das Meßgerät wird an die Antenne bzw. Kabelleitung angeschlossen. Es registriert, wann und wie lange jedes Familienmitglied den Fernsehapparat eingeschaltet hat und welche Programme gewählt wurden.

Allnächtlich werden dann von der Datensammelstelle alle gespeicherten Informationen abgerufen. Das Ganze funktioniert übrigens über das wohnungsinterne Stromnetz: Energie und Daten fließen einträchtig nebeneinander durch denselben Kupferdraht.

200 Kabelhaushalte zu befragen – ist das überhaupt repräsentativ? Klaus Liepelt von der „Teleskopie" antwortet mit einem schlichten „Ja". Und er nennt folgende Zahlen: Nach dem jüngsten Stand sind 1,039 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik verkabelt. Ans öffentlich-rechtliche Fernsehen sind 22,78 Millionen Wohnungen angeschlossen; aus 2500 von ihnen werden von der Nürnberger „Gesellschaft für Konsumforschung" (GfK) Zuschauerdaten gesammelt. Das heißt, jeder 5195. verkabelte Haushalt wird statistisch erfaßt; jedoch nur in jeder 9112. Wohnung steht ein Gerät für ARD und ZDF.

Selbst wenn die 1650 Zähler von der „Teleskopie" hinzugerechnet werden, die parallel neben den GfK-Geräten für die Zuschauerforschung von ARD und ZDF betrieben werden (und, laut Liepelt, zu den gleichen Ergebnissen kommen wie die Datensammler der GfK), ist es immer noch „nur" jeder 5489. Haushalt, aus dem die ARD- und ZDF-Sehgewohnheiten übermittelt werden. Rein rechnerisch ergibt sich für die Kabel-TV-Erfassung ein dichteres „Panel", damit ist die Summe aller erforschten Fernsehhaushalte gemeint. Man kann sich das durchaus als Landkarte, gespickt mit jeweils einem Fähnchen pro erfaßtem Haushalt, vorstellen.

Und was bedeutet in diesem Zusammenhang der Begriff „repräsentativ", der im Wortschatz der Markt- und Meinungsforscher eine so wesentliche Rolle spielt? Zunächst einmal heißt es, daß jede Familie anders strukturiert sein muß: Von zwei Hamburger Familien beispielsweise, in denen der Vater 52 Jahre alt und Bankbeamter ist, die Mutter einen Halbtagsjob als Sekretärin wahrnimmt und der vierzehnjährige Sohn auf ein naturwissenschaftliches Gymnasium geht, hat nur eine die Chance, von der „Teleskopie" als Forschungsobjekt ausgewählt zu werden. Darüber hinaus interessiert die Zahl der vorhandenen Fernseh- und Video-Geräte und sogar die Tatsache, ob sie per Fernbedienung ein- und umgeschaltet werden.

40 Prozent der befragten Haushalte lehnten es übrigens ab, sich einen „TeleSensor" ins Wohnzimmer zu stellen. Sie reizten nicht einmal die Fernsehgebühren, die die „Teleskopie" allmonatlich übernimmt, ein Lockmittel quasi, um den Einzug von „TeleSensor" möglich zu machen.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Eine Klinik mit Herz für Seele

Das „andere" Krankenhaus, im Volksmund „Arche im Pott" genannt, gewährte für **Unter deutschen Dächern** (ARD) den Fernsehkameras einen Einblick in seine Arbeit. Rudolf Steiner, Begründer der Anthroposophie, sieht Körper und Seele als ein Ganzes. In Herdecke sucht man darum Alternativen zur Hektik in modernen Großkliniken. „Es gab noch nie so viele Ärzte in Deutschland", sagt der Chirurg Oscar Konieczny vor der Kamera, „aber auch noch nie so viele Klagen über zu wenig Zeit für den Patienten." In Herdecke wird sie ihm gewährt. Bevor eine Therapie beginnt oder eine Operation vorbereitet wird, erhält der Patient alle Informationen über das, was mit ihm geschieht, auch über die eventuellen Risiken. Das alles wird einfühlsam bis zur Arbeit im OP-Saal aufgezeichnet.

Als „Ersatzteillager" für künstliche Gelenke und Herzen sieht sich das „andere" Krankenhaus nicht. Das Herz bleibt ein beseeltes Organ. Es gibt in Herdecke keine Klassenschranken, es gibt Arbeit ohne Hirarchie, Privathonorare gehen an die Gemeinschaft. Das Kennenlernen dieser Klinik baute Barrieren ab. Die Anthroposophie wirklich zu erfassen, dafür reichten 45 Minuten nicht aus.

GISELA KRANEFUSS

Grandios, aber aussichtslos

Die Geschichte ist kurz. Ein Mann ist auf eine reiche Heirat aus, er fährt nach Barcelona zur Weltausstellung, findet dort eine attraktive und offenbar wohlhabende Frau, doch tags darauf geht sie mit einem Millionär davon. Diese Story ist nicht erzählenswert, das wußte auch Ödön von Horvath und packte sie in einen Roman, bei dem es um das Wie, um die kleinen und großen Schäbigkeiten der für ihn verachtenswerten Spießer ging.

Uschi Madeisky und Klaus Werner verzichteten in **Der ewige Spießer** (ZDF) auf die Charakterisierung, auf alle psychologischen Gespinste und auf jede Differenzierung. Ihr „Spießer" wurde als fast irreale Kunstfigur in einer manirierten Umwelt vorgeführt, absichtliche Brüche zwischen damals, 1929, und heute wurden zu Überschneidungen und Verfremdungen stilisiert, und das Ganze spielte sich fast nur in Eisenbahnzügen ab, ein Spiel marionettenhafter Unwirklichkeiten, das sich selber auszudrücken große Mühe hatte. Die gleiche Mühe, die den Darstellern auferlegt war: Silke Rein, ein erstaunliches Plexiglas-Wesen, Frank Schuster und Alfred Edel, die ein Spiel spielten, das ins Blaue ging, sie spielten es grandios, aber, im Grunde aussichtslos.

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
6. Teil: Melancholie
11.25 Gott und die Welt
12.10 Krieg heißt ihr Handwerk
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna Iberica
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Das Klavierduo Güher und Süher Pekinel
Film von Christa Auch-Schwelk
Herbert von Karajan hat sie 1984 zu den Salzburger Osterfestspielen geholt, die Fachwelt sagt ihnen eine große internationale Karriere voraus.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
21.00 Panorama
Krieg der Sterne – Zwei Thesen zum SDI-Programm / Leihmütter und Bestelleltern / Drogenabhängigkeit und ihre Verwaltung / Illegaler Falkenhandel und Artenschutzabkommen
Moderation: Peter Gatter
21.45 Magnum
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Wolfgang Wagner
Herr der Ringe
Porträt von Percy Adlon
Das Porträt entstand während der Vorbereitung, den Proben und der Eröffnung der Bayreuther Festspiele 1984. Es zeigt Wolfgang Wagner als Organisator, Regisseur und Repräsentant der „Werkstatt Bayreuth", wie er das Erbstück seines Großvaters Richard Wagner gern nennt. Von einer Weihestätte mit anbetenden Wagnerianern will er nichts wissen.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Fenn – Hong Kong Pfui
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
16.30 Der Wunschfilm für Kinder
Mandara
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Die Sache ist gelaufen
Hessische Komödie
Mit Uwe Ochsenknecht, Cornelia Köndgen, Dieter Thomas u. a.
Die Gemeinden von Hainstein und Taunustal liegen seit einer Gebietsreform im Streit. Nun soll auch noch die Hauptstraße verbreitert werden.
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Zur Person: Prinz Luitpold von Bayern / Erlebnisbad: Sommer auf Abruf – nur für Betuchte? / Öl im Überfluß – Geht die OPEC baden? / Japanisches Warenhaus der Zukunft – Elektronik als Einkaufshilfe / Tip: Arbeitslosengeld nach der Ausbildung – Ein Trick hilft
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Ohne Liebe
Polnischer Spielfilm (1980)
von Barbara Sass
Nach einer *Liebesenttäuschung* aus Rom zurückgekehrt, denkt die junge polnische Journalistin Ewa nur noch an ihre Karriere.
23.45 Nero Wolfe
Leiche in besten Verhältnissen
0.30 heute





SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Big Valley
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Lana, Königin der Amazonen
20.30 Kulturmagazin
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 *Gefangene des Stroms*
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Joseph Cotton, Van Johnson u. a.
Regie: Henry Hathaway
Patrick ist ein angesehener Anwalt, sein Bruder Donald ein früherer Trunkenbold, der nach dem Ausbruch aus dem Gefängnis Hilfe sucht.
23.45 Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Flucht aus dem Paradies
Ein Bericht von Marianne Pletscher über die Tamilen in Sri Lanka und in der Schweiz
20.30 Alle Hunde lieben Theobald
Heitere Geschichten um einen Hundenarren
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Das feuerrote Spielmobil
Wenn das Haus weg schwimmt
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramm der Landesstudios

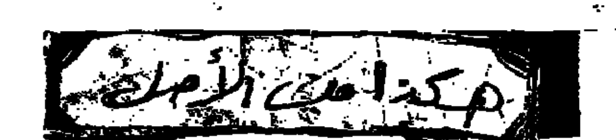
NORD
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Rockpalast
Rodgau Monotones
In der „Zeche Bochum" sorgten die Rodgau Monotones 1984 mit ihrer Rock'n'Roll-Show für Hochstimmung

HESSEN
18.30 *Das feuerrote Spielmobil*
19.00 Jauche und Levkojen (9)
19.30 Jauche und Levkojen (10)
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Und immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel
Mit 500 PS durchs Weserbergland
21.00 Rückblende
Vor 25 Jahren *gestorben: Hans Albers*
Film von Micha Terjung
21.15 Mozart (5)
Fünfteiliger Fernsehfilm
Der Erfolg hat aus Mozart einen anderen Menschen gemacht. Er geht als „freier Musicus" nach Wien und trifft dort die Sängerin Marianne Weber wieder
22.45 Reisewege zur Kunst Spanien (2)
Costa Verde und Galicien
23.30 19. Deutsches Jazzfestival Frankfurt
Bernd-Konrad-Project
Amman-Boutz-Project
0.20 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Das einfache Mädchen
Deutscher Spielfilm (1957)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Das Zittern hat schon begonnen
Burgund zwischen zwei Wahlen
21.00 Wo, bitte, geht's zur Front?
Amerikanischer Spielfilm (1970)
Mit Jerry Lewis u. a.
23.15 An der schönen blauen Donau
23.45 Christliche Kunstwerke in Baden-Württemberg
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Sergeant Berry
Deutscher Spielfilm (1938)
20.50 Die Sprechstunde
Magnesium – Treibstoff für den Körper?
21.35 Rundschau
21.50 Zu Gast im eigenen Lande
Palästinenser in Israel
22.50 Z. E. N.
22.40 Der Sportstammtisch
23.40 Rundschau



Brüssel läßt sehr grüßen

A. W. – Der deutsche Archäologenverband schlägt Alarm, weil die sozialistische griechische Regierung ein Führungs- und Redeverbot für ausländische Ciceroni in allen griechischen Museen und an allen in Griechenland liegenden antiken Erinnerungsstätten erlassen hat. Die Sache ist wirklich fatal und trifft den deutschen Bildungstourismus nach Hellas an zentraler Stelle. Ist es doch seit Jahrzehnten guter Brauch, daß sich Reisegesellschaften aus der Bundesrepublik von vornherein unter die leitende Obhut eines deutschen Fachmannes begeben.

So mancher bedeutende Gelehrte und auch so mancher klassisch gebildete Schriftsteller, von Erhart Kästner bis Hans Egon Holthusen, hat sich als Reiseleiter im Auftrag des deutschen Archäologenverbandes schon ein Zubrot verdienen können. Und die Reiseteilnehmer wußten sich von diesen Koryphäen die ganze Tour über bestens bedient, mußten nicht fürchten, angesichts der antiken Trümmer Auskünfte zu erhalten, die von Lokalpatriotismus oder gar von politischen Tagesbedürfnissen getrübt waren. Das soll nun offenbar anders werden. Künftig sollen die alten Griechen wohl unmittelbar mit den Meriten des Herrn Papandreou in Verbindung gebracht werden.

Denkt man das zu Ende, so ergeben sich groteske Konsequenzen. Man käme eines Tages wohl dahin, daß künftig griechische Skulpturen nur noch von Griechen, italienische Gemälde nur noch von Italienern, Shakespeares Dramen nur noch von Engländern und Bachs Oratorien nur noch von Deutschen interpretiert werden dürften. Und das alles im Zeichen eines vereinigten Europa! Die Brüsseler Euro-Bürokraten lassen schön grüßen.

Neue Platte: Klavierjazz

Wenn ein Romantiker swingt

Meine Musik ist das wichtigste in meinem Leben. Meine Musik enthält mehr von mir als alles andere." Dieses Bekenntnis machte der Pianist Bill Evans, der „tonalste" Vertreter des Modern Jazz, der 1980 im Alter von nur 51 Jahren starb. Kurz zuvor, im November 1979, hatte er, gemeinsam mit dem Bassisten Marc Johnson und dem Schlagzeuger Joe LaBarbera, für den französischen Rundfunk sein „Paris Concert" aufgenommen: es sollte sein Vermächtnis werden. Vor einiger Zeit ist diese Live-Aufnahme auf Schallplatten veröffentlicht worden („The Paris Concerto", Edition One and Two, WEA/Musician, 960 164-1[Y] und 960 311-1[Y]).

Ein sorgfältig ausgewähltes Programm kennzeichnet die beiden Platten und beweist, daß auch eine Gruppe, die erst kurz beisammen ist, optimal musizieren kann. Die langsamen Balladen sind in der Überzahl und werden nur von wenigen schnellen Nummern kontrapunktiert. Vieles, was zu hören ist, entstammt der Feder Evans': Kompositionen, die seinen herausragenden Rang auch auf diesem Gebiet deutlich machen und seinen Ruf als „swingender Romantiker" untermauern.

Geschmackssicher steuert Evans seine Musiker zum Beispiel durch die Rodgers-und-Hart-Ballade „My Romance", die sehr leicht ins Schnulzenhafte umkippen kann, je nachdem, in wessen Kehle bzw. Instrument sie gerät. Höhepunkte des zweiten Teils der Platte sind Evans' Liebeserklärung an seinen Sohn, „Letter to Evan", sowie seine Stücke „34 Skidoo" und „Laurie", hervorragendes Material für das Trio, das präzise Zusammenspiel zu demonstrieren.

Hier ein Vermächtnis, dort ein vielversprechender Beginn: Wir sprechen von der Debütplatte der Pianisten Volker Rogall und Gregor van Buggenum. Sie arbeiten seit etwa anderthalb Jahren als Duo, ihre erste Platte, lakonisch betitelt „Two / Piano / Jazz", entstand am 24. April 1984 in der Kulturfabrik Koblenz (Ornament Records, CH 7.732). Bewundernswert ist auch bei diesen beiden klassisch ausgebildeten Musikern das höchst exakte Zusammenspiel

Sie eröffnen ihren Vortrag mit Victor Youngs Klassiker „Stella by Starlight", wobei sie den Song aus einem Spielfilm von 1944 zur symphonischen Form ausdehnen und mit originellen Improvisationen zu veredeln wissen. Was man von ihrer eigenen Komposition, „A Night in Phrygia", leider nicht gerade sagen kann. Dem Song fehlt es an Einfallsreichtum, das musikalische Material ist allzu dürftig.

Auf der zweiten Plattenseite können sie dieses Manko allerdings wieder wettmachen – mit Stücken von Hancock, Shorter und Davis/Evans. Wenn das vorgegebene Material stimmt, so zeigt sich hier, dann wissen die jungen Talente des Klavierjazz auch etwas Ordentliches damit anzufangen. RAINER NOLDEN

Das Festival von Aix wurde zu Frankreichs Bayreuth

Wenn der Graf in einer Uhr sitzt

Sie ist die Königin von Aix in diesem Jahr: Jessye Norman, die schwergewichtige schwarze Sängerin, für die eine Bühnenrolle zu finden so schwierig geworden ist. Seit kurzem hat sie wieder eine: Die Ariadne von Richard Strauss, und sie in Aix-en-Provence zu singen, zog sie der Bayreuther Einladung für die Venus im „Tannhäuser" dann auch vor.

Das liegt nicht nur an Strauss und seiner Ariadne, das liegt auch an Aix und an Frankreich, das die Norman zwar später als Deutschland entdeckt hat, sie aber um so mehr vergöttert. In Frankreich hat die Norman heute *ihr* Publikum. Also hat sie es sommers in Aix, wohin Frankreichs Kulturleben samt Publikum auf Urlaub geht wie das deutsche nach Bayreuth und Salzburg.

Längst hat sich Aix von einer Sommerlaune zur Institution gemausert. Nächst Bayreuth ist es das ausverkaufteste Musikfestival in Europa. Daran ändert auch die neue Staffelung der Sitze im Hof des erzbischöflichen Palais nichts und das Einziehen eines zweiten Rangs. Statt der bisher 1200 Plätze kann Aix nun allabendlich 1600 Karten offerieren. Das Festival ist in Mode wie nie zuvor.

Sein Chef, Louis Erlo, der auch über die Oper von Lyon regiert, hat diesen Umstand zu einer Kurskorrektur beim Programm genutzt. Das alte Aix hatte sich ja an Mozart gleichsam überfressen. Es siechte langsam dahin. Dann kam unter Erlo ein neuer Aufschwung, maßgeblich mit Opern Rossinis und Rameaus. Nun knüpft Erlo wieder vorsichtig an die alte Tradition an: Neben der „Ariadne auf Naxos" stehen Mozarts „Hochzeit des Figaro" und Monteverdis „Orfeo" auf dem Programm.

Die Norman als Ariadne: Sie liefert im Vorspiel, das ihr nur ein paar Sätze zu singen gibt, schon eine köstliche Studie als Primadonna – sich fregattengleich in Szene schiebend. Es ist der Auftakt zu einer der ganz großen Darstellungen, die man heute im Musiktheater erleben kann. Mit ausschließlich stimmlichen Mitteln gelingt es ihr, zwischen Todessehnsucht und Selbstzerstörung zu schwanken. Das Wunder der Metamorphose: ihre Stimme gebiert es in einem fort. Was die Norman dazu mit Blicken und ein paar Kopfbewegungen anstellt, wie sie nicht nur das Publikum, sondern auch ihre Mitspieler in Schach hält mit ein paar Gesten – das ist mehr zu bestaunen als zu begreifen. Vielleicht macht sie ja ein bißchen Voodoo: zum Nutzen der Kunst.

Gleichwertige Partner hat die Norman nicht. William Johns als brüllender Bacchus, Ghylaine Raphanel als dünnstimmige Zerbinetta – sie reichen für Aix nicht. Sehr schön hingegen Jeanne Piland als inbrünstig leidender Komponist. Der Dirigent Semjon Byckow folgte willig den zum Teil extrem langsamen Tempovorstellungen der Norman. Regisseur Göran Järvefelt ließ auf vernünftige Art agieren: eher kühl als überdreht, mit Ausnahme der Zerbinetta-Truppe, die mit Steven Cole sogar eine aufgekratzte Broadway-Nudel im Troß mitführte.

Was die Norman für die „Ariadne", das möchte Gino Quilico für Monteverdis „Orfeo" sein: der Star, der notfalls die ganze Aufführung im Alleingang schmeißt. Er singt diesen Opernhelden aus dem Jahre 1607 auf ganz und gar nicht akademische Art, sondern läßt die Halsmuskeln spielen. Das macht enormen Eindruck, wenn auch nicht gerade auf Monteverdi-Kenner. Ob es der Stimme auf die Dauer gut tut, so forciert zu werden, ist auch noch eine Frage. Aber so wie Quilico singt, klingt es stattlich, und da er im thrakischen Hirtenschurz auch noch aussieht wie ein Filmmodell in der falschen Rolle, hat er die Begeisterung für sich.

Eine Besetzung, wie sie wohl nur mit Michel Corboz, diesem Querkopf in Sachen Alte Musik, denkbar war. Corboz läßt reizvoll auf alten Instrumenten spielen, gewinnt ihnen verwirrend schöne Klangfarben ab, aber er achtet in keinem Moment auf so etwas wie Artikulation der Monodie oder gar Klangrede. Auch die Sänger, darunter Colette Alliot-Lugaz, Audrey Michael, Carolyn Watkinson und der Countertenor Jean Nurouet, dürfen phrasieren, als ginge es um Musik des 19. Jahrhunderts.

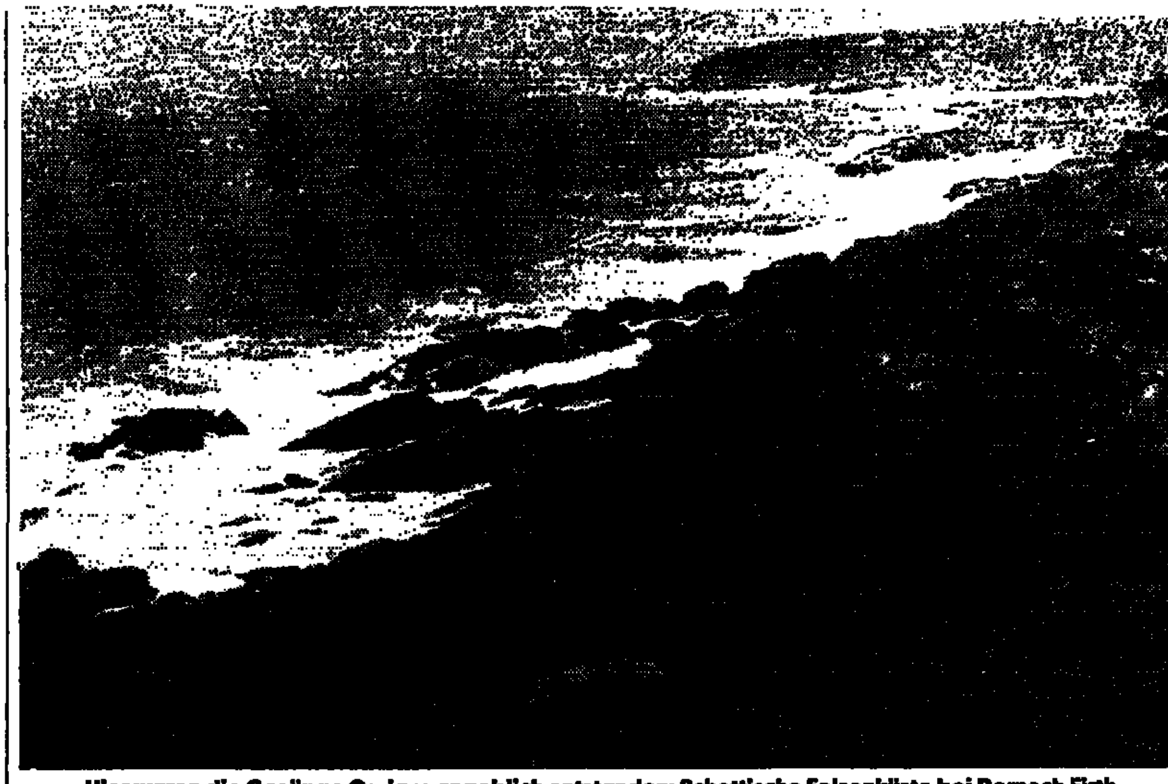
Gegen den Medienverbund, den Aix und Corboz mit „Orfeo" ausspielen, sind Salzburg und Karajan die reinsten Waisenknaben. Musikalisch war die Aufführung schon von der Plattenfirma Erato vorproduziert (NUM 75212, zwei LPs), mit Hilfe von Radio France und der Musikstiftung des Erdölkonzerns Total. Szenisch hatte man schon durch eine Verfilmung für Kino, Fernsehen und Video in den Cinecitta-Studios von Rom so weit alles im Kasten. Für die Bühnenpräsentation in Aix sprang die Air France bei, und die Aufführung wandert nun weiter ans Opernhaus von Genf, an das Théâtre des Champs-Elysées und nach Orléans.

Das verlangt einen Regisseur von Namen als Lockvogel: Es ist Claude Goretta, der Schweizer Filmemacher, der wie viele seiner Kollegen sein Herz für die Oper entdeckt hat. Goretta gibt dem fast handlungslosen Stück viel Bewegung, wenn auch auf sehr glatte, ja choreographische Art. Trotz jener gräßlichen französischen Ausstattungsmoderne in Rauhputz und Plastik (Bühnenbild: Jacques Bufnoir) gelingen Goretta immer wieder sehr schön gestellte Bilder, in denen die Aktion gleichsam erstarrt am Schluß der einzelnen Szenen.

Am wenigsten glücklich dürfte Aix freilich mit seinem ehrgeizigsten Vorhaben gefahren sein: Mozart. Man hatte die Inszenierung des „Figaro" einschließlich der Ausstattung dem Avantgarde-Regisseur Pier Luigi Pier'Alli übertragen, der sich seine Meriten hauptsächlich in Avignon verdient hat. Seine Idee für das Stück ist frappant: Er zeigt auf der Bühne das Innere einer Uhr, und eine Uhr rückt auch sonst immer wieder ins Bild. Natürlich, da Beaumarchais' Komödien-Dramaturgie und damit Mozarts Oper funktionieren wie ein Uhrwerk. Präzise greift ein Rädchen ins andere. Und sicher auch: Für den Grafen und seine ganze Feudalklasse ist es in diesem Stück fünf Minuten vor zwölf.

Nur muß man dies zeigen, diese Urwerks-Dramaturgie vorführen. *Davon* lebt das Stück – nicht von einer Uhr auf der Bühne, die ohnehin falsch geht. In Aix lahmt die Aufführung, weil Pier'Alli eben die Komödie unterschlägt und auch nichts an ihre Stelle setzen kann. Hätte er wenigstens noch einen sich aufbäumenden Revolutions-Figaro gezeigt! Aber auch dieser Aspekt geht ganz unter. Wie auch bei dem Dirigenten John Eliot Gardiner mehr untergeht, als beleuchtet wird. Trocken und schnell – das mag bei barocker Nähmaschinenmusik erfrischende Erfolge zeitigen. Mozart hingegen braucht Verstand und Herz.

Bei den Sängern sind Lella Cuberli als Gräfin, Diana Montague als Cerubino und Christine Barbaux als Susanna zu loben, der Figaro von Gilles Cacemaille und der Graf von Thomas Hampson haben die Fahrkarte nach Salzburg noch längst nicht in der Tasche. Denn das muß Aix einsehen: Zurück zum alten Mozart-Glanz ist ein weiterer Weg, als die Rossini- und Rameau-Erfolge der letzten Jahre suggerierten. REINHARD BEUTH



Hier waren die Gesänge Ossians angeblich entstanden: Schottische Felsenküste bei Dornoch Firth FOTO: M. JANSSEN

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (I): Die Lieder und Epen Ossians

Des Nordens sturmumtoster Homer

Die erfolgreichste Fälschung ist selbstverständlich diejenige, die nie durchschaut wird. Manche Kunst- und Literaturfälschung hat aber Geschichte gemacht, obwohl (oder auch: gerade weil) sie entlarvt wurde. Gefälschte Nationalepen, gefälschte Musikpartituren, gefälschte Kunstwerke – oft genug bewegten sie die Gemüter mehr als die Originale, machten Schule, begründeten ganze Stilrichtungen. In einer kleinen sommerlichen Serie wird die WELT in loser Folge einige der spektakulärsten, folgenreichsten Literatur- und Kunstfälschungen vorstellen. Den Anfang macht heute Thomas Macphersons „Ossian".

Am Anfang stand die fieberhafte Suche aller europäischen Nationen nach ihrem ureigensten Nationalepos aus grauer Vorzeit. Griechenland hatte schon immer seinen Homer, Italien seinen Vergil; in Deutschland waren seit Mitte des 18. Jahrhunderts die Anfänge der Nibelungenbegeisterung auszumachen, die dann bezeichnenderweise zur Zeit der napoleonischen Besetzung ihren kaum vorstellbaren Gipfel erreichte.

Nach dem endgültigen politischen und militärischen Sieg der Engländer über die heimatstolzen Schotten 1746 war für diese die Entdeckung eines „eigenen" Poems, möglichst in altgälischer (schottisch-keltischer) Sprachform, geradezu eine nationale Forderung der Stunde. Der mittellose 23jährige Hauslehrer Thomas Macpherson (1736-1796) tat sich nach alten Liedern aus den Highlands um, von einflußreichen Persönlichkeiten angeregt und (auch finanziell) unterstützt. Prompt wurde der junge Mann fündig: Er „übersetzte" ein paar Texte angeblich altgälischen Idioms ins Englische, und das gelehrte Edinburgh war erwartungsgemäß begeistert, zwang ihn förmlich zur Publikation. „Fragments of Ancient Poetry" nannte er 15 fragmentarische und etwas zusammenhanglose Dichtungen, die er als Teile zweier Epen um den Helden Fingal deklarierte; der Sänger, angeblich aus dem 3. nachchristlichen Jahrhundert, habe aber *Ossian* geheißen.

Die schottische und sehr schnell die gesamte europäische Leserschaft war so enthusiasmiert, daß es nun für den jungen, über Nacht berühmt gewordenen Schotten weder ein Halt noch gar ein Zurück mehr gab. Er „entdeckte" in schneller Folge alles, was gesucht wurde: Ossians komplette Epen „Fingal" und „Temara" erschienen 1762 und 1763. Der Sänger, so greise, so blind und biographisch ungreifbar wie Homer, schildert dort in raunenden Wortkaskaden und in wahren Orgien so geheimnis- wie verheißungsvoll klingender Namen Heldentaten und Tod seines Vaters Fingal und seines Sohnes Oscar. Macpherson hatte – nach Madame de Staël – den „Homer des Nordens" entdeckt, nach dem man immer schon gesucht hatte.

Wo aber des Griechen Welt voller Götter, Licht und Klarheit war, da verharrte der Barde des Nordens in einer völlig entgötterten Welt voll trüben Halbdämmers. Und genau das wurde Mode in der europäischen Kunst der Spätaufklärung; diese Fälschung zeitigte die gewaltigsten Folgen. Goethe, Herder, Leopold Stolberg übersetzten den Ossian, Klopstock, die Göttinger Hainbündler ahmten ihn nach, Jean Paul und Jacob Grimm rühmten ihn (letzterer verweigerte der Entdeckung des Betrugs zeitlebens standhaft die Anerkennung!); Schubert komponierte Ossian-Texte, Mendelssohn seine Hebridenouvertüre aus dem Geist Ossians; Ph. O. Runge, Angelika Kauffmann, Ingres und viele andere schufen Ossian-Illustrationen.

Napoleon, Chateaubriand und Lamartine stellten Ossian weit über Homer. Da hatte Goethe, bei aller Begeisterung, doch ein schärferes Gespür, obwohl gerade er ungewollt zum bedeutendsten Herold des schimärischen Sängers geworden war. „Ossian hat in meinem Herzen den Homer verdrängt", ließ er seinen Werther notieren. Daran hielt sich die gleichsam blindwütige Begeisterung der Leser, nicht aber an Goethes tatsächliche Intentionen. „Die Herren Kritiker haben nicht darauf geachtet", sagte Goethe später zu seinem englischen Besucher Henry Crabb Robinson, „daß Werther den Homer pries, als er noch völlig bei Sinnen war, dagegen den Ossian, als er verrückt wurde."

Macphersons geniale dichterische (Fälscher-)Leistung steht ebenso außer Frage wie die Geschicklichkeit seiner Fiktion. Nie ließ er sich erweichen, einen der „gälischen Originaltexte" zu seinen Lebzeiten zu veröffentlichen oder auch nur vorzuzeigen; aber er hinterließ ein Legat von 1000 Pfund für entsprechende Publikationen nach seinem Tode. Da die Kiste mit den Originalen jedoch merkwürdigerweise schlicht unauffindbar war und blieb, begab sich eine Kommission, die vor allem von aufgebrachten Iren und Engländern gefordert wurde (Oissin hieß nämlich ein altirischer Sänger; schottische Schriftstücke gibt es nach englischer Version erst seit dem 16. Jahrhundert), zwischen 1797 und 1805 auf – vergebliche – Spurensuche.

Als 1807 endlich angebliche Originale aus Macphersons Nachlaß veröffentlicht wurden, erwiesen sie sich als bloße Rückübersetzungen der englischen Ossian-Texte in ein verdächtig modern klingendes Gälisch. Gnädigerweise blieb diese Entlarvung Johann Gottfried Herder (gest. 1803), dem glühendsten Propheten Ossians, erspart und natürlich auch dem Schöpfer dieser Fiktion selbst: Er liegt in allen Ehren bis heute unbehelligt in der *Poets Corner* der Westminster Abbey begraben.

Der Schritt von der ebenso genialen wie unverfrorenen Fiktion literarischer Texte zu einer glanzvollen kommerziellen und politischen Karriere war für ihn offenbar nur klein. Er hinterließ neben einem beachtlichen Vermögen fünf uneheliche Kinder und eben die wohl folgenreichste Literaturfälschung aller Zeiten. Sie traf nicht zuletzt deswegen den Nerv seiner Epoche, weil sie ungeheuer geschickt aus verschwommenen Volkstraditionen, aus biblischen und homerischen Motiven, aus Miltonschen und Youngschen Gedanken zusammengebastelt war.

Alle jederzeit wirksamen oder seinerzeit aktuellen Ingredienzen versammelte der Schotte in seiner rhythmischen englischen Prosa und schuf damit nach den Worten Herbert Schöfflers eine „des Gottes bare, von Wehklagen und Echo durchklungene Ideallandschaft, die sich ein neues Menschentum jenseits vom Glauben der Ahnen und Väter erträumte. Sie war zukunftsträchtig wie weniges in unserer Entwicklung; denn sie enthielt in Keimen zahlreiche der Erschütterungen, die über die deutsche Seele kommen sollten."

Die deutsche Seele – sie hatte den Mythos Ossian mit einer Leidenschaft und Begeisterung ergriffen und hochstilisiert wie keine andere europäische Nation, die Schotten inbegriffen. Die scheinbar uralte poetische Botschaft wurde hierzulande ähnlich ins Grundsätzliche, ja Metaphysische erhoben wie die fast gleichzeitig entdeckte Welt Shakespeares. Damit war aber zugleich ein Anstoß gegeben, sich seriös nach wirklich existierenden alten einheimischen Überlieferungen umzutun. Die beginnende Germanistik empfing durch die Ossian-Begeisterung vehemente Schubkraft. „Des Knaben Wunderhorn" und Grimms Märchen und Sagen sind einige der schönsten Spätfolgen Macphersons, der einem Desiderat Gestalt verliehen hatte, angesichts dessen sich Kritik und Bewunderung wohl allezeit die Waage halten werden. HEINZ RÖLLECKE



Kostbarkeit aus dem Œuvre der Jamnitzer-Dynastie: Christoph Jamnitzers Adler vom Mittelportal des Nürnberger Rathauses (1612) FOTO: KATALOG

Das Nürnberger Germanische Museum ehrt den Goldschmied Wenzel Jamnitzer

Der Mann, der vier Kaisern diente

Der aus Wien stammende Wenzel Jamnitzer (um 1507/08 bis 1585) gilt als der bedeutendste und einflußreichste deutsche Goldschmied der Renaissance. Zusammen mit seinem Bruder Albrecht, seinem Mitarbeiter, wanderte er 1543 in die kaiserliche Reichsstadt Nürnberg ein und begründete dort zusammen mit seinen Söhnen und Schwiegersöhnen eine ganze Dynastie von Goldschmieden, Zeichnern und Stechern.

Wenzel Jamnitzer arbeitete für vier Kaiser: für Karl V., Ferdinand I., Maximilian II. und Rudolf II. Sein 1578 nach über einem Jahrzehnt fertig gewordener Prager Brunnen für die Kaiser Maximilian II. und Rudolf II. war eine Verherrlichung des Hauses Habsburg, eine künstlerisch und technisch großartige Meisterleistung. Von dem mit Wasserkraft mechanisch bewegten Brunnenwerk, das Mitte des 18. Jahrhunderts abgetragen und seines Materialwertes wegen in Wien eingeschmolzen wurde, existieren leider nur noch die aus Bronze gegossenen und vergoldeten vier Jahreszeiten-Figuren, die als Karyatiden den silbenern Brunnen trugen.

Als Leihgaben des Wiener Kunsthistorischen Museums erinnern sie in der Ausstellung des Nürnberger Germanischen Museums zum 400. Todestag Wenzel Jamnitzers jetzt daran, daß dieser höchst feinsinnige und gelehrte Manierist ganz im Sinne der italienischen Renaissance ein sehr vielseitiger Künstler, Entwerfer und Erfinder war. Seine Studien auf den Gebieten der angewandten Mathematik, der Physik, der Mechanik und Perspektive faßte er 1568 in seiner „Perspectiva corporum regularium" zusammen.

Die Nürnberger Schau bietet unter der Ägide von Prof. Gerhard Bott eine Gesamtdarstellung der Nürnberger Goldschmiedekunst der Zeit zwischen 1500 und 1700. Für Konzeption, Durchführung und Katalog verantwortlich zeichnet Klaus Pechstein; er widmet sich seit bereits 20 Jahren der Jamnitzer-Forschung. Der Katalog dient einstweilen als Standardwerk.

Das Amsterdamer Rijksmuseum entlieh nach Nürnberg eines der Hauptwerke Wenzel Jamnitzers: den einen Meter hohen Tafelaufsatz von 1549, der ursprünglich für einen Besuch Karls V. oder seines Sohnes Philipp in der Reichsstadt bestimmt war. Das Modell eines unbekannten Schnitzers für die antikisch gewandete Mutter Erde, die in tänzerischer Gebärde die reich verzierte Schale mit dem bekrönenden Väschen und den Silberblumen trägt, kam aus dem Berliner Kunstgewerbemuseum. Als Schöpfer dieser Figur kommt Wenzel Jamnitzer selber in Frage.

Die zeremoniellen Trinksitten der Spätrenaissance und der teure Brauch, regierenden Fürsten und wichtigen ausländischen Repräsentanten kostbare Ehrengeschenke zukommen zu lassen, förderten in Nürnberg die Produktion kunstvoller und komplizierter Gefäße von bedeutungsvoller Zurüstung. Reihenweise sind die seit der Gotik beliebten Bukkelpokale zu sehen, die noch im ganzen 16. Jahrhundert als Meisterstück vorgeschrieben waren.

Den klaren Gliederungen und den Adaptionen des italienischen Vorbilder-Katalogs folgten Kombinationen von Naturmotiven und phantastischer Ornamentik. Bedient wurde damit übrigens vorwiegend das Bürgertum, das dergleichen zu sammeln begann. Ähnlich wie in Augsburg entwickelte sich in Nürnberg in und nach der Reformation, trotz Ausbleibens feudaler Auftraggeber, das hochwertigste Kunsthandwerk: Merkmal einer neuen Zeit. (Katalog 48 Mark, bis 15. September.)
ALEXANDER ERXLEBEN

JOURNAL

Konzept für 750-Jahr-Feier fertig

AP, Berlin

„Das sicher wichtigste Vorhaben der 750-Jahr-Feier", die „Zentrale historische Ausstellung" im Martin-Gropius-Bau 1987 in Berlin, hat Kultursenator Volker Hassemer im Konzept vorgestellt. Wie der wissenschaftliche Leiter der Ausstellung, Reinhard Rürup, erklärte, war es Aufgabe einer Planungsgruppe, „die Grundentscheidungen zu treffen und die Rahmenbedingungen festzulegen". Dies sei unter dem Arbeitstitel „BERLIN BERLIN – Die große Stadt" geschehen. Die Aussteller hofften, im Winter das endgültige Konzept vorstellen zu können.

Schwarze Tage für „Schwanensee"

SAD, London

Londons Königliche Oper am Covent Garden hat bereits 400 000 Mark verloren, weil die Bühnenarbeiter streiken. Bisher sind fünf Ballett-Vorstellungen von „Schwanensee" ausgefallen. Den Zuschauern der immer ausverkauften Vorführungen wird der Kartenpreis voll erstattet. Die Bühnenarbeiter der Oper, die während der Vorstellung viel „Leerlauf" haben, bringen es bei einer auf diese Weise ausgedehnten 60- bis 70-Stunden-Woche auf Monatsgehälter von 4700 Mark. Dieses Einkommen ist vor allem durch Überstundenzuschläge garantiert. Weil die Arbeitgeberseite die Überstundenvereinbarung abbauen will, entstand der Tarifkonflikt. Bisher steht nicht fest, ob „Schwanensee" vor der Sommerpause noch einmal gezeigt wird.

„Amerikanisierung" des Englischen befürchtet

AFP, London

Die englische Sprache wird sich unter dem wachsenden politischen und kulturellen Einfluß der USA auf Großbritannien „immer mehr amerikanisieren". Dies sieht der in Oxford tätige Linguist Michael Swan in einem in der Monatsschrift „English Today" veröffentlichten Artikel voraus. Ein Schlüsselfaktor für die zunehmende Amerikanisierung des Englischen sei die Revolution im Kommunikationswesen und hier insbesondere der massive Einsatz von Computern. Die Schrift verliere an Bedeutung, und damit werde das literarische Englisch in den Hintergrund gedrängt.

Malaparte-Villa ist vom Verfall bedroht

AFP, Capri

Die luxuriöse Villa, die sich der vor 28 Jahren gestorbene italienische Schriftsteller Curzio Malaparte auf Capri bauen ließ und die von den bekanntesten Architekten vor fünf Jahren zum schönsten Bauwerk der Insel gekürt wurde, ist vom Verfall bedroht. Malaparte selbst, der sich in seinen letzten Lebensjahren besonders für China interessierte, hatte in seinem Testament den Wunsch geäußert, daß das Haus in eine Stiftung für in Italien studierende Chinesen umgewandelt werde. Der italienische Staat ließ diesen Wunsch bisher jedoch unbeachtet. Die Vereinigung der „Freunde Capris" wollte die Villa vor einigen Jahren zu einem Zentrum für Kunstausstellungen machen. Die Hinterbliebenen Malapartes wandten sich mit der Begründung dagegen, es sei aus Sicherheitsgründen nicht möglich, das Haus ständig offenzuhalten.

Zeichentrick- und Marionetten-Filme

AFP, Antibes

Sein erstes internationales Festival für Zeichentrick-, Animations- und Marionettenfilme (Fidaam) veranstaltet das südfranzösische Seebad Antibes vom 4. bis 9. Oktober. Zu dem Ereignis haben sich Teilnehmer aus den USA, China, Japan, den Ostblockstaaten und Neuseeland angesagt. Am Wettbewerb können Zeichentrickfilme teilnehmen, die nicht älter als zwei Jahre sind. In den drei Sparten Zeichentrick, Animation und Marionetten gibt es jeweils einen Hauptpreis, die „Goldene Sirene".

Opernaufführung in 2800 Metern Höhe

AFP, Bogotá

Das Opernhaus der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá wird im Oktober mit der Oper „Die heimliche Hochzeit" von Domenico Cimarosa in der 2800 Meter hoch gelegenen ecuadorianischen Hauptstadt Quito gastieren. Das aus dem 18. Jahrhundert stammende Colon-Theater Bogotás, ein Barockbau im ehemaligen Kolonialviertel Candeleria, ist an sich schon das „höchste" Opernhaus der Welt, denn Bogotá liegt bereits in 2600 Metern Höhe. Sein Leiter, Francisco Vergara, der gleichzeitig als Bariton an der Kölner Oper singt und zweiter Sekretär der kolumbianischen Botschaft in Bonn ist, inszeniert in diesem Jahr mit einem Budget von nur 450 000 Dollar drei Opern: „Die heimliche Hochzeit", Verdis „Rigoletto" und Bizets „Carmen".

Fiel Bhutto-Sohn einem Verbrechen zum Opfer?

SAD, Cannes

Der Schleier des Geheimnisses liegt weiterhin über dem Tod von Shah Nawaz Khan Bhutto (27), einem der Söhne des ehemaligen Staatschefs von Pakistan, Zulfikar Ali Khan Bhutto. Der *Bhutto-Sohn* war *in der* vergangenen Woche tot in seiner Luxuswohnung in Cannes entdeckt worden, und die französische Polizei kann ein Verbrechen nicht ausschließen. Shah Bhutto war am vergangenen Donnerstag von seiner Ehefrau im Wohnzimmer entdeckt worden. Er lag tot auf dem Teppichboden, leere Flaschen und Gläser standen auf dem Tisch.

Die Familie rief die Polizei. Angeblich stellten die Beamten nach ersten Untersuchungen keine Anzeichen von Gewaltanwendung fest. Nach Angaben von Nachbarn, die die Leiche des Bhutto-Sohnes noch vor Eintreffen der Polizei sehen konnten, hatte der Tote eine bläuliche Hautfarbe, was nach Meinung von Ärzten auf einen Tod durch Ersticken schließen lassen könnte. Der Staatsanwalt von Grasse ordnete eine Autopsie an. Die französische Kriminalpolizei beschlagnahmte auch die leeren Gläser und Flaschen im Bhutto-Appartement. Es soll festgestellt werden, ob der 27jährige auf natürliche Weise starb, Selbstmord beging oder ob ein Verbrechen vorliegt.

Der *Bhutto-Sohn war einige* Stunden vor seinem Tod noch im Luxus-Night-Club „Palm Beach" in Cannes gesehen worden. Er hatte dort in Begleitung seiner Ehefrau, seines Bruders und dessen Ehefrau gespeist. Mehrere Mitglieder der Bhutto-Familie, darunter Nusrat, die Witwe des



Wurde tot in seiner Wohnung gefunden: Bhutto-Sohn Shah Nawaz FOTO: AP

ehemaligen Staatschefs von Pakistan, waren erst drei Tage vor dem Tod Shah Bhuttos in Cannes eingetroffen.

Shah Nawaz Khan Bhutto lebte offiziell in London, besaß jedoch eine französische Aufenthaltsgenehmigung und eine Luxuswohnung in Cannes an der Croisette. Er reiste häufig in die USA und besaß angeblich auch Wohnungen in Damaskus und in der Schweiz.

Zulfikar Ali Bhutto, der Vater des auf so mysteriöse Weise ums Leben Gekommenen, galt als einer der brillantesten und ehrgeizigsten Politiker Asiens. In den Jahren 1971 bis 1977, in denen er zunächst als Präsident, dann als Premier Pakistan regierte, trug er die Politik aufs Land, in die primitiven Dörfer. Den Bauern, zu 80 Prozent Analphabeten, vermittelte der begabte Demagoge Bhutto in Landeskleidung und mit einfachen Worten das Gefühl, *sie seien für den* Staat wichtig. Nach blutigen Unruhen im Zusammenhang mit offenbaren Wahlmanipulationen wurde *Bhutto 1977 von den Militärs des Landes* gestürzt und inhaftiert. In der Nacht zum 5. April 1979 wurde er durch den Strang hingerichtet.

Die Autobahn A 7 zwischen Hamburg und Kassel wird für 700 Millionen Mark saniert / Neues Verfahren beim Deckeneinbau

Gleiches Niveau spart Kosten

MICHAEL JACH, Hannover

Noch auf Jahre hinaus werden mit dem Auto gen Süden strebende Urlauber aus Norddeutschland und Skandinavien auf „ihrer" Ferienautobahn A 7 zwischen Hamburg und Kassel mit Unbill rechnen müssen, die sie zwei Jahrzehnte lang vorwiegend von den einschlägig berüchtigten *Nadelöhren im Süden der Bun*desrepublik Deutschland gewohnt waren: zähflüssiger oder gar „stehender" Verkehr wegen kilometerlanger Baustellen, zumal an den „heißen" Ferienwochenenden.

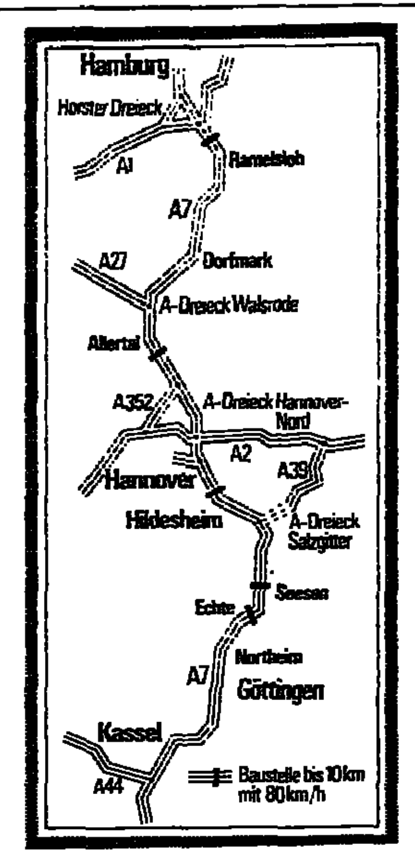
Seit 1962 ist die A 7 durchgehend befahrbar: In nur sechs Jahren Bauzeit waren 285 Streckenkilometer zwischen Hamburg und dem südniedersächsischen Northeim betoniert und asphaltiert worden. Seinerzeit eine Symbolleistung des Wirtschaftswunders, Konsequenz nicht allein der anschwellenden Motorisierung, sondern erzwungen auch durch die „Umpolung" der Hauptverkehrsströme von Ost-West- auf Nord-Süd-Richtung nach der Teilung Deutschlands. Zwanzig Jahre lang hielten die Fahrbahnen dem unaufhaltsam gewachsenen Pkw- und Schwerverkehr stand, jetzt sind Erneuerung und Ausbau streckenweise überfällig.

Rund 700 Millionen Mark wird der Autofahrer und Steuerzahler investiert haben, wenn es in gut sechs *Jahren wieder heißt:* freie Fahrt durch Niedersachsen. Bis dahin werden die besonders belasteten Autobahnabschnitte südlich des Hamburger „Ausfalltors" Horster Dreieck, in Höhe des Walsroder Dreiecks sowie der Dreiecke Hannover-Nord und -Süd bis Hildesheim auf sechs Spuren erweitert sein.

Der Preis für Sicherheit im Autobahnverkehrs ist hoch: Allein bis zum Ende dieses Jahres verschlingt die Erneuerung der A 7 gut 230 Millionen Mark. Wie dennoch die Staatskasse ebenso geschont werden kann wie die natürlichen Baustoffvorkommen, lassen Niedersachsens Straßenbauer die Öffentlichkeit eher am Rande wissen.

Erstmals nämlich wird hier ein neues Verfahren zur Wiederverwertung „gebrauchter" Baustoffe beim Betondeckenbau angewandt. Die Abrißbruchstücke der alten Fahrbahnbeläge werden von Maschinen zu Tischplattengröße zerschlagen, anschließend auf Kieselsteinformat vermahlen. Der Betonschotter dient als neuer Fahrbahnunterbau. Der Bedarf an Naturkies und -schotter wird deutlich verringert, eine Deponiefläche für Betonschutt ist nicht mehr nötig.

Zum finanziellen Spareffekt trägt indes nicht nur das preiswertere Baumaterial bei. Da zur Rohstoffgewin*nung die alten Betondecken entfernt* werden müssen, liegen die neuen Fahrbahnen hernach exakt auf demselben Höhenniveau wie zuvor; früher wurden die neuen Decken zumeist auf die alten aufgebracht – mit der Folge, daß sämtliche Brückenbauten über grunderneuerten Strekken angehoben werden mußten. In summa eine Baukostenersparnis von immerhin zehn Prozent.



Großbaustellen in Niedersachsen

Fünf gefahrenträchtige Großbaustellen auf der A 7 im Raum Niedersachsen konnten die Planer den Autofahrern bei aller Rücksicht auf die Ferienreisezeit nicht ersparen:

- zwei Kilometer bei Thieshope (südlich des Horster Dreiecks), Bauzeit bis Mitte Oktober;
- zehn Kilometer bei der Raststätte Allertal (südlich des Walsroder Dreiecks) bis November;
- sechs Kilometer südlich Hildesheim bis November;
- sechs Kilometer zwischen Rhüden und Seesen/Harz bis Ende November;
- sechs Kilometer weiter südlich bei Echte bis Mitte November.

Die bisher vorhandenen Großbaustellen zwischen Bockenem/Harz und Rhüden (sechs Kilometer) sowie bei Ramelsloh kurz vor dem Horster Dreieck in Richtung Norden (sieben Kilometer) werden in diesen Tagen beziehungsweise Anfang August aufgehoben.

Sichtlich gezeichnet steht Otto Wiesheu vor Gericht

Der ehemalige CSU-Generalsekretär kämpft um seine Zukunft

PETER SCHMALZ, München

Der Unfall hat tiefe Spuren hinterlassen im Leben und im Aussehen des CSU-Politikers Otto Wiesheu. Die Wangen sind eingefallen, und die rötlichen Haare wirken über dem blassen Gesicht noch eine Spur heller. Der einstige CSU-Generalsekretär, der das Ticket zur weiteren Karriere in der Tasche hatte, mußte den Stuhl räumen und arbeitet inzwischen als Geschäftsführer der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung auf einem wohl auch wichtigen, von der Öffentlichkeit jedoch kaum wahrgenommenen Posten. Daß er „erhebliche berufliche Nachteile" hinnehmen mußte, wertete schon der Richter in der ersten Instanz zugunsten Wiesheus.

Seit gestern kämpft der 40jährige Doktor der Rechte in zweiter Instanz um ein Urteil, das ihm Bewährung *bewilligt und damit den weiteren* beruflichen und persönlichen Schaden begrenzen hilft. Im ersten Verfahren hatte das Gericht wegen fahrlässiger Körperverletzung und wegen Trunkenheit im Straßenverkehr eine Freiheitsstrafe von 13 Monaten ausgesprochen und trotz „günstiger Zukunftsprognose" von einer Bewährung abgesehen, weil dies, wie in der schriftlichen, gestern verlesenen Urteilsbegründung steht, „von einer voll unterrichteten Bevölkerung nicht verstanden worden wäre".

Der Text, den Richter Rudolf Mayer zu Beginn der Berufungsverhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts München I verlas, bringt auch den Hinweis, wo und wie hoch die Hürde für eine Bewährungsstrafe liegt: „Wenn das Verschulden des Getöteten das Verschulden des Angeklagten erreicht."

Hatte Josef Rubinfeld Mitschuld am Unfall?

Damit ist die Kernfrage dieses vorerst auf drei Tage angesetzten Verfahrens umrissen: In welchem Maße machte sich der 67jährige Rentner Josef Rubinfeld mitschuldig an dem späteren Unfall, als er einen altersschwachen Fiat 500 für eine Fahrt nach Polen verantwortungslos überlud und nachts auf der mittleren von drei Autobahnspuren mit höchstens 40 Stundenkilometern in Richtung Nürnberg zockelte? Hätte er zumindest seinen Tod vermeiden können, wenn er angeschnallt gewesen wäre?

Rubinfelds Beifahrer Friedrich Giland, ein 43jähriger Taxifahrer, der mittelschwer verletzt worden ist und nach eigenen Angaben zum Zeitpunkt des Unfalls geschlafen haben will, machte wie schon in der ersten Instanz gestern als Zeuge nochmals deutlich, in welch verkehrsgefährdendem Zustand sich der kleine Fiat befunden hatte.

Allein auf dem Dachgepäckträger lasteten zwei große Kartons mit Waschpulver, Wäsche, Schuhen und anderem. „Das war ja ein Mordsaufbau", staunte der Richter. Und innen war zwischen den Schachteln, Dosen und Eimern mit Farbe, Kompott, Seife und zwei Kotflügeln kaum mehr Platz zum Sitzen: „Das Auto habe ich gerammelt vollgepackt", schildert Giland dem Gericht.

Erstmals wurde seelische Anspannung spürbar

Ob er die Spachtelmasse mitgenommen habe, weil er gedacht habe, das Auto könne unterwegs kaputtgehen, will einer der beiden Verteidiger wissen. „Nein", sprudelt der Berufskraftfahrer heraus. „Das Auto war schon kaputt, das war zum Wegschmeißen, zum Verschenken."

Was aber war mit der neuen TÜV-Plakette auf der schleichenden Rostlaube? Dazu legte die Verteidigung gestern dem Gericht einen Brief vor, den Giland dem Angeklagten nach dem ersten Prozeß geschickt hatte. „Mit dem TÜV ist das so eine Sache", *hatte Giland geschrieben,* der Rubinfeld habe für die Taxifahrer immer den TÜV besorgt, er habe dort einen guten Bekannten gehabt.

Rätselhaft ist auch die Rolle eines Lastwagens, den zwei Zeugen, die als erste zum Unfallort kamen, gesehen haben und der später verschwunden war. Die beiden haben sich erst nach dem ersten Urteil gemeldet und sagten gestern erstmals aus.

Spürbar wurde gestern auch zum erstenmal, unter welcher seelischen Anspannung Otto Wiesheu in der Unfallnacht gestanden hatte. Seine Mutter war zwei Wochen zuvor gestorben, am Tag zuvor war der Bundestagsabgeordnete Voigt aus der CSU ausgetreten, und abends hatte Wiesheu ein unerfreulich verlaufenes Gespräch mit „einer Person". Sein Verteidiger Alfred Stiefenhofer fragt: „War es ein Gespräch über das laufende Scheidungsverfahren?" Wiesheu bejaht und wird von der Erinnerung an die zerbrochene Ehe übermannt. Mit einem blauen Taschentuch trocknet er sich die Tränen, bittet das Gericht um Entschuldigung und verbirgt dann für Minuten die Augen hinter der rechten Hand.

Ewiges Drama um Liebe, Geld und Leidenschaften

J. SCHÄFER, Tübingen

Warum kommen „Dallas" und „Denver-Clan" beim Publikum so gut an? Diesem Phänomen will ein Tübinger Forschungsteam unter der Leitung von Professor A. Weber nachgehen. Die Stiftung Volkswagenwerk stellte dafür eine Summe von 385 000 Mark zur Verfügung. Die Wissenschaftler wollen drei Jahre lang die „Entwicklung und soziale Funktion" dieser „Soap Operas" (Seifen-Opern) genannten Fernseh-Serien in den Vereinigten Staaten und Europa untersuchen.

Analysen der Einschaltquoten und Umfragen belegen, daß solche Serien in der Gunst der Zuschauer an oberster Stelle stehen, und dies immerhin, *seitdem die ersten Serien in den 40er* Jahren ausgestrahlt wurden. Natürlich hat sich im Laufe der Jahre einiges geändert: Die Soap Operas verschwanden aus dem Tagesprogramm und flimmern nun zur besten Sendezeit in den Abendstunden über den Bildschirm. Folglich setzt sich nun auch die Zielgruppe anders zusammen. Nicht nur die Hausfrauen folgen dem ewigen Drama um Liebe, Leidenschaft, Geld und Krankheit, sogar ganze Familien harren in den USA allabendlich vor der Röhre aus. Auf die Lösung der in Szene gesetzten Konflikte warten sie jedoch meist vergebens, denn ein wichtiges Markenzeichen der Seifen-Opern ist das offene Ende einer jeden Episode.

Wie ist es zu erklären, daß etwas derart Triviales nahezu ganze Nationen zu fesseln, ja beinah zu prägen vermag? Nach Meinung der Tübinger Wissenschaftler sind Seifen-Opern „fiktionale Produkte, in denen sich die amerikanische Gesellschaft in symbolischer Form über sich selbst *verständigt". Ausgehend von dieser* These erwarten die Wissenschaftler von ihrer Analyse Ergebnisse, die Aufschluß geben über soziale Entwicklungstendenzen in den USA. Besonders interessant dürfte dabei sein, wie weit sich diese Erkenntnisse auf den westeuropäischen Raum übertragen lassen. Immerhin ist dem „american way of live" ein gewisser Vorbildcharakter nicht abzusprechen.

Die bereits eingeleitete Kommerzialisierung des deutschen Mediensystems würde eine solche Entwicklung zusätzlich begünstigen, da nach Überzeugung von Experten die Nachfrage nach Produkten amerikanischer Populärkultur in der Bundesrepublik Deutschland noch wachsen wird. Vorbei seien die Zeiten, in denen sich die Amerikaner darum bemühten, Europas Kultur in ihr Land zu „importieren".

Ein Halbrelief für den Vater einer brandheißen Erfindung

Dem Admiral „Grog" Vernon wurde ein Denkmal gesetzt

GEORG BAUER, Heiligenhafen

Der britische Admiral Edward Vernon hätte die Zeremonie gewiß mit Genugtuung verfolgt. Ein Ehrenzug englischer und schottischer Marines war mit Gewehr und aufgepflanztem Bajonett angetreten, um einen Soldaten zu würdigen, der nach Auseinandersetzungen mit der hohen Admiralität 1746 den Dienst quittieren mußte. Ort der Handlung: das Ostseeheilbad Heiligenhafen. Auf Initiative des „Heiligenhafener Grog-Kollegiums" wurde Vernon dort ein Denkmal gesetzt, in Erinnerung an die Erfindung des Grog, der zur Küste gehört wie das Bier zu Bayern. Auf einem Findling grüßt das Porträt des Admirals in Form eines Halbreliefs von nun an die Touristen.

Dem Briten kam die Idee auf hoher See. Wie in der „Order to Captain's Number 329", *aufbewahrt in den Ar*chiven der Royal Navy, nachzulesen ist, wies er am 21. August 1740 den Proviantmeister seines Geschwaders an, *die tägliche Rumration nur noch* mit Wasser gestreckt an die Seeleute auszuteilen. Da sich der Admiral stets mit einem Überrock aus Kamelhaar (englisch: grogram) kleidete, *hieß* er bei den Matrosen „Old Grog". Der Name für das Getränk war geboren.

Übelwollende Zungen behaupten, Vernon habe den Befehl als gestrenger Dienstherr ausgegeben, um die Disziplin bei seinen Matrosen besser zu wahren. Auslösendes Motiv für den gepanschten Rum aber war der sorgsame Umgang mit dem Trinkwasser an Bord, das bei Fahrten in die Tropen schnell zu einer übelriechenden, kaum genießbaren Jauche wurde. Zur Verbesserung des Geschmacks sollte daher der Rum mit Wasser versetzt *werden. Demnach* wurde bei Vernon noch nicht nach dem heute gültigen Motto gemixt: Rum muß, Zucker kann, Wasser braucht.

„Old Grog" selbst gehörte innerhalb des Geschwaders offenbar zu den besten Kennern der hochprozentigen Flüssigkeit. Bei den Auseinandersetzungen mit der Admiralität, die er um die Jahreswende 1745/46 in anonymen Schriften attackierte, soll seine Erfindung eine Rolle gespielt haben. Das „Grog-Kollegium" in Heiligenhafen bemüht sich um eine Rehabilitation des streitbaren Soldaten. Kurdirektor Karl-Christian Schnoor, der das Kollegium in Erinnerung an das Tabakskollegium des preußischen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. ins Leben rief, forscht zu diesem Zweck im Leben des Erfinders.

Im traditionsbewußten England stößt er auf Resonanz, bekommt von der Admiralität Schrifttum zugesandt. Auch in London ist Vernon wieder *zu Ehren gekommen.* Sein Grab in Westminster, über Jahrzehnte nicht beachtet, ist bei Führungen wieder Ziel für Touristen. Dort heißt es dann: Eine kleine Stadt in West-Germany bemühe sich um die Ahnenforschung des Engländers. Ob so die militärischen Meriten des 1648 geborenen Kriegers, der 1722 einen Sitz im Unterhaus erhielt und 1757 starb, aufgewertet werden können?

Denn die britische Admiralität wußte über die soldatischen Talente des Grog-Erfinders nicht viel Rühmliches zu berichten. In einem Schreiben an den Verteidigungsattaché bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London heißt es, er *habe im Spanischen Erbfolgekrieg* 1739 dem Feind bei nur geringen Verlusten Portobello weggenommen – der brasilianische Hafen aber war un*verteidigt. 1741 mußte* er bei *Santiago* in Kuba und in Panama gemeinsam mit Brigadegeneral Wentworth empfindliche Schlappen hinnehmen, die bei der *Marineführung* mit *Aufmerk*samkeit registriert wurden. Die Karriere Vernons sei eher auf gute Beziehungen seiner Familie zurückzuführen, denn auf dessen seemännische Fähigkeiten. Doch zumindest was die „Verdünnung" von Wasser angeht, hat er sich unbestreitbar selbst mit Ruhm bedeckt.



Admiral Seiner Majestät, Sir Edward Vernon, besser bekannt als „Old Grog". FOTO: DPA

Streunende Dogge verursachte schweren Unfall

dpa, Dierdorf

Eine streunende Dogge hat gestern früh auf der Autobahn Köln–Frankfurt zwischen Neuwied und Dierdorf einen Verkehrsunfall verursacht, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Nach Angaben der Polizei war der Hund um 4.30 Uhr, noch bei Dunkelheit, auf der dreispurigen Autobahn aufgetaucht und vor ein Auto gelaufen. Der Personenwagen kam dabei ins Schleudern und blieb in entgegengesetzter Richtung auf der linken Spur stehen. Der Autofahrer, ein Mann aus Dorsten, stieg aus und sicherte die Unfallstelle. Zwei nachfolgende Autos hielten in einiger Entfernung auf dem Randstreifen. Die Insassen der beiden Wagen, ein Ehepaar aus Wuppertal und ein Mann aus Düsseldorf, stiegen aus, um Hilfe zu leisten. In diesem Augenblick, so die Polizei, brauste mit hoher Geschwindigkeit ein Kölner Wagen heran, überfuhr zuerst den getöteten Hund auf der mittleren Fahrbahn und raste dann in die Menschengruppe hinein. Dabei erlitt der 50jährige Fahrer aus Köln ebenso tödliche Verletzungen wie seine 47jährige Frau. Das Ehepaar aus Wuppertal, beide 47 Jahre alt, und der 41jährige Autofahrer aus Düsseldorf waren ebenfalls auf der Stelle tot. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den Besitzer des Hundes zu ermitteln.

Messner-Bruder gestorben

dpa, Bozen

Siegfried Messner, der Bruder des Südtiroler Extrem-Bergsteigers Reinhold Messner (40), ist gestern in einer Klinik in Innsbruck an den Folgen eines Bergunfalls gestorben. Der 35jährige Siegfried Messner, Leiter des Südtiroler Bergrettungsdienstes, war am 16. Juli in den Dolomiten von einem Blitz gestreift worden und 25 Meter tief abgestürzt. Reinhold Messner verliert zum zweiten Mal einen Bruder durch einen Bergunfall. Günther Messner war 1970 durch eine Lawine am Nanga Parbat im Himalaya ums Leben gekommen.

Urteil zum Verdienstausfall

dpa, Karlsruhe

Wird ein Kind bei einem Unfall ohne eigene Schuld verletzt, so muß der Verursacher auch den Verdienstausfall des Vaters wegen unfallbedingter Krankenhausbesuche erstatten. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes ist der Verdienstausfall des Vaters im weiteren Sinn den Heilungskosten zuzurechnen. Dieser Grundsatz gelte auch dann, wenn der Vater – wie im behandelten *Fall* – als selbständiger Handwerker tätig ist. (AZ: VI ZR 201/83).

Regen löscht Waldbrände

AP, Los Angeles

Die seit drei Wochen anhaltenden verheerenden Wald- und Buschbrände im Norden Kaliforniens sind gestern dank einsetzender Regenfälle gelöscht worden. Nach Angaben der Behörden haben die Feuer 150 000 Hektar Land verwüstet. 200 Häuser brannten nieder. Ein Waldbrand in Kanada, der die Evakuierung von 200 Menschen in North Bend in British Columbia erzwang, stellt inzwischen ebenfalls keine Gefahr mehr dar.

Fahrverbote für Lastwagen

dpa, Frankfurt

Lastwagen werden an den nächsten Wochenenden wegen des Ferienverkehrs in Italien und Frankreich von den Straßen verbannt. Für die beiden kommenden Samstage gilt in Frankreich jeweils von sechs bis 22 Uhr ein Fahrverbot für Lastwagen. Das teilte gestern der Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs mit. In Italien dürfen am kommenden Wochenende zwischen sieben und 24 Uhr nur Fahrzeuge mit einem genehmigten Gesamtgewicht von weniger als fünf Tonnen die Straßen befahren. Ausgenommen von diesem Fahrverbot sind Transporte leicht verderblicher Güter.

Schweres Zugunglück

dpa, Bad Schwalbach

Bei einem schweren Zugunglück bei Hohenstein im Rheingau-Taunus-Kreis sind gestern morgen zwei Menschen ums Leben gekommen und drei schwer verletzt worden. Ein aus Bad Schwalbach kommender Triebwagen war auf der eingleisigen Strecke aus noch ungeklärter Ursache mit einem Güterzug zusammengestoßen. Der Fahrer des Triebwagens und der Schaffner wurden getötet. *Die dreiköpfige Besatzung der* Lokomotive erlitt schwere Verletzungen.

WETTER: Unbeständig bis freundlich

Wetterlage: Nach Durchzug eines Frontensystems werden der Norden und die Mitte Deutschlands wieder von etwas kühlerer Meeresluft beeinflußt, während der Süden unter Hochdruckeinfluß verbleibt.

Vorhersage für Dienstag:
Im Süden heiter bis wolkig und trokken, Erwärmung auf 23 bis 26 Grad. Im Norden teils starke, teils aufgelockerte Bewölkung, *vereinzelt Regenfälle.* Temperaturen 17 bis 21 Grad. Tiefsttemperaturen 14 bis 11 Grad. Schwacher, im Norden auch mäßiger bis frischer Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Von Westen her allgemein heiter bis wolkig, niederschlagsfrei und Temperaturanstieg.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	19°	Kairo	32°
Bonn	14°	Kopenh.	17°
Dresden	17°	Las Palmas	25°
Essen	13°	London	18°
Frankfurt	19°	Madrid	29°
Hamburg	15°	Mailand	25°
List/Sylt	15°	Mallorca	30°
München	20°	Moskau	25°
Stuttgart	21°	Nizza	25°
Algier	28°	Oslo	18°
Amsterdam	17°	Paris	22°
Athen	36°	Prag	17°
Barcelona	27°	Rom	33°
Brüssel	16°	Stockholm	18°
Budapest	21°	Tel Aviv	31°
Bukarest	18°	Tunis	31°
Helsinki	18°	Wien	20°
Istanbul	30°	Zürich	21°

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.34 Uhr, Untergang: 21.22 Uhr; **Mondaufgang:** 13.29 Uhr, Untergang: – Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Kurze Haare

Kaum aus dem Krankenhaus entlassen, ließ sich der amerikanische Präsident **Ronald Reagan** seinen Friseur ins Weiße Haus bestellen. Ansonsten bewahrte er gestern, an seinem ersten Arbeitstag, Ruhe und dirigierte die Amtsgeschäfte von seinen Privaträumen aus. Auch das Wochenende hatte er zurückgezogen mit Frau **Nancy** *in Washington* verbracht.

Lange Suche

Nach 16 langen Jahren der Suche ist er am Wochenende endlich fündig geworden. Die Taucher des 63jährigen **Mel Fisher**, darunter die Söhne **Kim** und **Kane**, holten 200 Barren, rund sieben Tonnen, Silber aus Schlick und Schlamm an die Wasseroberfläche. Das ist ein Teil des zu erwartenden Schatzes der „Atocha", die 1622 während eines Hurrikanes vor Key West an der Südküste Floridas sank. Das Flagschiff der spanischen Schatzflotte, hatte allein 1200 Silberbarren geladen, deren Wert heute 8,64 Millionen Dollar betrüge. Mel Fisher – einer seiner Söhne ertrank bei der Suche vor genau zehn Jahren – will weiterfahnden.

50 Verfahren eingeleitet

dpa, Trient

Drei Tage nach der Überschwemmungskatastrophe in den Dolomiten bei Trient, deren Ausmaß noch immer nicht in vollem Umfang feststeht, hat die Staatsanwaltschaft in Trient inzwischen 50 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Regierung in Rom hat eine Untersuchungskommission eingesetzt. Am Sonntag wurde bekannt, daß es schon vor Monaten Warnun*gen vor einem Dammbruch gegeben* hatte. Auch Umweltschützer hätten auf die Gefahren hingewiesen.

Währenddessen wurde die Suche nach weiteren Opfern fortgesetzt. Bis gestern Nachmittag wurden 214 Leichen geborgen. Die Zahl der identifizierten Opfer schwankten zwischen 130 und 180. Unklar ist immer noch, wieviele Menschen vermißt werden. Eine genaue Bilanz sei schwierig, heißt es, da niemand genau wisse, wieviele Touristen sich an der Unglücksstelle aufgehalten hätten. Die Zahl der Vermißten schwankt zwischen 30 und hundert Menschen.

Die Rettungsmannschaften mußten gestern in der immer härter werdenden *Schicht aus* Geröll *und* Schlamm graben. Die Suche nach den Opfern konzentrierte sich auch auf einen künstlichen See am Fuß des Stava-Tals. Dort war die tödliche Schlammlawine am Freitag nach rund sechs Minuten zum Stehen gekommen. Bisher wurden aus dem kleinen See dreißig Leichen geborgen. Die nicht identifizierten Opfer werden in ein Kühllagerhaus in Auer (Ora) gebracht. Dort spielen sich unter den Angehörigen erschütternde Szenen ab.

Für den *Nachmittag* waren Trauerfeiern in Tesero und Mailand vorgesehen. Zahlreiche Opfer stammen aus der Region Lombardei. Auf dem Friedhof der kleinen Gemeinde Tesero reicht der Platz für die vielen Toten nicht aus; so werden sie auch in den Nachbarorten beerdigt. Von den Bewohnern Teseros wurden 69 getötet.

Der Erdwall, der zwei Klärbecken eines nahegelegenen Fluorit-Bergwerks begrenzte, war am Freitag abgerutscht. Etwa 300 000 Kubikmeter Schlamm und Wasser überfluteten das kleine Tal mit den Ortschaften Stava, Tesero und Cavalese. Die Geröll-Lawine riß drei Hotels, Ferienhäuser, Gehöfte und Sägewerke nieder. *Der gesamte wirtschaftliche* Schaden wurde jetzt auf umgerechnet 13 Millionen Mark geschätzt.

Neue Spur beim Jumbo-Drama?

DW, Vancouver

Die kanadische Polizei untersucht derzeit, *ob der Absturz der indischen* Boeing 747 am 23. Juni vor der Küste Irlands doch von Versicherungsbetrügern verursacht wurde. Angeblich *haben in Vancouver* ansässige Inder entsprechende Informationen weitergegeben. Die Polizei nehme diese Spur „sehr ernst", berichtete jetzt die in Vancouver erscheinende Zeitung „The Province". Die Fahnder untersuchten gegenwärtig, für welche Opfer Lebensversicherungen existierten und wer davon profitieren würde. Die meisten Passagiere an Bord der Unglücksmaschine, die auf dem Flug von Toronto *nach Bombay abstürzte,* waren Kanadier. Die Untersuchung der geborgenen Flugschreiber hat bisher Hinweise für einen plötzlichen Druckabfall und totalen Stromausfall kurz vor dem Absturz erbracht. Nach dem Urteil der Fachleute kann die Katastrophe nur durch eine Explosion oder einen strukturellen Defekt hervorgerufen worden sein. In Indien wird nach wie vor vermutet, daß extremistische Sikhs den Jumbo gesprengt haben. Dabei kamen alle 329 Menschen ums Leben.

ZU GUTER LETZT

Einen wahren Schildbürgerstreich hat sich die Verwaltung der lothringischen Haftanstalt Ecrouves bei Toul geleistet: Sie ließ Häftlinge eine Gefängnismauer streichen und stellte ihnen dafür eine Leiter zur Verfügung. Muß ja sein, wenn auch oben gestrichen werden soll. Wie die lothringische Tageszeitung „France Journal" herausfand, entkamen prompt drei Häftlinge mit Hilfe dieser Leiter. Trotz Großfahndung mit Hubschraubern und Suchhunden konnte erst einer der – Malerkleidung tragenden – Häftlinge gefaßt werden.